

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

Technik-Report

Wer hat Angst vor Robotern?

Nobelpreise

Willy Brandt und Pablo Neruda



MEIN AUTOMOBIL
BLEIBT ZIVIL

Schmidt plant Mobilmachung

Volk ans Gewehr !?

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendreyewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke
Dahl, Jerken Diederich,
Detlef Holste, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Roland Lang,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Scheerer, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290

DRUCK

Heska,
Klein-
Krotzenburg



Schildbürger

Schildbürgerstreich bei den Bauten für die Olympischen Sommerspiele in München! An der Regattastrecke versperren die massigen Starttürme aus Beton bei 1 000 Meter und 1 500 Meter den Zuschauern auf der Haupttribüne fast 1 000 Meter weit die Sicht. Jetzt will Willi Daume dafür sorgen, daß die Türme wieder gesprengt werden, denn wer setzt sich beim Rudern schon auf die Tribüne, um vor Betonklötzen zu sehen...?

Westfälische Rundschau,
10.9.71

Teuflicher Klassenfeind

Will Adam, Pfarrer und Delegierter beim SPD-Unterbezirk, wettete auf der Konferenz gegen das alte Betriebsverfassungsgesetz und den Entwurf für das neue: „Das ist doch die Ideologie des Teufels.“ Er verbesserte sich schnell: „Verzeihung, ich stehe hier ja nicht auf der Kanzel. Also: Das ist doch die Ideologie des Klassenfeindes.“

NRZ-Oberhausen, 13.9.71

PFUNDS SACHEN



Kluge Kommunisten

Man braucht nur ein gescheites Wort zu sagen, und schon gilt man bei denen als Kommunist. FDP-Parteitag delegierter Martin Bangemann über die westdeutschen Industriellen.

Gute Sozialdemokraten

Hier spricht nicht ein Hereingeschneiter, der diese Partei zerstören will, sondern einer, der sich über seine Partei ärgert, weil er sie mag, und dessen Bindung in Gefahr geriete, wenn er sich nicht mehr ärgern könnte. So wird man ein guter Sozialdemokrat, seit hundert Jahren. Erhard Eppler im Spiegel (Nr. 44/71) über Norbert Gansels Buch „Überwindet den Kapitalismus“

Bruder Hirohito

ACHTUNG! Wir legen Wert auf die Feststellung, daß der Kaiser von Japan, Hirohito, eine Nachahmung ist und unserer Truppe nicht angehört. The Marx Brothers.

Anzeige im Berliner Extra-Dienst, 13.10.71

Volkssturm

Alles, was halbwegs gehen kann, muß in die Kasernen.

Triumphgeschrei der „Bild am Sonntag“, 31.10.71 zu Schmidts Mobilmachungsplänen

Sexmuffel

Wenn einer mit einem komischen Gesicht herumläuft, kann das auch vom Sex kommen.

Joachim Jesse, Direktor des Hamburger Hansa-Gymnasiums über haschverdächtige Schüler (Die „Welt“, 21.10.71)

Das ist Freiheit

Man freut sich über Kritik an eigenen politischen Zuständen in der Bundesrepublik. Denn das ist ein Beweis für die Freiheit. Das gibt es bei uns nicht. Von der „Welt“ (21.10.71) frei erfundene Aussage eines angeblichen DDR-Bürgers



Uli Stein

Fröhliche Weihnachten

Inhalt

Militarismus Jetzt ist Schluß, Schmidt Schnauze	4
Arno-Ploog-Comic	6
Arbeiterjugend Merck feuert 18 Lehrlinge Phoenix-Betriebsreport Goldenes Vorhängeschloß für Flick DGB-Bundesjugendkonferenz	9 10 12 14
Technik Die Roboter kommen	16
Jugendpolitische Blätter Beschlüsse der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz	19
Forum Aus der SDAJ	1 - 1V
Monats-Magazin Strauß vor Gericht / Weltweite Solidarität mit Vietnam / „Military-Look“ / Kampf der griechischen Demokraten / 35 Jahre Kampf der Interbrigaden / Kampf um Mülheimer Jugendheim	23
Tagebuch der Redaktion	27
Freizeit-Magazin Freizeit - Meine Zeit	28
Kurzgeschichte	30
Song-Magazin	32
Film	35
Leser-Post	36
Bücher	38

Titelbild: Forum/Coopcreative

Schmidt plant Mobilisierung

Volk ans Gewehr !!

elban MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

Technik-Report
Wer hat Angst vor Robotern?

Nobelpreise
Willy Brandt und Pablo Neruda

Schmidt plant Mobilisierung

Volk ans Gewehr !!

entstandenen Grenzen anerkennt. Mit seinem Namen sind westdeutscherseits die – allerdings immer noch nicht ratifizierten – Verträge von Moskau und Warschau verbunden. Und Willy Brandt war es auch, der trotz des Wutgeheuls der CDU/CSU-Reaktion und ihrer Hilfstruppen in Oreanda auf der Krim mit dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, konferierte. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurden die Ergebnisse von Oreanda bekannt: Gemeinsames Ziel sei die schnelle Ratifizierung des Moskauer Vertrages; die beschleunigte Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz; die Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR und BRD auf der Grundlage voller Gleichberechtigung sowie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.

Aber: Politik wird an Realitäten gemessen, nicht an papiernen Erklärungen. Die Formel des Nobelschen Testaments spricht eine deutliche Sprache, die durchaus aktuelle Bezüge zuläßt.

So haben wir festzustellen: Zu gleicher Zeit mit dem Beschluß der Preisverleihung wurde die Information verbreitet, daß die Rüstungsausgaben der BRD im Jahre 1972 um weitere 2,4 Milliarden DM steigen sollen und das stehende Heer der Bundeswehr weiter verstärkt wird. Zur gleichen Zeit wird das antikomunistische Klima in der Bundesrepublik angeheizt. Nur wenige Wochen später wartete Brandts Verteidigungsminister Schmidt mit dem Knüller auf, daß im Frühjahr 1972 „zur Probe“ mobilgemacht werden solle. Und daß in Zukunft alles in die Kasernen befohlen werde, „was nur halbwegs gehen und stehen kann“. Ist das im Sinne Nobels, im Interesse der Völker, im Interesse des Friedens?

Wohlgemerkt: Es geht hier nicht um Schmidt. Es geht um eine Politik, für die

Nobelpreis für Brandt: Auftrag und Verpflichtung

Willy Brandt als Bundeskanzler die Richtlinien bestimmt. So sieht es das Grundgesetz vor.

Das sollte man bei einer nüchternen Einschätzung des Friedensnobelpreises für 1971 bedenken. Der Preis für Willy Brandt muß als Auftrag und Verpflichtung gesehen werden, nicht als Honorar für bereits sichtbare Leistungen. Im übrigen hat das Brandt selbst formuliert, als er im Bundestag erklärte: „Ich werde alles tun, mich dieser Ehrung in meiner weiteren Arbeit würdig zu erweisen.“ Wir alle müssen Willy Brandt entsprechend fordern. Und da geht es zuallererst einmal um das, was er in Oreanda selbst unterzeichnet hat.

Wim-Fritz Krumholz



Lieber Leser,

Am 10. Dezember 1971 wird Bundeskanzler Willy Brandt aus einem Testament bedacht, dessen Urheber bereits vor 75 Jahren das Zeitliche segnete. Alfred Nobel, schwedischer Wissenschaftler und Erfinder des Dynamits, verfügte, daß jährlich aus den Zinsen seines gestifteten Vermögens hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Physik, der Chemie, der Physiologie oder Medizin prämiert werden. Ein fünfter – gleich großer – Teil der Jahreszinsen soll dem zufallen, „der am meisten oder besten für die Verbrüderung der Völker gewirkt hat, für die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und Verbreitung von Friedenskongressen“.

So bestimmt es das Testament seit 75 Jahren. Und für die, die es ganz genau wissen wollen: Jeder Anteil macht die beachtliche Summe von etwa 315 000 DM aus. Hinzu kommt eine Goldmedaille und eine Ehrenurkunde, die den Ausgezeichneten in die Ahnengalerie der Nobelpreisträger aufnehmen.

Während die vier wissenschaftlichen Preise von einer schwedischen Kommission vergeben werden, ist für den Friedensnobelpreis das norwegische Parlament zuständig – auch nach dem Willen des Stiftungsgründers. Und hier eben kam die Entscheidung durch einstimmigen Beschluß zustande, den Preis für 1971 dem Kanzler der Bundesrepublik, Willy Brandt, zuzuerkennen. Wird Brandt der Nobelschen Testamentsbestimmung gerecht? Nun, immerhin ist Willy Brandt der erste Kanzler unseres Landes, der die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa

Mobilmachung im Zitat

Helmut Schmidt am 31. 10. 1971 in Kiel:

„Wir werden im nächsten Jahr irgendwo eine Mobilmachungsübung machen, in der auch die zivilen Pkw, wie sie hier draußen stehen, einbezogen werden, um zu sehen, ob das überhaupt funktioniert. . . ., um zu zeigen, daß wir es ernst meinen mit der Verteidigung und nicht nur Show betreiben.“

„Ich strebe an, daß alles, was halbwegs gehen und stehen kann, einberufen wird.“

„Hinsichtlich der für 1972 geplanten europäischen Sicherheitskonferenz bin ich nicht sehr optimistisch.“

Kai Uwe von Hassel (CDU), einer von Schmidts Vorgängern im Verteidigungsministerium, auf der gleichen Veranstaltung in Kiel:

„Ich persönlich bin besorgt darüber, daß der Westen wie in den 30er Jahren dem ‚Zeitgeist Friedenssehnsucht‘ verfällt.“ (von Hassel, ebenfalls in Kiel).

Johannes Gross, CDU-Kommentator im ARD-Fernsehen, Chef der reaktionären „Deutschen Welle“ in der „Tagesschau“ am 2. 11. 1971:

„Die Übung bedeutet einen Test für die öffentliche Meinung, eine Prüfung der Reife des politischen Urteils. . . Schon als Hinweis auf den immer möglichen Ernstfall der Politik ist diese Übung der Bundeswehr notwendig und gerechtfertigt. . .

Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie auch eine Mobilmachung für die innere Sicherheit plante.“

Jetzt ist Schluß, Schmidt-Schnauze!

Peter Bubenberger



In Essen gingen SDAJ'ler, kaum hatten sie es in der Morgenzeitung gelesen, mit ihrem „Dicken Bernhard“ (ziviles Nutzfahrzeug!) auf die Straße und klärten die Bevölkerung mit Flugblättern auf: „Schmidt betreibt psychologische Kriegsvorbereitung. Soll damit die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willi Brandt gerechtfertigt werden? Mit Mobilmachung spielt man nicht!“

Schmidt spielte in der Tat nicht! „Was?“ fragten empörte Passanten, „so weit ist es schon wieder. Eher verbrenne ich mein Auto, bevor die das kriegen!“

Ähnliches hörten die Redakteure und Mitarbeiter des elan, als sie mit Flugblättern in der Dortmunder Innenstadt die Bevölkerung zum Widerstand aufrufen und demonstrativ einen alten VW zur „Einberufung vorführten“.

Im Verteidigungsministerium lief das Telefon heiß. Empörte Bürger meldeten ihren Protest an.

Aber genau mit diesem Protest hat Helmut Schmidt gerechnet, er hat ihn in einem abgekarteten und schmutzigen Plan bewußt provoziert. Seine Losung:

„Mal testen, wie weit wir heute schon wieder gehen können.“

Jetzt reicht es!

Schmidt muß weg! Friedensnobelpreisträger Willy Brandt wäre gut beraten, mit Schmidt diese gesamte Militärkonzeption vor die Tür zu kehren. Springers „Bild-Zeitung“, die Herren Strauß und Barzel mit ihrem reaktionären Anhang, vor allem aber die Bosse der Konzerne und Banken – sie bejubeln den Mobilmachungsplan. Sie sind um so dankbarer, als die SPD-Führung einen ihrer dringendsten Wünsche nur zu bereitwillig erfüllt: in der Bundesrepublik das antikommunistische Klima anzuheizen. Daß sich in einer solchen Treibhausluft die totale Mobilisierung leichter planen und proben läßt – darauf hat Schmidt spekuliert, als er seine Bombe platzen ließ. 1968 wurde gegen den massiven Widerstand von Demokraten die Notstandsgesetze durchgezeichnet.

1972 sollen sie durch Schmidts Mobilmachungsplan in größerem Umfang erprobt werden. Dieser Test darf nicht gelingen.

Übrigens: Das Geheimgespräch zwischen Schmidt und Barzel, von dem wir berichten, hat natürlich nicht stattgefunden. So natürlich ist das allerdings nicht. Denn diese politische Fiktion hat einen sehr realen Inhalt: Schmidt und Barzel ziehen an einem Strang.

Helmut Schmidt (SPD) mit dem Beinamen „Schnauze“, Verteidigungsminister, hat eine Bombe hochgehen lassen. Im Rahmen einer Mobilmachungsübung der Bundeswehr will er 1972 private Kraftfahrzeuge zum Wehrdienst einziehen. Zunächst nur zivile Nutzfahrzeuge, wurde hinterher beschwichtigend erklärt.

Der Rückzieher (nur Nutzfahrzeuge, die lediglich vorgeführt werden sollen) war genauso geplant wie die Bombe bewußt gelegt worden war. Vom zivilen Nutzfahrzeug bis zum Pkw des kleinen Mannes ist kein weiter Weg mehr. Und hat die Bevölkerung erst einmal gefressen, daß Privatfahrzeuge überhaupt eingezogen werden, wird sie vielleicht 1973 auch nichts mehr dagegen haben, wenn mal ein paar hundert blankgeputzter „Wohlstandssymbole“ an die Front müssen. So etwas nennt man „Salamitaktik“.

VW mit Schiebedach – sehr begehrt

Zumal längst bei den Kreiswehersatzämtern Listen von Privat-Pkw existieren, die die Bundeswehr gern haben möchte. Allerdings wissen die Besitzer der Autos nichts davon. Denn scharf auf Privat-Pkw ist die Bundeswehr schon. Ihr Sprecher Wolf: „Geplant ist die Heranziehung von Pkw nicht. Aber daß wir für einen Kompaniechef mal ein Auto brauchen, das ist schon drin.“

Von dem Leiter eines Kreiswehersatzamtes war latu „Stern“ zu hören, daß vor allem VW mit Schiebedach begehrt seien.

„Da stimmt was nicht . . .“

Mit einem Schiebedach-VW und Uniformen der Hitler-Wehrmacht ging die Redaktion des elan auf die Straße. Denn Aktion und Aufklärung sind noch immer die wirksamsten Waffen im Kampf gegen die Feinde der Demokratie. Wie groß die Ab-

lenkung von Schmidts Plänen ist, konnten wir aus der Zustimmung für unsere Aktion entnehmen. Auch wenn der Schreck über die Nazi-Uniformen zunächst einmal groß war. So rempelte mich ein Passant an:

Ort und Zeit waren gut gewählt

„Was? Ihr macht hier Propaganda für die Nazis?“ Dann las er unser Flugblatt. Da war ihm die Sache klar. „Ich komme da sowieso nicht mehr mit“, sagte er, „einerseits die Verträge. Trotzdem kein Geld für Renten, Krankenhäuser, Kindergärten. Jetzt könnten wir doch abrüsten. Trotzdem machen die den dicksten Rüstungshaushalt, den es je gab. Und jetzt diese Mobilmachungsache. Da stimmt was nicht, das ist ein Widerspruch.“

In der Tat. Und der Katalog der Widersprüche ist lang.

Ein paar Beispiele.

Der Kompanievertrauensmann Günter Gleising schrieb aus der Arrestzelle der Bundeswehr in Münster an elan: „Seit dem 3. 11. sitze ich für 12 Tage im Arrest. Mein strafwürdiges Verhalten besteht darin, daß ich am Antikriegstag auf der Veranstaltung ‚Jugend gegen Militarismus‘ in Bochum demokratische und gewerkschaftliche Rechte auch für Soldaten und ihre Interessenvertreter, die Vertrauensmänner, gefordert habe. Ich trat weiterhin für konkrete Abrüstungsmaßnahmen und die rasche Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ein. Außerdem forderte ich Bundesverteidigungsminister Schmidt auf, endlich die alten und neuen Nazis, die im Offizierskorps sitzen, aus der Bundeswehr zu entlassen.“

„Mal testen, wie weit wir heute schon wieder gehen können“

Ein solcher Offizier ist Major von Strachwitz, der in einem Leserbrief gegen die Verträge hetzte und das „Vaterland in Gefahr“ sieht durch „vaterlandlose Gesellen“. Er wird vom Truppendienstgericht freigesprochen. Begründung: keinem Staatsbürger dürfe die freie Meinungsäußerung verwehrt werden.

Schulkinder müssen exerzieren

In Unna passierte ein unglaublicher Vorfall. Sechs Jungen der Luther-Hauptschule rückten in die Hellwegkaserne zum Jägerbataillon 451 ein. Die 14jährigen leisten ihr dreiwöchiges Betriebspraktikum ab, das in NRW vom Abschlußjahrgang verlangt wird. Die Jungen lernen exerzieren, machen Marschübungen, fahren gemeinsam mit Rekruten Panzereinsätze. Die Divisionsleitung ist begeistert über die Begeisterung der Schüler. Nachahmung wird empfohlen. Der Kultusminister wird vom Erfolg der Aktion informiert.

Geheimgespräch Schmidt – Barzel

Auf Initiative von Franz Josef Strauß, der sich selbst stolz als Führer des Rechtskartells bezeichnet, kamen in Bonn der CDU-Parteivorsitzende Rainer Barzel und Verteidigungsminister Schmidt (SPD) zu einem Geheimgespräch zusammen. In Übereinstimmung mit Bundestagspräsident von Hassel, der sich besorgt über den zunehmenden „Zeitgeist Friedenssehnsucht“ äußerte, forderte Strauß ein enges Zusammenwirken aller Kräfte, die an einer Störung des Friedens, an der Torpedierung der Verträge von Moskau und Warschau, des Westberlin-Abkommens und einer europäischen Sicherheitskonferenz interessiert sind. In dem Gespräch zwischen Barzel und Schmidt erklärte der CDU-Vorsitzende, daß er die bisher von Schmidt unternommenen Schritte zur Militarisierung und Entdemokratisierung aller Lebensbereiche voll unterstütze. Insbesondere sei das scharfe Vorgehen gegen demokratische Soldaten wie Otto Wagner und Günter Gleising, die sich für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau eingesetzt hätten und zugleich die Entfernung von Nazi-Offizieren gefordert hätten, zu begrüßen. Weiterhin bewertete Barzel folgende Tatsachen als sehr positiv:

- daß der Rüstungshaushalt auf die bisher unerreichte Höhe von alles in allem 25,3 Milliarden DM gestiegen sei
- daß die Bundesregierung die Militarisierung der Schulen und des Unterrichts durch den Einsatz von Jugendoffizieren und das geplante Unterrichtsfach „Wehrkunde“ vorantreibe
- daß jetzt auch bereits in den Hauptschulen die Kinder mit dem Leben in den Kasernen und mit vormilitärischer Ausbildung vertraut gemacht werden
- daß Wehrstrafgerichte in konsequenter Anwendung der Notstandsgesetze jetzt auch im Frieden tätig werden dürften
- daß nationalistisch und vor allem antikommunistisch eingestellte Offiziere und Unteroffiziere in ihrem Kampf gegen Entspannung und Frieden unbehindert wirken dürften.

Abschließend erklärte Barzel, daß es nunmehr darum gehen müsse, noch konsequenter das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auszuhöhlen und die gesamte Bevölkerung zu einer totalen Wehrbegeisterung zu veranlassen. Verteidigungsminister Schmidt bedankte sich für das volle Vertrauen der CDU/CSU in seine Politik und teilte Barzel mit, daß er für das Jahr 1972 eine große Mobilmachungsübung durchführen lasse, bei der auch zivile Kraftfahrzeuge eingezogen würden. Er sehe keine Schwierigkeiten, daß die gesamte SPD-Führung und die Bundesregierung diesen Plan voll unterstützen würden. Daran könne auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt nichts ändern.

MOBIL- MACHUNG

VON
AR. No
PL 00 ©

The title page features a large, bold title 'MOBIL-MACHUNG' in a stylized, blocky font. Above the title, several jets are shown in flight, leaving motion lines. Below the title, a line of tanks and soldiers is depicted. To the right of the title, there is a small box containing the text 'VON AR. No PL 00 ©'. The background is a simple line drawing of a landscape with a mountain peak.



UND DAMIT DAS JEDER MERKT, WERDEN WIR SOGAR ZIVILE KRAFTWAGEN ZWANGSEINZIEHEN!

ZUR PROBE ERST MAL LASTKRAFTWAGEN, UM ZU SEHEN, WIE DAS DIE LEUTE HINNEHMEN!



WEITER WERDE ICH DAFÜR SORGEN, DASS ALLES, WAS HALBWEGS GEHEN UND STEHEN KANN, EINBERUFEN WIRD. (*

WAS'N DAS?!



"WIR WOLLEN ZEIGEN, DASS WIR VERTEIDIGUNG ERNST MEINEN." (*

PHOTOSCHUTZ ZUHAUSE



GENAU DESHALB IST SOEBEN VON NORWEGEN ANGEFRAGT WORDEN, OB WIR DEN FRIEDENSNOBELPREIS UNTER DIESEN UMSTÄNDEN NICHT LIEBER ZURÜCKGEBEN WOLLEN!

(*ZITATE LAUT BILD AM SONNTAG VOM 31. OKT. '71

Jetzt ist Schluß, Schmidt- Schnauze!

Peter Bubenberger

Fortsetzung von Seite 5

Jugendoffiziere in den Schulen

„Bei uns an der Schule geht das auch schon los“, sagte ein Dortmunder Schüler zu mir während der Antimobilmachungsaktion des elan (siehe Bild). „Ein Jugendoffizier der Bundeswehr will uns ‚informieren‘. In Wirklichkeit wollen die doch was anderes, nämlich ihre militaristische Propaganda auf

„Ich sitze für 12 Tage im Arrest“

uns loslassen. Wehrbereitschaft erhöhen wollen die, weil ihnen die vielen Kriegsdienstverweigerer auf den Nerv gehen. Ich habe gehört, daß sie jetzt auch das Fach ‚Wehrkunde‘ an den Schulen einführen wollen. Mit Offizieren als Lehrer. Die sollen mal kommen. Da gibt's bei uns jedenfalls mächtig Dampf.“

Druck auf Kriegsdienstverweigerer

Dampf soll auch den Kriegsdienstverweigerern gemacht werden. Schwellen für Bundesbahn legen, Waldarbeiten – also Schwerstarbeit. Bis zum Straßenbau nur noch ein kleiner Schritt. Die Richtung ist klar – eine neue „Arbeitsfront“.

Ein düsteres Bild

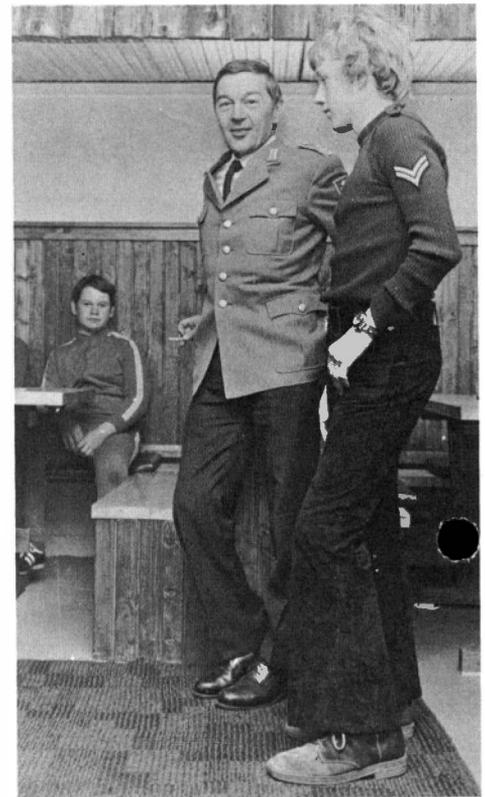
Bundeswehreigene Universitäten will Schmidt. Und Atomwaffen für die Bundeswehr. Wehrstrafgerichte sollen bereits im tiefsten Frieden ihr Unwesen treiben dürfen. Der Völkermord der USA in Indo-

„Bei uns in der Schule geht das auch schon los“, sagt ein Dortmunder Schüler

china wird mit Devisenausgleichszahlungen weiterhin tatkräftig unterstützt. Für Schmidt offenbar eine Herzensangelegen-

heit. Denn er bot den USA „mehrere hundert Millionen Mark“ für die Renovierung von US-Kasernen in der Bundesrepublik an. Wer sich dagegen in der Bundeswehr wehrt, für den hat Schmidt-Schnauze seinen „Maulkorberlaß“ bereit.

Das alles rundet das düstere Bild einer allumfassenden militaristischen Mobilisierungskampagne ab. Der Griff nach dem Privatfahrzeug ist der vorläufige Höhepunkt zu einem „großen Ziel“: totale Wehrrfassung aller Lebensbereiche. Das gesamte zivile Leben soll unter den Knobelbecher gebracht werden – Militarismus nach innen. Die andere Seite, den Militarismus nach außen, hat Schmidt selbst klar herausgestellt: „Außerdem versprechen wir uns davon eine außenpolitische Wirkung.“



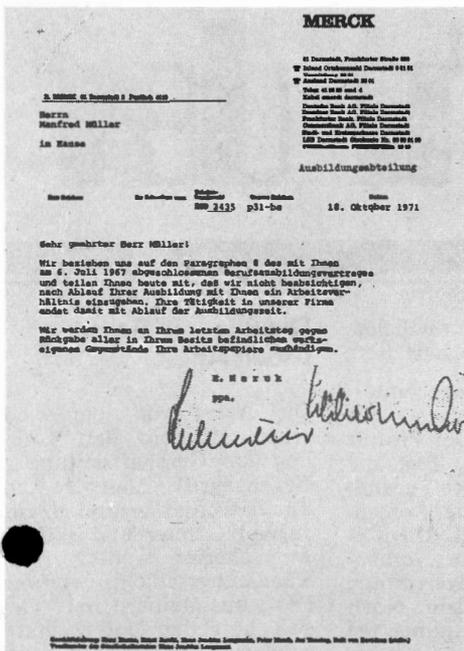
Oben: 14jährige in der Kaserne: BuWe-Offiziere trimmen Hauptschüler – Links: Mit einer Blitzaktion reagierte die SDAJ in Essen auf die Mobilmachungspläne – Unten: Protest in Wehrmachtsuniformen: Redakteure und Mitarbeiter des elan machen auf geschichtliche Parallelen aufmerksam.

Was man wissen sollte...

Die Registrierung privater Kraftfahrzeuge für den „Verteidigungsfall“ ist bereits seit längerer Zeit in größerem Rahmen im Gange. Die Eigentümer der Kraftfahrzeuge, die bei den Kreiswehersatzämtern registriert wurden, sind über diese Erfassung nicht unterrichtet.

Das „Bundesleistungsgesetz“ von 1961, mit dem die Einziehung privater Kfz begründet wird, wurde gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Begründung der SPD-Ablehnung: „Notstandsgesetze durch die Hintertür“. Bonner SPD-Mitglieder telegraphierten an ihren Parteivorstand: „Nach dem Friedensnobelpreis an Brandt folgt nun der politische Amoklauf des Verteidigungsministers.“

Selbst die Anwendung des Paragraphen 97 des Bundesleistungsgesetzes erfordert laut Paragraph 1 des Gesetzes die Erklärung des „Spannungsfalls“ durch die Bundesregierung. Also doch ein Notstandsgesetz durch die Hintertür!



Merck feuert 18 Lehrlinge

Juli-Streik hat Nachspiel – Lehrlinge sollen eingeschüchtert werden – IG Chemie klagt auf Weiterbeschäftigung

„18 Lehrlinge bei Merck entlassen!“ – diese Meldung machte Schlagzeilen. Merck ist in Darmstadt. Ich packte meinen Koffer. Mit Tonband, Kamera und Schreibmaschine fuhr ich los. Vor das Betriebsstor von Merck. Ich sprach mit Lehrlingen, mit Jugendvertretern, mit Gewerkschaftsfunktionären. Was ich hörte, war so spannend wie ein Krimi mit dem Titel „Unternehmermoral“.

Ende Juni, Anfang Juli hatten sie gestreikt, die Beschäftigten der Firma Merck in Darmstadt. Viele Lehrlinge nahmen damals teil am Arbeitskampf in der Chemieindustrie. Es ging um höhere Löhne und den Prozenttarif für Lehrlinge (siehe elan 8/71). Zwar konnte in diesem Sommer nicht alles Geforderte durchgesetzt werden, doch ohne Zweifel verbuchten Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge in dieser Tarifbewegung wichtige Erfolge.

Diese Erfolge sind den Chemieunternehmern ein Dorn im Auge. Zwar unterschrieben sie am 3. Juli in Bonn eine Vereinbarung mit der IG Chemie, daß die am Streik Beteiligten nicht gemafregelt werden dürften. Doch eine Unternehmerunterschrift bedeutet noch längst nicht, daß sie sich daran halten. Kaum war die Tinte trocken, gingen bei Merck – bekannt durch seine Medikamente und Pflanzenschutzmittel – die Versuche los, die Belegschaft einzuschüchtern und von künftigen Arbeitskämpfen abzuhalten.

Zuerst strengten die Merck-Bossen einen Schadenersatz-Prozeß gegen die IG Chemie und zwei ihrer Funktionäre an. Dann wurde einer der Streikleiter, Vertrauensmann Horst Keimig, in eine andere Abteilung versetzt. Das war aber noch nicht alles. Am 18. Oktober ging die Bombe hoch: Die Geschäftsleitung teilte 18 Lehrlingen mit, daß sie nach Abschluß ihrer Lehrzeit Anfang des nächsten Jahres nicht weiter beschäftigt werden. 17 dieser Lehrlinge –



Über 100 Lehrlinge demonstrierten vor den Merck-Werkstoren für die Weiterbeschäftigung ihrer Kollegen

Biologielaboranten – Chemielaboranten – und ein Industriekaufmanns-Lehrling – waren aktiv am Streik beteiligt gewesen. Der achtzehnte war damals krank gemeldet, also auch nicht an seinem Arbeitsplatz. Einer der Betroffenen ist Betriebsjugendvertreter, ein anderer Gewerkschaftsjugendfunktionär.

In einer ersten Presseerklärung erklärte die Merck-Geschäftsleitung, die Kündigung der Lehrlinge stehe in keinem Zusammenhang mit dem Streik. Vielmehr sei es eine innerbetriebliche Entscheidung, die sich nach den praktischen Leistungen und theoretischen Kenntnissen der Lehrlinge richte. Doch da wurden die Lehrlinge stutzig: Alle Betroffenen sind bekannt durch überdurchschnittliche Leistungen, einer ist sogar Klassenbester in der Berufsschule.

Dieser Schuß von Merck ging also nach hinten los. Eine neue Erklärung war schnell gefunden. Jetzt mußte der „starke Druck“ erhalten, unter dem die Chemie-Industrie nach Meinung des Merck-Direktors von Vietsch steht. Dieser „starke Druck“ müsse sich notwendigerweise auf die Personallage auswirken. So weit, so gut. Einer der achtzehn hatte die Lehre bei Merck begonnen mit dem ausdrücklichen Berufsziel Programmierer. Er soll jetzt nicht weiterbeschäftigt werden. Wenige Tage nach Erhalt des „Blauen Briefes“ mußte dieser Lehrling beim Durchblättern der Darmstädter Tagespresse jedoch erstaunt feststellen, daß Merck mit Stellenangeboten warb – ausgerechnet für den Beruf Programmierer.

Und noch ein Fehler unterlief den Merck-

Bossen: Auf einer schnell einberufenen Betriebsversammlung wollte Direktor von Vietsch die Wogen der Empörung glätten, die sich in der Belegschaft schnell ausbreiteten. Und das ausgerechnet mit der Bemerkung: „Ich wußte gar nicht, daß ein Lehrling dabei war, der nicht gestreikt hat.“ Den Versprecher merkte er zu spät.

Für die achtzehn Lehrlinge und ihre Kollegen war jetzt klar: Ihre Kündigung ist auf ihre Streikteilnahme zurückzuführen. Und es gibt noch weitere Beweise: Während des Streiks führten betriebliche Führungskräfte Listen. Hinter die Namen der Beschäftigten trugen sie Buchstaben ein. A oder S. A für gearbeitet und S für gestreikt.

Und vielleicht der wichtigste Punkt: In einem Schreiben der Merck-Geschäftsleitung an die Eltern aller Lehrlinge vom 1. Juli 1971 heißt es: „Wir haben bisher keine Folgerungen daraus gezogen, daß sich Auszubildende am Streik beteiligt haben... Wir behalten uns vor, arbeitsrechtliche Konsequenzen aus solchen Vertragsverletzungen zu ziehen. Dies kann die Auflösung des Ausbildungsverhältnisses zur Folge haben.“ Inzwischen also hat Merck diese Drohung wahrgemacht.

Werner Dreibus, Sekretär der IG Chemie in Darmstadt, zum elan: „Wir sind besonders empört, daß es einen der Jugendvertreter betrifft. Das ist der Beweis, daß es sich hier um eine Auslese der aktiven Lehrlinge handelt. Es ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet ein einziger Industriekaufmannslehrling, der dazu noch ausgezeichnete Noten hat, entlassen wird.“

1971



Jahr der

„Da sollen die Phoenix-Herren Farbe bekennen!“

Lehrlinge kämpfen für die Wiedereinstellung ihres Jugendvertreters

29. September 1971. 14.15 Uhr. Vorstandsetage der Phoenix-Gummiwerke AG in Hamburg-Harburg. 50 Lehrlinge – Schlosser, Bürogehilfinnen, technische Zeichner, Laboranten – tauchten vor der Tür des Phoenix-Vorstandsmitgliedes Dr. Weinlig auf. „Was wollen die denn hier?“ empörte sich ein leitender Angestellter. Doch die Lehrlinge waren schon im Vorzimmer und verlangten, ihren Chef zu sprechen. Der aber schwitzte gerade in einer Verhandlung mit der Jugend-

vertretung. Thema: Verstöße gegen das Jugendarbeitschutzgesetz.

Einige Lehrlinge unter 18 haben statt der vorgeschriebenen einstündigen Pause nur eine halbe Stunde. Andere haben zwar die volle Pause, müssen aber nach allgemeinem Werkstattschluß noch eine halbe Stunde weiterwerkeln, ausfegen und aufräumen.

Die Jugendvertretung griff die Verstöße auf und forderte: Einhaltung des Jugendarbeitschutzgesetzes, Ausbildung der

Lehrlinge während der üblichen Büro- und Werkstättenzeiten.

Die meisten Lehrlinge unterstützten die Forderung mit ihrer Unterschrift. Der Protest wuchs von Tag zu Tag, die Lehrlinge rannten der Jugendvertretung während der Sprechstunde die Bude ein. Die Geschäftsleitung mußte verhandeln. Die Jugendvertretung stand dabei nicht allein: Noch während der Verhandlung bei Dr. Weinlig übergaben die Lehrlinge einem Jugendvertreter die von ihnen unterschriebene Protestresolution. „Die waren ganz schön fertig, als sie gesehen haben, daß wir Lehrlinge zusammenhalten“ – so ein Lehrling auf dem Rückweg. Noch immer wird über die Arbeitszeit- und Pausenregelung verhandelt. Aber diese Aktion hat gezeigt, daß bei Phoenix jetzt ein anderer Wind weht. Die Lehrlinge nehmen Mißstände nicht mehr hin. Sie schalten sofort den Betriebsrat und die Jugendvertretung ein.

Die Phoenix-Bosse haben Angst

Die Angst vor dem solidari-schen Handeln der Kollegen läßt die Geschäftsleitung zum Gegenangriff blasen: Rädelsführer werden erfunden. Gegen Jugendvertreter und aktivierte Gewerkschafter werden gefälschte Kündigungsgerüchte verbreitet. Der Ausbildungsleiter Pietrusiak holt den Vater einer Jugendvertreterin in den Betrieb. Der Kollege Peter Baer – Mitglied des Kreisjugendausschusses des DGB in Hamburg und SDAJler – wird gefeuert. So sollen die Lehrlinge eingeschüchtert werden.

Die Bosse des 8 000-Mann-Betriebes spielen alle Möglichkeiten aus, die ihnen das geltende Betriebsverfassungsgesetz gibt. Sie zeigen, wer Herr im Hause ist. Ein Jugendsprecher der Phoenix, Michael Loedel, erklärte zu diesem Fall in einem Interview mit dem NDR-Fernsehen: „Die gewerkschaftliche

Merck feuert 18 Lehrlinge

Und ob die Lehrlinge bei Merck aktiv sind: Zur Zeit wird bei Merck um die Einrichtung eines Lehrlingsvertrauenskörpers gekämpft. Manfred Müller, der gekündigte Jugendvertreter, hatte sich am meisten dafür eingesetzt.

All dies stand auf besagter Betriebsversammlung zur Debatte. Die Versammelten betrachteten den Vorfall als einen Angriff auf ihre Rechte. Impulsiv kam der Vorschlag für eine Demonstration durch die Darmstädter Innenstadt. Doch wenig später warteten vor dem Werkstor bereits die Werkspolizei („Sicherheitsabteilung“), die städtische Polizei, Kriminalbeamte und Politische Polizei. Trotz dieser massiven Einschüchterung ließen es sich über hundert Lehrlinge nicht nehmen, für die Weiterbeschäftigung ihrer Kollegen zu demonstrieren.

Die IG Chemie hat den achtzehn Lehrlingen angeboten, ihre Interessen vor dem Arbeitsgericht wahrzunehmen. Diese Gerichtsverhandlung wird begleitet sein von neuen Aktionen der Solidarität.

Wolfgang Bartels

„Das ist ein Disziplinierungs-versuch!“

Wolfgang Bartels sprach mit dem gekündigten Jugendvertreter Manfred Müller.

In seinem Zimmer im elterlichen Häuschen am Darmstädter Stadtrand sitzt er mir gegenüber. Manfred Müller ist Industriekaufmannslehrling bei Merck und Jugendvertreter. Vor kurzem erhielt auch er das Schreiben der Geschäftsleitung: „Wir teilen Ihnen mit, daß wir nicht beabsichtigen, nach

Ablauf Ihrer Ausbildung mit Ihnen ein Arbeitsverhältnis einzugehen.“

elan: Was meinst Du, warum man Euch entlassen hat?

Manfred Müller: Der Grund, warum wir nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist wohl der: Von diesen 18 Lehrlingen haben 17 gestreikt während der Tarifauseinandersetzungen im Sommer. Einer hat nicht gestreikt. Der war krank. Vielleicht ist er auch als Streikender registriert worden.

elan: Was veranlaßte wohl die Geschäftsleitung der Firma Merck zu solch drastischen Maßnahmen?

Manfred Müller: Für mich ist das ein ganz klarer Versuch, die anderen Lehrlinge einzuschüchtern. Bei Merck haben im Sommer ungefähr 250 von 500 Lehrlingen gestreikt. Bei Hoechst haben an der Demonstration 200 Lehrlinge von 1 000 teilgenommen. Hier kann man sehen, in welchem Maß die Merck-Lehrlinge aktiv waren und sind.

Jugendvertreter Manfred Müller

Arbeitenden Jugend

Betätigung ist durch das Betriebsverfassungsgesetz in keiner Weise abgesichert.“ Auch das neue BVG bringt keine Verbesserungen. Im Gegenteil: Die Gewerkschaft soll noch mehr aus dem Betrieb herausgehalten werden. Ein wirkungsvolles Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates in per-

sonellen und wirtschaftlichen Fragen gibt es nicht.

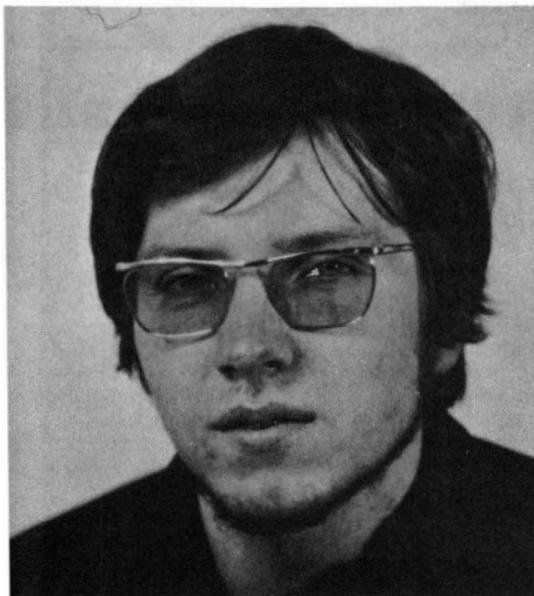
Fusion bedroht Arbeitsplätze

Unter der Regie des Hermann Josef Abs – auch bei der Phoenix Aufsichtsratsvorsitzen-

der – hat seine „Deutsche Bank“ entscheidende Aktienanteile bei der Phoenix Hamburg und der Conti Hannover aufgekauft. Die Deutsche Bank in Zusammenarbeit mit dem IG-Farbenachfolger Bayer strebt die Bildung eines großen Gummikonzerns an. Um höhere Profite aus den Arbei-

tern und Angestellten herauszuholen, um ihre Machtposition zu erweitern, setzt die Abs-Monopolgruppe einige tausend Arbeitsplätze aufs Spiel. Besonders bedroht sind die Bereiche: Verwaltung, Maschinen- und Formenbau, Forschung und technische Gummiartikel. Ohne wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte bedeutet die Macht- und Konzentrationspolitik der Monopole immer Unsicherheit der Arbeitsplätze, wie die Beispiele Voigtländer, Phrix und PWA (Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg) zeigen. Übrigens: überall hat Abs seine Hand mit im Spiel.

Die Phoenix-Herren fürchten Unruhen im Fusionsprozeß. Mit Peter Baer soll ein Exempel statuiert werden, um zu zeigen, wer auf der Phoenix das Heft in der Hand hat. Entlassungen kritischer Arbeiter sind bei Phoenix ein beliebtes Mittel. Im letzten Jahr z.B. wurden die Schlosser Lothar Reckert und



Die Geschäftsleitung will mit dem Versuch, durch irgendwelche Willkürmaßnahmen Lehrlinge rauszusuchen, den anderen Lehrlingen Angst einflößen. Ich habe mit einigen Lehrlingen gesprochen. Viele haben jetzt wirklich Angst, krank zu werden oder zu motzen.

Diese Maßnahme ist ein reiner Disziplinierungsversuch, dahingehend, daß die Lehrlinge beim nächsten Streik nicht mehr mitmachen. Und vor allem, damit die Lehrlinge bei ihrer Ausbildung ruhig sind. Merck versucht ein Ausbildungsverhältnis zu schaffen dahingehend, daß man den jungen Menschen in einen Trichter steckt und ihn dann durchhaut, bis er genauso dick ist wie der Hals des Trichters. Man will ihn genauso anpassen, wie man ihn im Betrieb braucht.

elan: In diesen Tagen wurde in Bonn das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. Was sagst Du aus Deiner Erfahrung als Jugendvertreter dazu?

Manfred Müller: In meiner Arbeit als Jugendvertreter werde ich natürlich von der Geschäftsleitung systematisch daran gehindert, irgendwelche Aktivitäten zugunsten der Lehrlinge zu entwickeln. Ich wurde sogar schon zweimal ermahnt, weil ich Lehrlinge im Lehlabor beeuht habe. In diesem Zusammenhang kann man sagen, daß das Betriebsverfassungsgesetz kaum etwas über die Arbeit der Jugendvertretung aussagt und auch das neue keinen wesentlichen Fortschritt bringt.

Man müßte fordern, daß die Jugendvertretung einen wirklichen Kündigungsschutz genießt gemäß dem der Betriebsratsmitglieder. Damit meine ich auch die Übernahme von Jugendvertretern von einem Ausbildungs- in ein Arbeitsverhältnis. Die meisten Jugendvertreter sind ja Lehrlinge, und es gibt genügend Beispiele dafür, daß gerade aktive Jugendvertreter nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Klaus Grünewald entlassen. Andere kritische Kollegen müssen befürchten, an schlechtere Arbeitsplätze versetzt zu werden. Deshalb beanstandete ein Arbeiter in der letzten Werkzeitung Mißstände ausdrücklich anonym: „Sie werden sicher verstehen, daß ich mit Rücksicht auf meine Familie meinen Namen nicht nennen kann.“

Technisch ganz gut“ – aber ...

„Technisch ganz gut, aber sonst wie in der Kaserne“, so schätzten Phoenix-Lehrlinge ihre Berufsausbildung ein.

„– Technische Zeichnerinnen mußten im ersten Lehrjahr im großen Speisesaal mit dem Gesicht zur Wand sitzen, damit sie vor unsittlichen Blicken und Gesprächen bewahrt werden.

– Die Maschinenschlosser im ersten Lehrjahr dürfen ihre Uniform (blaue Hose, blaue Jacke) nicht eigenmächtig verhandern (z.B. die Jacke ausziehen).

– Eine beliebte Erziehungsarbeit ist es, Stahlprofile per Hand sägen zu lassen.

– Jugendvertreter werden oft behindert, wenn sie mit Lehrlingen in der Lehrwerkstatt Gespräche führen wollen.

– Wer das alles hinnimmt, wer sich gut einordnet (offizieller Beurteilungsbogen der Handelskammer), bekommt in Führung eine Zwei. Wie schön!“ (Aus einer Dokumentation über die Berufsausbildung bei Phoenix, die auf einer Veranstaltung des Harburger Gewerkschaftsjugendzentrums „RAN“ veröffentlicht wurde.)

„Technisch ganz gut...“ – das heißt noch lange nicht, daß es auf der Phoenix keine Verstöße gegen das Berufsbildungsgesetz gibt.

Die technischen Zeichnerinnen mußten billige Laufmädchenarbeiten übernehmen. Sie werden außerdem nicht nur nach Ausbildungsplan, sondern auch nach Bedarf in die einzelnen Abteilungen versetzt. Anruf: „Haben sie nicht ein schönes, schnelles Mädchen für uns? Wir haben einen eiligen Auftrag.“ Gummi-Spieker, Wischerhalter und ähnliche Kleinteile produzieren die Schlosserlehrlinge zu Hunderten und Tausenden.

„Technisch ganz gut...“ – das heißt z.B. etwas EDV-Ausbildung für die Kaufleute und ein bißchen Pneumatiklehrgang für die Maschinenschlosser: Die Dreher haben noch nie eine numerisch gesteuerte Drehbank gesehen, es sei denn im Kino. Die Phoenix-Lehrlinge jedoch beginnen, sich für ihre berechtigten Forderungen einzusetzen. Der Kreisjugendausschuß des Hamburger DGB, die Lehrlinge von Blohm + Voss, die Jugendausschüsse von IG Metall und IG Chemie, zahlreiche Jugendvertreter – sie alle haben sich solidarisiert mit den Lehrlingen von Phoenix. Sie fordern die Wiedereinstellung des Jugendvertreeters Peter Baer.

Für den 3. Dezember ist der Termin vor dem Harburger Arbeitsgericht angesetzt. „Da gehen wir hin“ – das ist die Meinung vieler Kollegen von Peter Baer. Und: „Da sollen sie Farbe bekennen, die Phoenix-Herren!“

Kollektiv der SDAJ-Hamburg

Kurz notiert

Ende der Lehre

Kassel. Lehrlinge, deren Lehrverträge vor dem Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes am 1. September 1969 abgeschlossen wurden, beenden ihr Ausbildungsverhältnis erst mit Ablauf des Monats, in dem sie die Lehrabschlussprüfung ablegen. Die nach dem 1. September 1969 abgeschlossenen Verträge enden dagegen bereits an dem Tage, an dem die Prüfung abgelegt wird. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (5 AZR 22/71 und 23/71). Im zweiten Fall können also Jugendliche bereits vom nächsten Tag an vollen Facharbeiterlohn beanspruchen, im ersten Fall dagegen erst vom nächsten Monat an.

Unternehmer-Kongreß

München. Auch die Unternehmer wollen einen Berufsbildungskongreß veranstalten – ausgerechnet unter dem Thema: „Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft“. Am 20. und 21. Januar 1972 wollen sich die Unternehmer in München treffen, um sich mit den „potentiellen Gegnern des dualen Systems (Trennung von Berufsschule und Betrieb) und der betrieblichen Ausbildung“ auseinanderzusetzen und das „persönliche Engagement des Unternehmers für die berufliche Bildung“ darzulegen, wie

es in einer Ankündigung heißt. Sicherlich kann man den Kongreß ohne allzu große Spannung erwarten: Mehr als der xte Versuch, die jetzige „Ausbildungs“-Praxis zu rechtfertigen, wird er ohnehin nicht sein.

Neuerscheinung

Frankfurt. „EWG – Monopole – Gewerkschaftliche Gegenmacht“ ist der Titel einer Neuerscheinung im Nachrichtenverlag, 6 Frankfurt, Friedberger Landstr. 307. Das Buch herausgegeben von Heinz Seeger – informiert über die Konzentration wirtschaftlicher Macht in Westeuropa und die Stellung der verschiedenen Gewerkschaftsverbände und Arbeiterorganisationen (Preis: 4,50 DM).

Aussperrung

Kassel. Das Bundesarbeitsgericht entschied, daß Arbeitnehmer bei einem legalen Streik in der Regel zunächst nur mit suspendierender Wirkung ausgesperrt werden dürfen. Das Arbeitsverhältnis dürfe nur für die Dauer des Streiks ausgesetzt werden. Nach dem Streik müßten die Arbeitnehmer weiterbeschäftigt werden. Sei ein Streik „illegal“ oder eine Arbeitsverweigerung „unzulässig“, könnten Arbeitnehmer mit lösender Wirkung ausgesperrt werden. Wie dieses Urteil mit

Die Hausordnung des Monats

Aus einem internen Firmenschieds schreiben des Speditionsunternehmens Schulte, Wuppertal, gültig seit dem 2. April 1971 (wohl gemerkt – nicht 1. April):

„Um während der Mittagszeit von 12.30 bis 13.00 Uhr eine Beaufsichtigung unseres Lagers zu haben, wird ab Montag, den 5.4.1971 ein Auszubildender im Pforterraum Dienst tun. Die Einteilung für diesen Dienst wird von Herrn Henning vorgenommen, wobei

sowohl männliche als auch weibliche Auszubildende hierzu herangezogen werden. Das Tor bleibt während der Mittagszeit geschlossen, kann jedoch in Ausnahmefällen für anliefernde Fahrzeuge kurz geöffnet werden. Ein Betreten des Lagers ist während dieser Zeit nicht gestattet. Hierauf muß besonders geachtet werden. Der mit der Beaufsichtigung Beauftragte nimmt seine Mittagspause entweder vor oder nach dieser Zeit.“

Ein Leben für den Profit

Goldenes Vorhängeschloß für Kapital-Verbrecher Flick

Ein Tattergreis gehört zu den Mächtigen in der Bundesrepublik. Er ist der reichste Mann in der BRD. Mit einem Vermögen, das auf mindestens fünf Milliarden Mark geschätzt wird, regiert er Millionen: die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, die er beherrscht, an denen er beteiligt ist oder die von seinem Imperium abhängig sind. Seine Spezialität: die Rüstungsindustrie. Sein Lieblings-Konzern: die

„Daimler-Benz AG“ in Stuttgart-Untertürkheim. Mit 11,6 Milliarden Mark Jahresumsatz das fünfgrößte Unternehmen der Bundesrepublik.

Der Name des Diktators: Friedrich Flick, 86 Jahre alt. Langjährige Erfahrung im Rüstungsgeschäft: im ersten und zweiten Weltkrieg. Dem deutschen Faschismus half er in den Sattel. Die Nazis belohnten seine Mühe mit Riesen-

der hessischen Verfassung in Einklang zu bringen ist, die Aussperrung grundsätzlich untersagt, erklärte das Bundesarbeitsgericht nicht (Aktenzeichen: 1 ALR 113/68 in Verbindung mit 1 ALR 275/68).

50 DM Teuerungszulage

Hamburg. Die Jugendvertretung der Firma Blohm + Voss AG setzt sich für Teuerungszulage von 50 DM für die Lehrlinge ein. Der Betriebsrat stellte sich ebenfalls hinter diese Forderung. Die Direktion jedoch lehnte ab. Mit Unterschriften-sammlungen im Betrieb wurde deutlich gemacht, daß alle Lehrlinge hinter diesen Forderungen stehen. Die Jugendvertretung, Vertrauensleute, der Ortsjugendausschuß der IG Metall und aktive Gewerkschaftskollegen bilden einen Ausschuß, der das weitere Vorgehen beraten wird.

Keine schematische Verlängerung

Kassel. Das Ausbildungsverhältnis von Lehrlingen, die ihre Lehrabschlußprüfung nicht bestanden haben, darf nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes nicht schematisch um ein halbes Jahr verlängert, sondern nur bis zum nächsten Prüfungstermin. Der Facharbeiterlohn kann jedoch erst beansprucht werden, wenn dem Jugendlichen vom Prüfungsausschuß mitgeteilt worden ist, daß er die zweite Prü-

fung bestanden hat (Aktenzeichen: 5 ALR 265/71).

Berufsschüler demonstrierten

Frankfurt. 1 500 Frankfurter Berufsschüler demonstrierten vor dem Kultusministerium in Wiesbaden. Jahrelang hatte man sie mit Versprechungen hingehalten. Zur Zeit erhalten von 1 100 Klassen der 16 Frankfurter Berufsschulen 205 weniger als 6 Stunden wöchentlichen Berufsschulunterricht. Zwölf Stunden sollen die Norm sein. Herald Roth, Schulsprecher der Siemens-Schule, erklärte: „Jetzt lassen wir uns nicht mehr verrostet. Wenn jetzt nichts geschieht, werden weitere Aktionen folgen!“

Streik Entlassungsgrund

Kassel. Auftragsmangel ist kein Grund zur fristlosen Entlassung von Arbeitern. So entschied das Kasseler Bundesarbeitsgericht. Der Arbeitgeber kann bei Auftragsmangel „nur“ fristgerecht kündigen. Und jetzt kommt der Pferdefuß: Während dieser Kündigungsfrist kann der Arbeitgeber die Lohnzahlung vorzeitig einstellen, wenn der Auftragsmangel „durch das eigene Verhalten der Arbeiter, beispielsweise durch einen Streik, entstanden ist“. Daß die Hauptursache für Streiks das „eigene Verhalten“ der Unternehmer ist, scheint den Herren Bundesarbeitsrichtern entgangen zu sein (Aktenzeichen: 1 ALR 245/68).

Aktionen weiter notwendig

Ein „neues“ Betriebsverfassungsgesetz ist vom Bundestag verabschiedet worden. Die Unternehmer reagieren zornig, der DGB-Bundesvorstand zeigt sich befriedigt und die Illustrierte „Stern“ meint gar: „Das Gesetz räumt den deutschen Lohn- und Gehaltsempfängern Rechte ein, wie es sie bisher in keinem anderen Industriestaat gibt.“

Nanu, hat sich der Bundestag diesmal für die Interessen der Arbeiterschaft engagiert?

Abgesehen von der lächerlichen Bemerkung des „Stern“ (Frage: Sind beispielsweise DDR und Sowjetunion, wo die Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer gewählten Vertreter längst verwirklicht ist, keine Industriestaaten?) muß hier klar und deutlich gesagt werden: Das „neue“ Betriebsverfassungsgesetz liegt im Interesse der Unternehmer, es sichert ihre Vorrechte ab. Und der ganze Propagandarummel der Bosse gegen das Gesetz hat nur das Ziel, die Beute ungestört heimzubringen. Denn angesichts einer Arbeiterschaft mit wachsendem Bewußtsein muß man sich schon etwas einfallen lassen, um den wahren Charakter des Gesetzes zu verschleiern.

In dieser Zeitung haben sich in den vergangenen Monaten Jugendvertreter und Jugendfunktionäre der Gewerkschaftsjugend zu Wort gemeldet und auf den arbeiterfeindlichen Inhalt des BetrVG-Entwurfs hingewiesen. Sie haben sich für Kampfaktionen ausgesprochen. Obwohl der Entwurf inzwischen Gesetz wurde: diese Aktionen bleiben dringend notwendig. Gegen die Vorherrschaft der Unternehmer, für wirksame Mitbestimmung der Arbeitenden!

HANS-JÖRG HENNECKE



profiten. Tausende von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und zwangsdeportierten Zivilisten wurden in seinen Fabriken ermordet. 1945 wurde Flick als Kriegsverbrecher verurteilt.

Aber nur kurze Zeit später holten ihn Adenauer und Strauß aus der Haft.

Flick mit seiner Ausbeuter-Erfahrung ist ihr Mann. Aber im Reich des Friedrich Flick beginnt es zu rumoren: Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte wittern den Millionenbetrug.

Als Bundespräsident Heinemann am 10. September das Daimler-Benz-Werk in Stuttgart besichtigte, bejammerten die Mercedes-Bosse die „hohen Kosten“ für die Ausbildung eines Lehrlings.

Der Lehrling Frobenius konterte sofort: „Und wie lange

dauert es, bis der Facharbeiter nach seiner Ausbildung der Firma diese Kosten wieder verdient hat?“

Die Bosse zogen es vor, zu schweigen.

Am 1. November in Stuttgart: Die SDAJ hat zum Daimler-Benz-Tribunal aufgerufen. Der Saal ist überfüllt. Gutachten und Zeugenaussagen von Daimler-Lehrlingen enthüllen die miesen Tricks, die Kapital-Verbrechen des Tyrannen Flick und seiner Manager. Gute vierzehn Tage später bekommt Friedrich Flick von der Arbeiterjugend eine Quittung: Das „Goldene Vorhängeschloß“. Gestiftet vom Jugendmagazin elan für „besondere Verdienste“ um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterjugend.

Georg Rohde

Beauftragt von einer Million

8. Bundesjugendkonferenz des DGB in Dortmund

Er hatte an alle gedacht. An die Schülerlotsen, an die Rettungsschwimmer und an die Freiwillige Feuerwehr, an den Verband deutscher Gebirgs- und Wandervereine. Der Bundespräsident, Gustav Heinemann, würdigte sie in seiner Rede vor den Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dortmund. Zugegeben — je weiter Heinemann in seiner Aufzählung kam (ein Delegierter: „Das ist mit zuviel Pfadfinder-Ideologie: Jeden Tag eine gute Tat.“), desto unruhiger wurde es im Saal.

Wirklich — an alle dachte er. Doch das wichtigste kam nicht zur Sprache: Der tagtägliche Kampf der Lehrlinge, jungen Arbeiter, Angestellten und Beamten um ihre Interessen, die Auseinandersetzung der jungen Lohnabhängigen mit ihren mächtigen Gegenspielern, den Herren des Großkapitals.

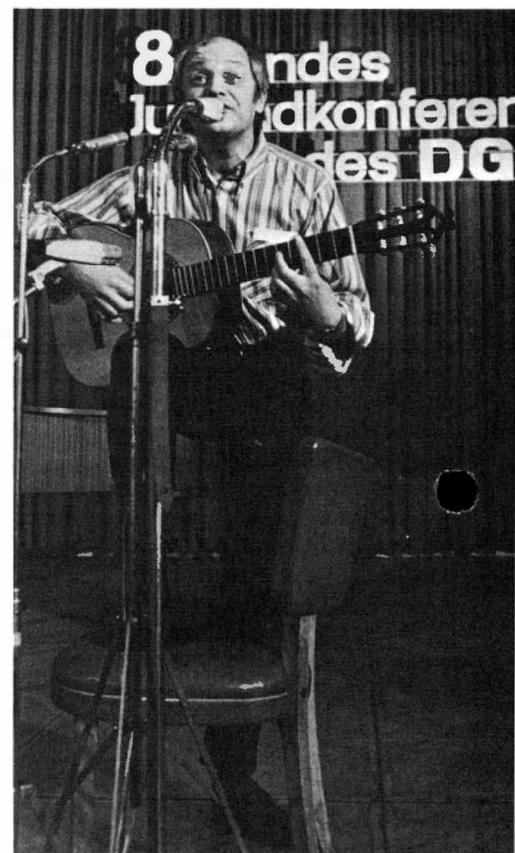
Und Heinemann wurde kritisiert. Er appellierte an Fairness und Toleranz. Er rief auf zur Verteidigung des „freiheitlichen Bodens des demokratischen Staates“. Die Delegierten erinnerten an die Vorfälle im Limburger DGB-Haus und die Lehrlingsmassenentlassung bei Merck in Darmstadt. Sie holten Heinemann zurück auf den Boden der Realität, auf den Boden des Klassenkampfes mit einem Gegner, bei dem Fairness und Toleranz sicher nur ein kaltes Lächeln erzeugen. Immerhin — mit diesem „Umweg“ hatte die Konferenz doch den richtigen Einstieg bekommen: es wurde diskutiert über die Lage der arbeitenden Jugend und wie sie zu verbessern ist.

Einen anderen, direkten Auftakt gab Dieter Süverkrüp den 330 Delegierten und Gastdelegierten. Das „Lied vom Machtwechsel“ trug sicher dazu bei, daß einige Delegierte die Politik der jetzigen Bundesregierung illusionsloser betrachteten. 1971 — Jahr des jungen Arbeitnehmers.

Die Konferenz in Dortmund sollte sein Höhepunkt sein. Ein großer Erfolg konnte verzeichnet werden: Dieses Jahr hat zu vielfältigen neuen Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend „vor Ort“ geführt, hat dazu geführt, daß in diesem Jahr die Gewerkschaftsjugend die Millionen-Grenze überschreitet. Und diese Gewerkschaftsjugend ist kritischer geworden.

Viele Dinge nahm sie nicht einfach hin: Die Haltung des DGB und des Bundesjugendausschusses zum Betriebsverfassungsgesetz wurde scharf kritisiert. Hatte DGB-Vorsitzender Vetter in seinem Referat noch von einer „Stärkung der Jugendvertreterrechte“ gesprochen, so beschlossen die Delegierten: „Den Forderungen des DGB an das neue Betriebsverfassungsgesetz ist in wesentlichen Punkten nicht stattgegeben worden“. Und der Bundesjugendausschuß wurde scharf kritisiert, weil er zentrale Aktionen gegen die Verabschiedung des Gesetzes unterlassen hat.

Trotzdem zeigte sich die Konferenz nicht mehr ganz so aktionsfreudig wie die Gewerkschaftsjugend noch zu Beginn des Jahres. Ein Streik aller Auszubildender wie auch ein 10-Minuten-Warnstreik des DGB für die Verbesserung der Lage der Auszubildenden im

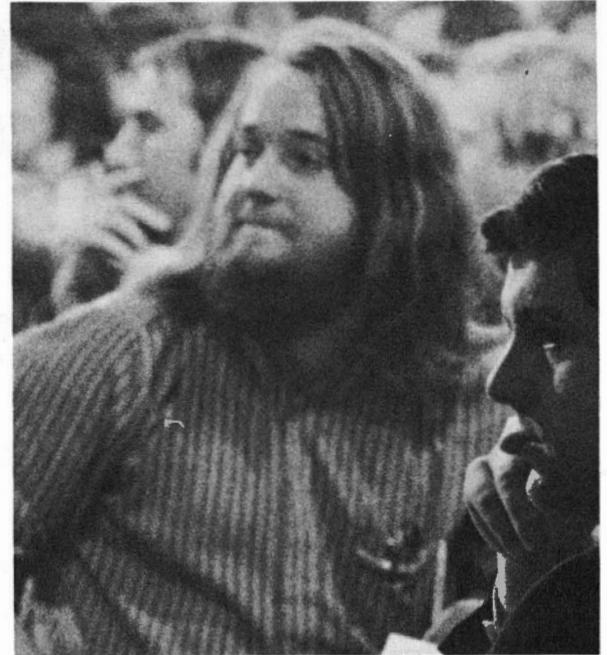


gesamten Bundesgebiet wurden abgelehnt mit dem Hinweis, das sei nicht „real“. So hat man sich ein bewußtseinsbildendes Aktionsziel genommen.

Anderen vorgeschlagenen Aktivitäten für das nächste Jahr stimmten die Delegierten zu: So wurde beschlossen, Ende 1972 eine außerordentliche Bundesjugendkonferenz zu Bildungsfragen durchzuführen. In einem anderen Beschluß wird zu einer „Versammlung für Jugendliche aller Ausbildungsbereiche zur Formulierung und Verteidigung ihrer Rechte“ im nächsten Frühjahr aufgerufen. Und ein in Anbetracht der Erfahrungen aus den Vorjahren — nicht ganz unwichtiger Beschluß: Der 1. Mai soll wieder durch traditionelle Demonstrations- und Agitationsformen belebt werden.

Auf der Konferenz standen auch Schwierigkeiten aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zur Debatte. Die Springer Beschlüsse des DGB, die seit 1967 zur Beseitigung der Jugendsekretärstellen auf Kreisebene geführt hatten, wurden scharf kritisiert. Sogar Franz Woschek, Jugendverantwortlicher im DGB-Bundesvorstand, meinte: „Das sind die dümmsten Beschlüsse des DGB.“ Die Schlußfolgerung: In der nächsten Zeit muß es wieder mehr Jugendsekretäre geben.

Links: Dieter Siverkrüps Beitrag: Kämpferische Lieder gegen die Monopole



Große Verblüffung gab es bei den Delegierten, als plötzlich ein Bundeswehrosoldat in Uniform am Rednerpult stand. Doch die Verblüffung verwandelte sich schnell in Beifall, als der Delegierte Gerd Pohl — vor allem gewandt an Heinemann — mehr Rechte für Soldaten und konsequenten antimilitaristischen Kampf forderte. Zum Thema Bundeswehr gab es dann auch wichtige Beschlüsse: Die Wehrkunde an den Schulen wurde abgelehnt. Die Delegierten forderten in einem anderen Beschluß die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung von Soldaten und freie Diskussion über die Studie „Soldat 70“.

Doch zu solch klaren Standpunkten im Interesse der arbeitenden Jugend gelangte die Konferenz nicht in jedem Fall. Ein Antrag zum Austritt aus der Konzentrierten Aktion wurde von Gewerkschaftssekretären mit scheinbar progressiven Argumenten zerredet. War ihre Angst vor Kritik an der Politik der Bundesregierung zu groß? Das wäre ein falscher Weg. In einem Antrag zur Mitbestimmung forderten die Delegierten eindeutig, „keine falsch verstandene Rücksicht auf eine sozial-liberale Regierung zu nehmen“. Einen anderen wichtigen Beschluß faßten die Delegierten zum Neofaschismus in der BRD. Sie rufen auf zum verstärkten

Kampf gegen die Gefahr von rechts. Konkret führten sie an: keine Unterstützung von nationalistischen und faschistischen Organisationen aus öffentlichen Mitteln; raus mit der DJO aus den Jugendringen! Die faschistischen Regime in Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei wurden verurteilt.

Außenpolitisch unterstützte die Konferenz die Entspannungspolitik mit den sozialistischen Staaten. Die Bundesregierung wurde zu konsequenterem Handeln aufgerufen: völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, Verkürzung der allgemeinen Wehrpflicht auf 12 Monate, Senkung der Rüstungslasten zugunsten der Bildungsreform. Aus diesen Bestrebungen ergibt sich auch der Wunsch nach verstärkten Kontakten zu den Jugendorganisationen der sozialistischen Staaten. Hier ist besonders wichtig: die Gewerkschaftsjugend wird sich im Sommer 1973 an den Weltjugendspielen in Berlin/DDR beteiligen.

Die Konferenz übte nicht nur Solidarität mit den im Lohnkampf stehenden Metallarbeitern. Auch mit den für die Interessen der Lohnabhängigen kämpfenden Menschen in aller Welt solidarisierten sich die jungen Gewerkschafter. Hiermit ist vor allem Angela Davis gemeint: „Der Ver-

dacht liegt nahe, daß der Prozeß in Wirklichkeit gegen ihre Hautfarbe und ihre politische Überzeugung geführt wird. Aus diesen Gründen fordern wir die Freilassung von Angela Davis.“

Und angesichts der antikommunistischen Welle von Barzel, Strauß und Wischniewski bezog die Konferenz klar Position: Die Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung wurden abgelehnt:

„Der Antikommunismus hat sich stets als ein Mittel zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zum Völkerhaß und als Barriere gegen progressive gesellschaftliche Veränderungen erwiesen.“ Folgerichtig sprachen sich die Delegierten gegen die Disziplinierung politisch aktiver Lehrer aus und solidarisierten sich mit Prof. Holzer, dem eine Lehrstelle an der Bremer Universität wegen seiner DKP-Mitgliedschaft verweigert wird.

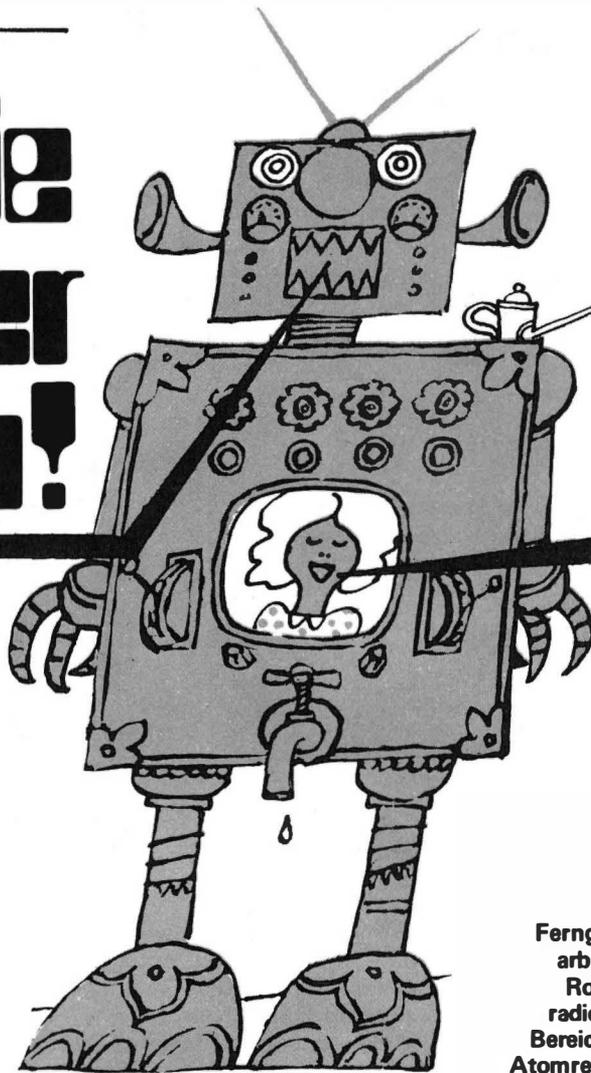
Die DGB-Jugend ist politischer geworden. Diese Konferenz hat es bestätigt. Die Delegierten ließen keinen Zweifel daran, daß sie den Auftrag von einer Million Mitgliedern ernst nehmen wollen. Die Konferenz wird ihre Fortsetzung finden. In Aktionen, auf Streikposten, in der Berufsschule, im Betrieb und in der Öffentlichkeit.

Wolfgang Bartels

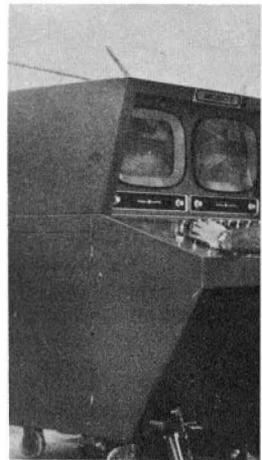
Die Roboter kommen!

Kommen die Roboter

Durch das 21. Jahrhundert stampft ein riesiger Roboter. Seine Gestalt ist der eines Menschen sehr ähnlich. Das Ungetüm besitzt einen würfelförmigen Kopf, zwei Arme mit Greifzangen statt der Hände und einen breit schultrigen, massigen Körper. Unter seinen Schritten dröhnt der Boden der Zukunft. Man kann ihn als Holzfäller, als Chauffeur, als Postbote und sogar als Kindermädchen brauchen. Wenn er aber einmal rebelliert, dann tut er das so gründlich, daß man ihn zwischen zwei Bulldozern einklemmen muß, um ihn zu bremsen.



Ferngesteuert arbeitet der Roboter in radioaktiven Bereichen von Atomreaktoren.



Doch den Roboter mit dem eisernen Kopf und den vielen Berufen wird es nie geben. Ganz gewiß brauchen wir auch in zwanzig, dreißig, fünfzig und mehr Jahren keine Furcht vor Robotern zu haben – schon gar nicht vor solchen mit Köpfen, Armen und Beinen. Derartige Karikaturen des Menschen wird es nicht geben. Es ist nicht einzusehen, warum ein Roboter, der den Mond erforscht, einen Kopf mit Ohren haben sollte. Und wozu könnten Beine gut sein, wenn er nur den ganzen Tag dasitzen und mathematische Aufgaben ausrechnen muß?

Die Zeit, da man sich den Roboter als ein Abbild des Menschen vorzustellen hatte, ist längst vorbei. Der wichtigste Grundsatz für den Bau solcher Wunderwerke heißt: Zweckmäßigkeit. Daß aber Roboter in der Zukunft eine bedeutende Rolle spielen werden, steht außer Zweifel. Nur, der Mensch wird sie morgen mit gleicher Selbstverständlichkeit für seine Zwecke benutzen, wie er das gestern mit der Dampflokomotive und der Plattenkamera tat.

Mach's besser ohne Automaten

So wird man denn im nächsten Jahrtausend auf Schritt und Tritt von Robotern umgeben sein. Das fängt schon im Haushalt

an. Natürlich wird einem kein Eisenmädchen mit weißem Häubchen und gestärkter Schürze das Frühstück im Bett servieren. Aber, wie sieht es mit dem Reinemachen aus? Da wäre doch wohl ein Roboter mit Besen und Kehrrichtschaufel in der Hand denkbar – sollte man meinen. Oder ein anderer, der zu früher Stunde die Kohlen aus dem Keller holt und den Ofen heizt. Nun, auf den Heizer kann schon heute in vielen Wohnungen verzichtet werden – schließlich gibt es Zentralheizungen. Und daß der Mensch in Zukunft eine automatische Reinemachefrau braucht, das ist auch unwahrscheinlich. Man wird im Gegenteil Mittel und Wege finden, zu verhindern, daß sich überhaupt Staub auf Bücherregalen, Schränken und Fußböden absetzt. Möglich, daß dies mit Hilfe elektrostatischer Kräfte geschieht, die von den Baumaterialien des nächsten Jahrtausends ausgehen.

Es ist also ganz und gar nicht so, daß unser gesamtes Leben robotisiert werden soll und die Lösung jedes Problems unbedingt ein Automat sein muß.

Da erwacht jemand am frühen Morgen. Er steht auf, geht in die Küche, drückt einen Befehl in die Tastatur des Kochautomaten und hält Augenblicke später eine Tasse herrlich duftenden Kaffees in der Hand. Das war Roboter Nr. 1.

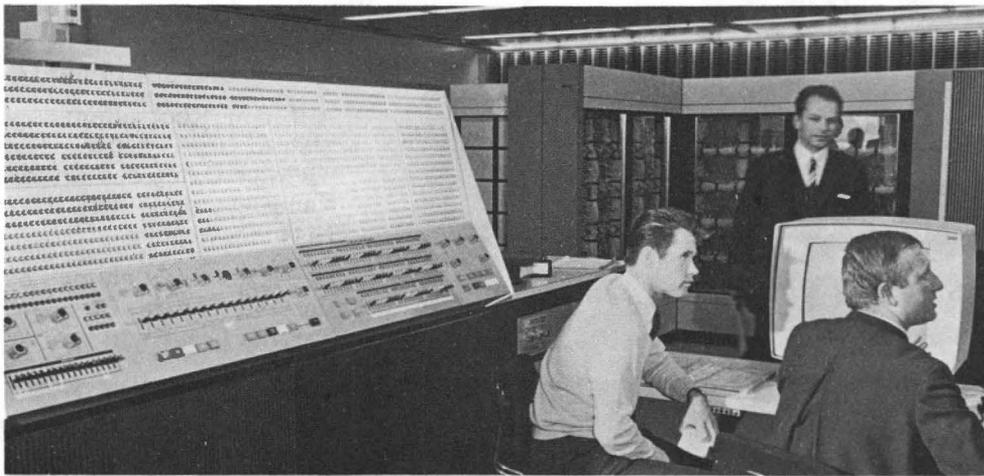
Der Mann geht ins Zimmer zurück, macht sein Bett und setzt sich vor das Video-Gerät. Weil er noch eine halbe Stunde Zeit hat, fordert er von der Zentralen Bibliothek die Dissertation eines Ökonomen des ausgehenden 19. Jahrhunderts an. Er wartet dreißig Sekunden, dann erscheint der Text der Arbeit auf dem Bildschirm.

Das Videophon ist Roboter Nr. 2. Er dient dazu, den Menschen so schnell wie möglich mit Informationen zu versorgen.

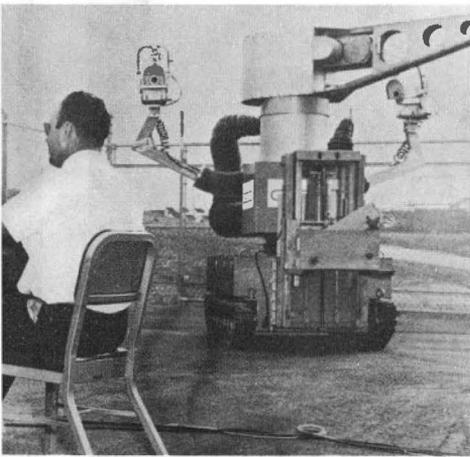
Bald darauf sitzt der Mann im Roboter Nr. 3, einem Auto mit selbsttätiger Steuerung, das unfehlbar sicher den Magnetspuren unter dem Straßenbelag folgt. Gelangweilt blättert er in der Zeitung. Doch als er von Roboter Nr. 4 liest, stutzt er. Es handelt sich um ein selbständig operierendes Forschungsfahrzeug auf Pluto, das erste, das dort gelandet wurde. Aus irgendwelchen Gründen schickt es keine Signale mehr zur Erde. Sollte es den höllischen Umweltbedingungen auf diesem Planeten zum Opfer gefallen sein? Ein Glück, daß es sich in der Raumfahrt durchgesetzt hat, die Wandelsterne des Sonnensystems mit Hilfe automatischer Kundschafter zu erforschen, ehe der Mensch seinen Fuß auf sie setzt.

In der Zeitung ist aber noch von einer anderen Roboterart die Rede, einer, die den Kosmonauten hilft, sich auf fernen Planeten häuslich einzurichten: „Die Automaten

ien
er?



Die Computer gehören zur Familie der Roboter. Unser Bild zeigt das Zentrum einer Rechanlage.



(bohrten) ... Löcher in den Felsen, Dutzende Löcher, die konzentrische Kreise bildeten. Dann brachten sie die Sprengladungen an und zogen sich zurück. Die Detonation war nicht zu hören. Der von dem Feuer zerfetzte Felsen bäumte sich auf, eine Wolke von Rauch und Gestein flog hoch. Der Boden bebte ... In dem luftleeren Raum senkte sich der Rauch schwer wie Eisenfeilspäne. Die Automaten kamen aus ihren Deckungen hervor, stiegen in den Trichter und legten dort eine Schicht Metallstäbe. Ein Strahlenwerfer streckte den langen Hals vor, bewegte den Kopf hin und her. Er sah aus wie eine karikierte Giraffe, die sich umschaute und imaginäres Laub sucht. Ein blendender, stahlblauer Blitz – das Metall im Trichter schmolz unter dem Druck der Strahlung, kühlte aus und erstarrte. Die Automaten stapften über die rauhe, holprige Oberfläche, schliffen sie ab und polierten sie, bis sie wie Quecksilber glänzte ...“ (Stanislaw Lem, „Gast im Weltraum“).

Roboter Nr. 5 befaßte sich also schon mit schwerer körperlicher Arbeit. Er ist ein sehr naher Verwandter von Roboter Nr. 6, dem unser Mann gegenübersteht, nachdem er Roboter Nr. 3 verlassen hat. Unser Mann ist nämlich Kontrollingenieur eines großen Betriebes, der Maschinenteile herstellt. In der weiten Halle sind nur zwei, drei Menschen zu sehen. Die Produktionsanlagen arbeiten vollautomatisch – sie sind die vorbereiteten Roboter der Zukunft. Mitte des 20. Jahrhunderts tauchten die ersten ihrer Art in den Fabriken auf. Ihr Erscheinen löste nicht überall Freude aus. Manche Arbeiter fürchtete – ähnlich jenen Seidenarbeitern des 18. Jahrhunderts – die Automaten könnten ihn um Lohn und Brot bringen und so Macht über den Menschen gewinnen. Diese Furcht war nur zu oft berechtigt, wurden doch ... zigtausende Schmiede, Monteure, Einrichter oder Eisengießer über Nacht auf die Straße gesetzt, weil es die neuen Roboter verstanden, besser, billiger und schneller zu produzieren. Allerdings spielten sich diese Tragödien nicht in den sozialistischen Staaten ab, obwohl auch hier die Produktion immer mehr automatisiert wurde. In dieser Zeit zeigte es sich, daß der Roboter Gewalt

über den Menschen gewinnen kann, wenn er sich im Besitz einer Ausbeuterklasse befindet, daß er aber sein bester Diener ist, wenn er dem Volke gehört. Die Frage der Macht ist ein gesellschaftliches Problem ...

Ein hochintelligenter Dummkopf

Bleibe noch von den Genies unter den Robotern zu reden. Das sind die Computer, jene Gehirnautomaten, die dem Menschen bei seiner wichtigsten Tätigkeit helfen – dem Denken.

Über die Geschwindigkeit, mit der sie die kompliziertesten Rechenaufgaben lösen, werden Tag für Tag neue Wunder berichtet. Er gibt heute schon lernende, lesende und sprechende Computer. Ist es da nicht durchaus möglich, daß eines Tages ein superintelligentes Elektronenhirn daherkommt und kraft seines „Denkvermögens“ eine Tyrannei über die Menschheit errichtet? Nun, in Wirklichkeit ist ein Elektronenhirn genauso Werkzeug des Menschen wie Hammer, Zange und Hobel. Weder ist es vernunftbegabt, noch kann es schöpferisch denken. Vielleicht sollte man den Computer einen hochintelligenten Dummkopf nennen, nur dazu da, den Willen des Menschen zu erfüllen.

Es gibt eine Robotergeschichte, die diese Funktion des Computers gleichnishaft veranschaulicht. Sie hat dabei noch den Vorzug, daß sie wirklich passiert ist.

Im 18. Jahrhundert baute Wolfgang von Kempelen einen Roboter, der bald unter dem Namen „Schachspielender Türke“ bekannt wurde. Dieser Automat war unbestrittener Meister auf 64 Feldern. Er nahm es mit jedem Gegner auf. Sein Ruf drang in alle Länder Europas, schien er doch seinen eigenen Schöpfer besiegen zu können. Wenn aber nach beendeter Partie die Zuschauer den Saal verlassen hatten, öffnete sich eine kleine Tür, und aus dem Inneren des unschlagbaren Automaten kletterte ein Mensch. Der Türke stand da – er war nichts anderes mehr als ein kunstvoll geformter Haufen aus Stoff, Draht, aus Hebeln und Zahnrädern. Er konnte keinen einzigen Zug mehr tun. Der Mensch hatte seine Hand von ihm genommen ... Dila



So werden die Roboter der Zukunft kaum aussehen. Höchstens, wenn sie – wie hier in Archangelsk – zur Zirkusreklame eingesetzt werden.

Lang erwartet - jetzt ist er da: elan-Jugend- kalender 1972

Was wir auf dieser Seite nicht zeigen können: Der elan-Jugendkalender ist vierfarbig. Er enthält 13 farbige Poster! Und kostet nur DM 4,80.

Auf den Rückseiten: Agitprop von gestern und heute. Hinweise auf wichtige Daten des antifaschistischen Kampfes und der internationalen Jugendbewegung.

Der Kalender, den man haben sollte! Das Geschenk für den Kollegen, Freund, Genossen!

elan

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

1972



Foto: Reyer

Hiermit bestelle(n) ich/wir Ex. des elan-Jugendkalenders 1972.

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Heute noch bestellen! Übrigens: Bei Bestellungen durch Jugendgruppen (ab zehn Exemplare) gibt es den Gruppenrabatt. Dann kostet jedes Exemplar nur noch DM 3,20.

Weltkreis-Verlags GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16



jugendpolitische blätter

Das Parlament hat entschieden

Beschlüsse der 8. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dortmund, 17. bis 19. November 1971

Der Bundespräsident nannte die Bundesjugendkonferenz ein Parlament der arbeitenden Jugend. Die Delegierten lieferten sich heiße Debatten. Aber das waren andere Töne, als man sie aus dem Bundestag in Bonn zu hören gewohnt ist. Denn das Parlament der arbeitenden Jugend nahm Beschlüsse an, die den Willen der arbeitenden Jugend widerspiegeln: Recht auf Arbeit, Absetzung, konsequente Friedenspolitik durch Ratifizierung der Verträge, Bildungsreform, gegen Militarismus, für Vietnam und Angela Davis und wie die Themen alle hießen, zu denen die Konferenz Stellung nahm. elan dokumentiert hier einige der wichtigsten Beschlüsse im Wortlaut.

Konzeption der Gewerkschaftsjugend für die Berufsausbildung

Die Delegierten fordern den DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend, auf, im Frühjahr 1972 auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit Modelle der Berufsausbildung diskutieren zu lassen. Grundlage für die Diskussion ist ein vom BJA erstellendes Arbeitspapier. Die Ergebnisse sind dann als Anträge an eine im Herbst 1972 stattfindende außerordentliche DGB-Bundesjugendkonferenz zu stellen.

Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau

Der Bundestag wird aufgefordert, unverzüglich die Verträge zwischen BRD und der UdSSR sowie der Volksrepublik Polen zu ratifizieren.

Bundeswehr

Die 8. Bundesjugendkonferenz begrüßt die Initiative der Autoren von Soldat 70, die sich innerhalb der Bundeswehr für mehr Demokratie und Mitbestimmung der Soldaten einsetzen.

Fortschrittliche Soldaten, die sich für die demokratischen Interessen ihrer Kollegen einsetzen, bzw. in der Öffentlichkeit die Mißstände, die täglich in der Bundeswehr vorkommen, aufdecken, werden oft zu hohen Disziplinarstrafen verurteilt.

Nichts wird dagegen unternommen, wenn Offiziere und Generale auf Treffen neofaschistischer und revanchistischer Gruppen auftreten sowie in der Bundeswehr für ihre demokratiefeindlichen und völkerverhetzenden Ansichten werben und diese verbreiten.

Die 8. BJK fordert:

1. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Soldaten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr sowie ungehinderte Diskussionen über die Studie Soldat 70 und Straffreiheit für ihre Autoren.
2. Volles Recht auf Demonstrationen, Flugblatt- und Plakataktionen in der militärischen und zivilen Öffentlichkeit.
3. Verbot der Tätigkeit von NPD-Mitgliedern und solchen Soldaten, die versuchen, den alten Nazi-Geist unter den Soldaten zu verbreiten.
4. Mitbestimmung der Soldaten in allen sie betreffenden Fragen.

Wehrdienstzeit

Der DGB wird aufgefordert, sich mit allen möglichen Mitteln dafür einzu-

setzen, daß die Grundwehrdienstzeit von bisher 18 Monaten auf 12 Monate herabgesetzt wird.

Als Fernziel sollte im Rahmen einer europäischen Friedensordnung die Bundeswehr aufgelöst werden. Die dem DGB angehörenden Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich für eine entsprechende Gesetzgebung sowie eine europäische Sicherheitskonferenz einzusetzen.

Grundgesetzänderung – Recht auf Arbeit

In das bestehende Grundgesetz soll das Recht jedes Menschen auf Arbeit in Anlehnung an die hessische und nordrhein-westfälische Verfassung aufgenommen werden.

Wichtig hierbei ist

- a) Recht auf einen Arbeitsplatz
- b) Recht auf eine „angemessene“ Vergütung (Lohn)
- c) Männer, Frauen — Erwachsene, Jugendliche; bei gleicher Arbeit haben Gruppen den gleichen Lohn zu erhalten.

Reform des Jugendarbeitsschutzes

Mehr als 50 000 Verstöße gegen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wurden 1968 von den Aufsichtsbehörden registriert, nur knapp 5% davon geahndet. Die Zahl der nicht offiziell registrierten Verstöße liegt zweifellos um ein Vielfaches höher (ca. 1 Million nach Expertenschätzungen), da nur ca. ein Viertel aller Betriebsstätten und nur ein Fünftel der Kleinbetriebe von der Gewerbeaufsicht im Jahresdurchschnitt kontrolliert werden. Zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des schon 1960 unzulänglichen Gesetzes werden nicht einmal die elementarsten Vorschriften über den Schutz des Jugendlichen am Arbeitsplatz eingehalten. Diese Situation hat ihre Ursachen in der Eigenart der Betriebe, in denen Jugendliche beschäftigt sind. Da diese Betriebe keine pädagogischen Einrichtungen, sondern Instrumente zur gewinnbringenden Erstellung von Gütern und Dienstleistungen sind, werden die Jugendlichen besonders in Klein- und Mittelbetrieben in der Regel nicht nur schlecht ausgebildet und wirtschaftlich ausgenutzt, sondern auch ohne Rücksicht auf ihren gesundheitlichen Schutz und ihre geistige Entwicklung beschäftigt.

Der Staat ist offensichtlich weder bereit, noch in der Lage, den dem Jugendlichen im Gesetz garantierten Schutz auch zu gewähren. Die völlig unzureichende Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und die

wirksame Bestrafung von Verstößen überläßt es praktisch dem Jugendlichen selbst, die Einhaltung der zu seinem Schutz erlassenen Vorschriften zu bewirken.

Da er jedoch am Arbeitsplatz in jeder Hinsicht von vornherein der Unterlegene ist und sich erfahrungsgemäß in der Regel nur Nachteile einhandelt, unterläßt der Jugendliche es meist, auf der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu bestehen.

Die zehnjährige Erfahrung mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz läßt nur den Schluß zu, daß alle Aufklärung von Jugendlichen, ihren Eltern und den Verantwortlichen in den Betrieben die Lage der Jugendlichen kaum verändert. Um die aktuelle Situation der arbeitenden Jugend zu verbessern, fordert die Gewerkschaftsjugend umgehend eine wirksame Reform des Jugendarbeitsschutzrechts, das jedem jugendlichen Arbeitnehmer und Auszubildenden

● Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung gewährt;

● einen vorbeugenden und arbeitsbedingenden Gesundheitsschutz garantiert;

● seine Intellektuelle und gesellschaftliche Entwicklung und Entfaltung ermöglicht;

● wie auch

● ein autonomes Recht auf Freizeit sichert.

Die Verbesserung des Jugendarbeitsschutzrechts muß insbesondere beinhalten:

● die Begrenzung der Arbeitszeit aller Jugendlichen und Auszubildenden auf höchstens 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich in allen Wirtschaftszweigen und Dienstleistungsbereichen;

● die Beseitigung der unterschiedlichen Altersabstufungen bei den Regelungen über Nacht- und Sonntagsruhe und den Frühschluß vor Sonntagen;

● die Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit;

● das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 18 Jahren außerhalb von Ausbildungsverhältnissen;

● die Verbesserung der ärztlichen Untersuchungen nach den neuesten arbeitsphysiologischen und jugendpsychologischen Erkenntnissen;

● die Einführung einer zweiten ärztlichen Nachuntersuchung nach 24 Beschäftigungsmonaten;

● die Verlängerung des Mindesturlaubsanspruchs auf 30 Tage, bei einer 5-Tage-Woche auf 25 Arbeitstage und im Untertagebau auf 36 Arbeitstage;

● die volle Freistellung an Berufsschultagen unter Anrechnung dieser Tage auf die Arbeitszeit;

● die Stärkung der Rechtsstellung der Jugendarbeitsschutzausschüsse und Errichtung weiterer dezentraler Ausschüsse wie auch Beteiligung der betroffenen Jugendlichen;

● die Einführung von Mitteilungs-, Überprüfungs- und Amtshilfverpflichtungen Dritter (Arbeitsverwaltung, Schu-

len, zuständige Stellen nach dem BBIG);
● das Verbot der Beschäftigung bzw. Ausbildung Jugendlicher, wenn wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Jugendarbeitsschutzrechts verstoßen wird;

● die Einführung eines Bußgeldkataloges bei Ordnungswidrigkeiten und von Mindeststrafen im Sinne des Jugendarbeitsschutzrechts.

Tarifpolitik für junge Arbeitnehmer

Die Gewerkschaften und Industrie-gewerkschaften werden aufgefordert, bei zukünftigen Tarifverhandlungen für junge Arbeitnehmer nachfolgendes zu beachten:

● Abschaffung aller Altersklassen bei Löhnen und Gehältern.

● Vergütungen für Auszubildende, deren Höhe es ihnen erlaubt, ihr Leben unabhängig von Dritten zu gestalten.

● Bezahlung aller im Zusammenhang mit der Berufsausbildung entstehenden Fahrtkosten durch die Unternehmer.

● Urlaubs- und Weihnachtsgeld bzw. ein 13. Monatslohn in gleicher absoluter Höhe wie das erwachsene Facharbeiter bzw. Angestellter.

● Verlängerung des Erholungsurlaubs für Jugendliche und Auszubildende auf 30 Arbeitstage im Jahr.

● Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubs von mindestens 15 Arbeitstagen (3 Wochen) pro Jahr.

Von den für die Tarifpolitik zuständigen Gremien der Organisation wird erwartet, daß sie den Vertretern der Jugend Gelegenheit geben, die tarifpolitischen Forderungen der jugendlichen Mitglieder zu formulieren und in den Tarifkommissionen zu vertreten.

Da die Situation im parlamentarischen Bereich eine rasche, grundlegende und umfassende Form von beruflicher Bildung und Jugendarbeitsschutz nicht erwarten läßt, ist ferner zu untersuchen, ob und wie, unbeschadet gesetzlicher Bestimmungen, folgende Probleme durch Tarifvertrag geregelt werden könnten:

● Bestimmungen über die Anzahl, Qualifikation und Entlohnung von Berufsausbildern.

● Kündigungsschutz für Jugendvertreter, insbesondere Regelungen für den Übergang vom Ausbildungs- ins Arbeitsverhältnis.

● Freistellung von Jugendvertretern unter Fortzahlung von Lohn- bzw. Gehalt für ihre Tätigkeit im Betrieb.

● Bestimmungen über die Schaffung betrieblicher Berufsausbildungs- und Jugendarbeitsschutz-Kommissionen.

Für die Verwirklichung des Grundgesetzes

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Diese Feststellung des Ahlener Programms der CDU muß heute mehr als zu irgendeinem Zeitpunkt im vergangenen Vierteljahrhundert unterstrichen werden. Eine immer stärker wachsende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, eine skandalös ungerechte Vermögensverteilung, Preissteigerungen und Währungskrisen, Rezessionen mit Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, zugunsten privatem Profitstreben vernachlässigte Infrastrukturreformen

insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie beim Umweltschutz kennzeichnen das 1947 von der CDU kritisierte, heute jedoch von ihr gelobte kapitalistische Wirtschaftssystem und machen die Notwendigkeit seiner grundlegenden Veränderung deutlich.

Die 8. Bundesjugendkonferenz fordert deshalb in Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung des Grundgesetzes und entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm die Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen (z. B. private Großbanken und private Versicherungen sowie die Grundstoffindustrien, die Mineralölindustrie, die chemische Industrie, die Elektroindustrie, die elektronische Industrie), in Gemeineigentum zu überführen.

Monopole und Kartelle müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen, um einen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Die Gewerkschaftsjugend fordert den gerechten Anteil der Arbeitnehmer an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung. Wesentlicher Bestandteil der notwendigen Reformen ist die Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung sowohl in Haupt- bzw. Gesellschafterversammlungen als auch in den Aufsichtsratsgremien und Vorständen sowie Geschäftsführungen.

Die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB beauftragen den Bundesvorstand, auf die Bundesregierung und — soweit die Länderverfassungen dies gebieten — auf die Länderregierungen sowie auf die in den Parlamenten vertretenen Parteien einzuwirken, im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms die Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, entsprechend Artikel 15 GG sowie den entsprechenden Artikeln der Länderverfassungen in Gemeineigentum zu überführen.

Private Rundfunk- und Fernsehanstalten

Die Delegierten der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die derzeitigen Bestrebungen, private Rundfunk- und Fernsehanstalten einzurichten. Wir fordern alle Länderparlamente und den Deutschen Bundestag auf, diesem Vorhaben mit größtem Nachdruck entgegenzutreten.

Wir fordern insbesondere den Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, Georg Leber, auf, dafür unmißverständlich einzutreten.

Tarifautonomie der Gewerkschaften

Der DGB-Bundesvorstand und die Gewerkschaften werden gebeten, der Bundesregierung klar ihre Aufgaben und Grenzen aufzuzeigen. Bei allen Versuchen der Einschränkungen der Tarifautonomie müssen die Gewerkschaften zu allen geeigneten Mitteln greifen, um einem Integrationsprozeß entgegenzuwirken.

Eigentums- und Vermögenspolitik

Die Delegierten der 8. DGB-BJK fordern eine grundlegende Veränderung der bestehenden Eigentums- und Vermögenspolitik.

1. Grund und Boden sind für Einrichtungen aller Art erforderlich. Eine dem Gemeinwohl entsprechende Strukturpolitik sei:z weitestgehende öffentliche Verfügungsgewalt über Grund und Boden voraus.

2. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Also hat eine Wohnung auch keine Ware zu sein. Der Mietpreis soll die Kosten decken; Anlaß zu Spekulationen darf es nicht sein.

3. Sämtliche Kosten aus öffentlichen Einrichtungen sowie Einrichtungen, die einem privaten Unternehmen dienlich sind, wie Energieversorgung, Straßen, Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser usw., müssen dem tatsächlichen Aufkommen an Gewerbesteuer im Rahmen einer Art von Gesamtkostenaufstellung anteilmäßig angeglichen werden. Das neue Gutachten der Steuerreformkommission dagegen sieht vor, die Gewerbesteuer den Unternehmern bis zu zwei Dritteln zu erlassen. Damit kann es nicht den Interessen der Kommunen entsprechen.

4. 1,7 % der privaten Haushalte im Bundesgebiet besitzen ca. 74 % des gesamten Produktionsvermögens. Dieses Machtmonopol muß durch eine drastische Erhöhung der Erbschaftsteuer zerschlagen werden. Der Vermögenssteuersatz von einem Prozent gehört nicht halbiert, wie es die Steuerreformkommission vorsieht, sondern multipliziert.

5. Weiterhin fordern wir hohe Einkommen höher als bisher zu besteuern.

6. Der DGB wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die private Verfügungsgewalt über Grund und Boden entsprechend den sozialstaatlichen Zielstellungen des Grundgesetzes wesentlich eingeschränkt wird.

Steuererhöhungen

Die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz stellen fest, daß die im Bundeskabinett beschlossene Steuererhöhung der Tabak-, Benzin- und Branntweinsteuer einseitig die arbeitende Bevölkerung belastet. Es handelt sich um eine weitere Schmälerung der Einkommen.

Die 8. Bundesjugendkonferenz verurteilt deshalb auf das Schärfste diese Bestrebungen der Bundesregierung.

Die Delegierten halten es vielmehr für erforderlich, daß die Reformvorschläge des DGB zur Steuerreform als Grundlage für Vorabsteuererhöhungen vor der endgültigen Steuerreform genommen werden, wie z. B. höhere Besteuerung der Spekulationsgewinne, Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer. Eine Erhöhung der Verbrauchersteuern wird aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. Zur Finanzierung des Eventualhaushaltes und der Bildungsreform schlagen die Delegierten eine entsprechende Kürzung des Rüstungsetats vor.

Öffentliche Jugendförderung

Die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, mehr Mittel für die Arbeit der freien Träger der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Delegierten haben kein Verständnis dafür, daß die Bundesjugendplanmittel für 1971 anstatt erhöht noch um 11 % gekürzt wurden. Die Begründung dieser Kürzung mit konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist unzulässig.

Leerstehende Bildungseinrichtungen und entlassene Jugendbildungsreferen-

ten sind ungeeignete Mittel, die derzeitige Konjunkturlage zu stabilisieren. Gekürzte Bildungsausgaben von heute werden im übrigen ihre nachteiligen Folgen erst langfristiger zeigen — auch im Hinblick auf Konjunkturpolitik und wirtschaftliches Wachstum.

Die Delegierten erwarten von der Bundesregierung und dem Parlament eine stärkere Unterstützung der Jugendbildungsarbeit, einem Sektor, der seit langem bei der gewerkschaftlichen Jugendarbeit Priorität genießt.

Die Delegierten stellen fest, daß die Bundesjugendplanmittel für 1972 auf dem Stand von 1971 eingefroren werden sollen. Sie fordern die Bundesregierung und das Parlament auf, die Mittel für die außerschulische Bildungsarbeit für das Jahr 1972 erheblich zu erhöhen.

Internationale Jugendarbeit

Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz möge beschließen:

Gewerkschaftliche Jugendarbeit auf internationaler Ebene strebt die Zusammenarbeit der jungen Gewerkschafter und ihrer Vertreter auf allen Gebieten und Ebenen jugend- und gewerkschaftspolitischen Wirkens an.

Voraussetzung dafür sind intensive gegenseitige Information und Erfahrungsaustausch aus der gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Arbeit im nationalen Bereich. Da die internationalen Maßnahmen vor allem auch dem Abbau von Vorurteilen dienen, sollten die sozialistischen Länder dabei nicht ausgeklammert werden.

Bei der Planung von Programmen für Auslandsfahrten und den dazugehörigen Begegnungen müssen die oben beschriebenen Gesichtspunkte künftig stärker berücksichtigt werden. Für den Austausch von Information und Diskussion der unterschiedlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern ist mehr Zeit als bisher aufzuwenden. Ebenso sollte für die Diskussion über Möglichkeiten konkreter Zusammenarbeit der jeweiligen Situation entsprechend genügend Raum freigehalten werden. Der Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern sowie Besichtigung von Betrieben und Ausbildungsstätten bleibt zentraler Bestandteil des jeweiligen Programms.

1. Die Berücksichtigung dieser Grundsätze bedeutet:

a) Studienfahrten sind u. a. in folgenden Ländern vorzunehmen: Frankreich, Italien, Benelux, Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Jugoslawien, Polen, UdSSR, CSSR, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, DDR.

b) Studienfahrten sollten ausschließlich Seminarcharakter haben; Besichtigungen von Betrieben und Ausbildungsstätten sowie Besuche von Gedenkstätten sind in das Seminarprogramm einzubeziehen.

c) Die Teilnahme von jungen Kollegen und Kolleginnen des jeweiligen Landes ist sicherzustellen.

d) Auf jeden Fall ist ein intensiver Kontakt mit den jeweiligen Gewerkschaftsorganisationen des Landes zu pflegen.

e) Die Teilnehmer an solchen internationalen Fahrten sollen vorher an einem Vorbereitungsseminar teilgenommen haben.

f) Die Reisedauer ist dem jeweiligen Umfang und Inhalt des Programms anzupassen.

2. Bei den internationalen Seminaren sollten folgende inhaltliche Punkte berücksichtigt und in die jeweiligen Programme aufgenommen werden:

a) Politische und wirtschaftliche Situation des Besucherlandes;

b) Struktur, Aufbau, Arbeitsweise und

forum

forum der
jugend-
verbände

FORUM ist ein neuer Bestandteil des Jugendmagazins **elan**. Auf diesen Seiten wollen wir unsere Leser detailliert über wichtige Ereignisse in den demokratischen Jugendverbänden informieren. **FORUM** beschäftigt sich von Zeit zu Zeit schwerpunktmäßig mit einem Jugendverband (diesmal mit der **SDAJ**). **FORUM** gibt Meinungen wieder und läßt die Verbände selbst zu Wort kommen.

Die Macht der Großkonzerne knacken!

Überall in der Bundesrepublik bereiten sich **SDAJ**-ler auf den 3. Bundeskongreß ihres Verbandes vor, der für Ostern 1972 nach Stuttgart einberufen wurde. Zur Vorbereitung gehören auch die Landeskonferenzen, die in diesen Wochen zwischen Kiel und München tagen. **elan** sprach mit den bei Redaktionsschluß bereits gewählten Landesvorsitzenden **Werner Teriet** (Nordrhein-Westfalen), **Berthold Schmidt** (Rheinland-Pfalz), **Walter Listl** (Bayern), **Werner Braun** (Schleswig-Holstein) und **Jens Flegel** (Hamburg). Von ihnen wollten wir wissen: Wie erfolgreich ist die **SDAJ**? Wie hält es die **SDAJ** mit den anderen Arbeiterjugendverbänden? Wie steht es mit der internationalen Solidarität?

elan: Wir gratulieren euch zu eurer Wahl als Landesvorsitzende der **SDAJ**. Ihr seid somit – wenn man den Unternehmern und dem für sie tätigen Verfassungsschutz glauben darf – die Hauptverantwortlichen dafür, daß sich die Aktivitäten der **SDAJ** immer mehr auf die Großkonzerne richten. Und das nicht ohne Erfolg. Ist die Furcht der Bosse berechtigt?

Jens Flegel: Das Wehgeschrei der Unternehmer bestätigt nur, daß wir auf dem richtigen Dampfer sind. Wir haben auf dem 2. Bundeskongreß unsere Aufgabenstellung in einer Losung formuliert: „Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Großkonzerne knacken.“

Wir haben versucht, das in unserem Landesverband Hamburg in die Praxis umzusetzen. Also: Stoßrichtung nicht gegen den kleinen Friseurmeister an der Ecke, sondern gegen die mächtigen Werften. Gegen die Rüstungsgewinnler, deren Profitgier sich unmittelbar gegen Frieden und Entspannung richtet.

Ja, unsere Bemühungen waren erfolgreich: auf den Hamburger Großwerften ist die **SDAJ** zu einem politischen Faktor geworden.

Werner Braun: Es kommt darauf an, die Schuldigen an der Ausbildungsmisere, an den steigenden Rüstungsetats beim Namen zu nennen. Das haben wir getan, als wir die

Arbeiterjugend zu einem Tribunal gegen die Howaldtswerke-Deutsche Werft (**HDW**) nach Kiel riefen. 2 500 Jugendliche nahmen daran teil.

Wir haben unseren Kampf außerdem besonders gegen die reaktionäre **CDU**-Stoltenberg-Regierung geführt, die alles tut, um den Ausbau Schleswig-Holsteins zur **NATO**-Festung-Nord voranzutreiben.

Berthold Schmidt: Daß die **SDAJ** stärker wird, liegt ganz zweifellos an unserer Orientierung gegen die kapitalistischen Haie. Für Rheinland-Pfalz heißt das: konsequenter Kampf gegen **BASF** in Ludwigshafen. Unsere Landeskonferenz hat beschlossen, die Arbeiterjugend zu einem Tribunal gegen diesen Konzern aufzurufen.

Werner Teriet: Wir haben in Nordrhein-Westfalen gute Erfahrungen mit Tribunalen gegen Großkonzerne gemacht. Bisher haben wir Tribunale organisiert gegen **Thyssen** in Duisburg, **Krupp** in Essen, **Karstadt** in Recklinghausen und **Hoesch** in Dortmund. Außerdem haben wir in Köln auf einem Forum „**SDAJ** kontra **BDI**“ die Macht dieses Unternehmerspitzenverbandes angegriffen. Wichtig für uns ist, daß nach derartigen Höhepunkten der Aktion die systematische Arbeit am entsprechenden Schwerpunktkonzern weitergeht. Fast alle **SDAJ**-Gruppen in **NRW** haben sich an „ihrem“ Betrieb festgebissen.

elan: Das sind Erfolge. Wir habt ihr sie erreicht? Gibt es ein Erfolgsrezept?

Jens Flegel: Der Ideenreichtum aller **SDAJ**-Mitglieder und die Vielfalt unserer Aktivitäten sind entscheidend für die Profilierung unseres Verbandes. Ein Beispiel: Wir haben in Hamburg kürzlich ein **Blohm + Voss**-Tribunal durchgeführt. 4 500 junge Arbeiterinnen und Arbeiter gaben dem Konzern bei dieser Gelegenheit eine kräftige Ohrfeige. Sie unterstützten das Tribunal und deckten Einzelheiten auf, die von den Konzernbossen ansonsten nur in verschlossenen Schubladen aufbewahrt werden.

Das war möglich, weil eine Arbeitsgruppe von Lehrlingen und Jungarbeitern der Werft eine Broschüre vorlegten, die sie selbst zusammengestellt: „**Blohm + Voss** – Geschichte einer Werft – Beispiel eines Rüstungsbetriebes.“ Sie ist im Weltkreisverlag in der „**Kleinen Roten Reihe**“ Nr. 9 erschienen.

Hier ging es im Wesentlichen darum, den historischen Auftrag dieser Rüstungswerft aufzudecken. Bis hin zu dem Nachweis,

daß der Konzern auch heute wieder im Kriegsschiff- und Panzerbau seine Millionen verdient. Dabei stand für uns als Aufgabe natürlich nicht allein, die Arbeiterjugend zu informieren, sondern sie direkt in den Kampf gegen Blohm + Voss einzubeziehen.

Ein wichtiges Hilfsmittel sind dabei unsere Lehrlings- und Betriebszeitungen. Sie prangern Mißstände am konkreten Beispiel an. Wir haben festgestellt, daß unsere Lehr- und Betriebszeitungen genau die Sprache der Arbeiterjugend sprechen. Sie sind Solidarisierungselement, informieren und stellen somit eine scharfe Waffe im Klassenkampf dar.

Ein anderes Mittel zur Koordinierung von Aktivitäten der Arbeiterjugend sind gewerkschaftliche betriebliche Ausschüsse. Hier geht es darum, mit Lehrlingen, Jugendvertretern und Jungarbeitern gemeinsame Überlegungen anzustellen, wie der Kampf der Arbeiterjugend im Großbetrieb geführt werden kann. Wir haben festgestellt, daß sich diese Ausschüsse gut dazu eignen, die Arbeiterjugend zu mobilisieren.

Werner Teriet: Natürlich gibt es keine Erfolgsrezepte. Aber der von Jens skizzierte Weg hat uns zu ersten Erfolgen geführt. Ich meine auch, daß hier eine ganz entscheidende Bedeutung den Betriebs- und Lehr- und Betriebszeitungen zukommt. In Nordrhein-Westfalen erreichen wir mittlerweile mit 45 Zeitungen eine monatliche Auflage von 50 000 Exemplaren. Und die werden zielgerichtet verbreitet.

elan: Die SDAJ ist in der BRD nicht die einzige Arbeiterjugendorganisation. Wie ist euer Verhältnis zu den anderen Verbänden?

Walter Listl: Weil wir davon ausgehen, daß es Fortschritt in Bayern nur ohne und gegen die CSU geben kann, ist es unser Grundanliegen, ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte herzustellen. Gegen Strauß und die CSU.

Ich denke da ganz besonders an die Gewerkschaftsjugend (SDAJler sind auch aktive Gewerkschafter), an die Falken, Naturfreundejugend, Jungsozialisten usw. Wir haben alle den gleichen Feind: das hochorganisierte Großkapital. Wir alle unterliegen in den Betrieben der gleichen Ausbeutung. Und gegen uns alle richtet sich die friedensfeindliche Politik der reaktionärsten Gruppen des Großkapitals.

Darum haben wir nach dem ersten Tag un-

serer Landeskonferenz zu einem Tribunal der Jugend gegen Strauß und seine Bazis aufgerufen. Das war eine gemeinsame Demonstration mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus, an der 1 000 Jugendliche teilnahmen. 260 Jugendliche unterzeichneten einen Abschlusaufruf. Das ist eine gute Grundlage, um in Zukunft gegen den Jugendfeind Strauß ein noch breiteres Bündnis zu erreichen.

Werner Braun: Wir haben schon in unserem Aktionsprogramm sehr deutlich herausgearbeitet, daß die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Jugendorganisationen für uns eine zentrale Bedeutung hat.

Deshalb spielte das nicht nur auf unserer Landeskonferenz eine besondere Rolle, sondern in unserer gesamten Arbeit. Wir streben diese Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen an, weil wir um die Notwendigkeit wissen. Erfolge im Interesse der Arbeiterjugend sind nur durch gemeinsamen Kampf zu erreichen. Die Zusammenarbeit ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich. Das zeigt sich zum Beispiel an den Vietnam-Hearings, wo sowohl Jungsozialisten als auch SDAJ zu den Veranstaltungen gehörten. Das zeigt sich bei uns ebenso in der Bewegung zur Errichtung von Jugendzentren und Jugendheimen.

elan: Das einheitliche Handeln von demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen ist für die SDAJ eine prinzipielle Frage. Wie kam das auf den Landeskonferenzen zum Ausdruck?

Berthold Schmidt: Wir verstehen uns als einigende Kraft in der Jugendbewegung. Das hat sich meiner Ansicht nach auch auf unserer Landeskonferenz widerspiegelt. Dort waren die Naturfreundejugend, die Solidaritätsjugend, die Sozialistische Jugend „Die Falken“ und der MSB Spartakus vertreten.

In den Diskussionen über bessere Ausbildung und die Verbesserung der Gesamtsituation der Jugend kam immer wieder die Bündnisfrage zum Ausdruck.

Unsere Landeskonferenz hat einen Brief an die Landjugend verabschiedet, in dem die Aufforderung enthalten ist, mit uns gemeinsam gegen den Hauptfeind der Jugend, die Monopole zu kämpfen. Auch die Landjugend leidet in verstärktem Maße unter schlechter Ausbildung und einer ungesicherten Zukunft.

Der Kampf gegen schlechte Ausbildung und schlechte Entlohnung erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte – denn das ist schließlich nicht nur eine Aufgabe für junge Sozialisten.

Ausgehend von dieser Position war es auch möglich, bei BASF eine Demonstration von 600 Lehrlingen für die Einführung des Prozenttarifs zu entwickeln. **elan:** Wie steht's mit der Solidarität in der Praxis?

Werner Teriet: Wir haben den Aufruf unseres Bundesvorstandes zur Spendensammlung für das Kinderkrankenhaus Nguyen van Troi in Hanoi sofort aufgegriffen. Auf der Landeskonferenz konnten wir unserem Bundesvorsitzenden als erste Rate schon die Summe von 8 203 DM übergeben. Kurz zuvor haben wir zwei Solidaritätsveranstaltungen „Freiheit für Angela Davis“ organisiert, auf der ihre Schwester Fania aufgetreten ist.

Wer die Arbeit unserer Gruppen verfolgt, muß feststellen, daß internationale Solida-

rität zur SDAJ gehört wie Essen zum Ruhrgebiet.

Berthold Schmidt: In Vorbereitung unserer Konferenz stellten wir uns die Aufgabe, ein Beispiel der Solidarität für unsere kämpfenden Genossen in Vietnam zu schaffen. Spendensammlungen haben es ermöglicht, auf der Konferenz 25 Fahrräder für die vietnamesischen Freunde zu übergeben. Diese Initiative werden wir durch einen Tag der materiellen Solidarität weiterführen.

Außerdem rufen wir die Jugend unseres Landes auf, am 17. Dezember zu einer Solidaritätsveranstaltung für Angela Davis nach Mainz zu kommen. Wir verbinden damit eine großangelegte Informationskampagne, in der wir uns auch an die amerikanischen Soldaten wenden.



Jens Flegel: Ich kann da ähnliches aus Hamburg berichten. Entsprechend einer Resolution unserer Landeskonferenz demonstrierten wir mit einem Fackelmarsch für Angelas Freilassung. 2 500 waren dabei. Aktionen dieser Art müssen jetzt unbedingt verstärkt werden. Das ist Teil der Vorbereitung für unseren 3. Bundeskongreß und auch der antiimperialistischen Aktionswoche vom 25. März bis 1. April 1972.

elan: Ostern 1972 findet der 3. Bundeskongreß der SDAJ in Stuttgart statt. Was habt ihr euch dafür vorgenommen?

Jens Flegel: Die 12. Bundesvorstandssitzung hat einen Aufruf an die Mitglieder der SDAJ und die Arbeiterjugend der Bundesrepublik verabschiedet. Darin wird aufgefordert, den 3. SDAJ-Bundeskongreß mit antiimperialistischen und antimonopolistischen Aktionen vorzubereiten.

Für uns in Hamburg bedeutet das konkret, daß wir der Bevölkerung und der Arbeiterjugend vorschlagen, gegen das Meinungsmonopol des Springer-Konzerns zu kämpfen. Wir meinen, daß eine breite Solidarität aller Demokraten Grundlage des Kampfes gegen Springer ist. Der Höhepunkt vielfältiger Aktivitäten könnte ein Anti-Springer-Kongreß sein. Dort müßte diskutiert werden, wie wir die demokratische und sozialistische Presse gegen Springer stärken können.

Walter Listl: In der Vorbereitung des 3. Bundeskongresses geht es schwerpunktmäßig darum, die SDAJ politisch, organisatorisch und ideologisch zu stärken. So geben wir der Jugendbewegung in der Bundesrepublik neue Impulse und realisieren die Vorhaben, von denen wir in diesem Interview gesprochen haben.

forum der
jugend-
verbände

Bundeskongress der SDAJ Ostern 1972 in Stuttgart

Aufruf zum 3. Bundeskongress der SDAJ

Unsere Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – am 4. Mai 1968, am Vorabend des 150. Geburtstages von Karl Marx gegründet – hat sich gefestigt und gestärkt. Sie ist zur mobilisierenden, einigenden Kraft unter der Grund geworden. Es wächst die Zahl der Jugendlichen, die entschlossen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Profitgeier und Rüstungshaie und deren reaktionäre Ausbeutungsordnung kämpfen wollen und die erkennen: ihr Platz ist in der SDAJ. Die SDAJ kämpft für das einheitliche Handeln der Jugend, um die Grundrechte der jungen Generation unseres Landes durchzusetzen. Sie kämpft für die antimonopolistische demokratische Umgestaltung der Gesellschaft, für den Sozialismus.

Höhepunkt unserer Arbeit wird der 3. Bundeskongress der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Ostern 1972 in Stuttgart sein. Der Bundesvorstand ruft auf, den Bundeskongress durch Aktionen vorzubereiten, die deutlich machen: dieser Kongress ist von großer Bedeutung für die gesamte arbeitende Jugend.

Stuttgart, unser Tagungsort, verkörpert große Traditionen der Arbeiterjugendbewegung. Hier fand 65 Jahre vorher ein bedeutungsvolles Treffen sozialistischer Jugendorganisationen statt, die Karl Liebknecht in das Büro der sozialistischen Jugendinternationale wählten. Den Ideen von Marx und Engels, Klara Zetkin, Lenin, Rosa Luxemburg und Liebknecht folgend, beschlossen sie, einheitlich gegen den Militarismus und gegen die Ausbeuter vorzugehen, die Jugend sozialistisch zu erziehen. Die SDAJ knüpft an diese revolutionären Traditionen an, wenn sie ihre heutigen Kampfaufgaben beschließt. Als Mitgliedsorganisation im Weltbund der Demokratischen Jugend, dem antiimperialistischen Kampfbündnis der fortschrittlichen Weltjugend, leistet sie wirkungsvolle Beiträge in der Kampagne „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an“. Entschlossen kämpfen wir für die Abrüstung und für die Sicherung des Friedens, gegen alte und neue Faschisten. Solidarität – dieses Wort ist für SDAJler keine Phrase. Solidarität mit allen Völkern, die gegen Faschismus, Rassismus und Unterdrückung kämpfen. Solidarität mit den heldenhaften Völkern in Vietnam, Laos und Kambodscha. Freiheit für Angela Davis! Die SDAJ ruft in diesem Sinne auf: Nehmt teil an den Aktionen für Frieden, Solidarität und Abrüstung im Rahmen der „Frühjahrskampagne 72“ vom 25. März bis 1. April 1972. Lehrlinge und Jungarbeiter, Schüler und Studenten, jung und alt machen täglich die Erfahrung: Geschenkt wird ihnen nichts. Wir erreichen nur, was wir uns gemeinsam selbst erkämpfen. Einigkeit macht stark! Wir wenden uns an alle jungen Menschen in der BRD, an die jungen Gewerkschafter,

jungen Sozialdemokraten und Kommunisten, die Sozialisten und Liberalen, an die jungen Christen: Schließt Euch zusammen. Schiebt Trennendes beiseite. Kämpft gemeinsam gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.

Wir wenden uns an die älteren Kollegen und Genossen: Kein „Generationenkonflikt“, den uns die Herrschenden aufschwätzen wollen, darf zwischen uns sein. Wir haben einen gemeinsamen Feind, das Großkapital. Kämpfen wir gemeinsam. Wir wollen von Euren Erfahrungen lernen. Helfen wir uns gegenseitig.

Wir wenden uns an alle demokratischen und sozialistischen Künstler, Schriftsteller und Kulturschaffenden: Schreibt Lieder, Gedichte, Reports, malt Bilder, macht Fotos, Filme, Ausstellungen über die Kämpfe der Arbeiterjugend, für die Arbeiterjugend.

In der Jugendbewegung unseres Landes spielt die arbeitende Jugend aufgrund ihrer Stärke und gesellschaftlichen Stellung eine entscheidende Rolle. Die SDAJ ist die sozialistische Organisation der arbeitenden und lernenden Jugend. Betriebszeitungen für Lehrlinge und Jungarbeiter gegen die Monopolherren, Spendenaktion für ein Hospital in Vietnam, Demonstrationen für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau, sozialistische Bildungsarbeit, Jugendzentren mit einem Freizeitprogramm nach eigener Bestimmung – das alles ist SDAJ.

Auf unserem Bundeskongress wollen wir beraten, wie die Grundrechte der Jugend verwirklicht werden können:

- das Recht der Jugend, in Frieden zu leben und zu arbeiten – ohne Militarismus und Neonazismus;
- das Recht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie;
- das Recht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung;
- das Recht der Jugend auf Arbeit und auf soziale Sicherheit und Gleichberechtigung;
- das Recht der Jugend auf sinnvolle Freizeitgestaltung, Gesundheit, Erholung und Sport.

Ein solcher Bundeskongress, der diese für alle jungen Leute wichtigen Fragen behandelt, muß von uns allen gut vorbereitet werden.

Lehrlinge und Jungarbeiter: Werdet Mitglieder der SDAJ!

Genossinnen und Genossen: Werbt neue Mitglieder, sammelt Geld, verbreitet Betriebszeitungen, arbeitet in den Gruppen – macht die SDAJ stark!

Vorwärts zum 3. Bundeskongress der SDAJ, Ostern 1972 in Stuttgart!

SDAJ – Bundesvorstand

46 Dortmund, Brüderweg 16, Pschk.: Essen 18 65 84

**Ein Buchgeschenk
macht Freude
und Freunde!**

**(Nicht nur zu
Weihnachten, aber
sicherlich auch!)**

**Karl Liebknecht-Rekrutenabschied
Militarismus und Antimilitarismus**



Karl Liebknecht:

„Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“

„Rekrutenabschied“

236 Seiten, Preis: DM 5,80



Reinhard Junge:

„Barras-Report – Tagebuch einer Dienstzeit“

Mit einem Vorwort von Richard Scheringer und ausführlichem Bild- und Dokumentarteil

168 Seiten, Preis: DM 5,80

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16

Mit der SDAJ gegen Profitgeier, Rüstungshaie, Barzels und Nazis

Liebe Freunde und Kollegen!

Die III. Landeskonferenz der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) hat am 30. Oktober 1971 in Essen getagt. Die Delegierten aus allen Teilen unseres Bundeslandes haben gründlich darüber diskutiert, wie unser Leben besser gestaltet werden kann. Bei unseren Beratungen wurde deutlich dieses Land ist voller Widersprüche:

Riesenprofite für Großindustrielle, aber Kurzarbeit und Lohnstopp für Arbeiter. Ein Leben in Saus und Braus für den Kaufhauskönig Horten und den Playboy Arndt von Bohlen und Halbach, aber immer schärfere Arbeitshetze für die Verkäuferinnen, die Metallarbeiter und Bergleute. Weitere Zechen sollen stillgelegt werden, während gleichzeitig Lehrlinge mit Tuschenspielertricks in den Pütt gelockt werden. Während die Maschinen in den Betrieben nach den modernsten Erkenntnissen konstruiert sind, müssen Lehrlinge sich eine Ausbildung gefallen lassen, die diesen Namen nicht verdient. Die Fälle von Lungenkrebs durch Umweltverschmutzung haben hierzulande eines mit den Chemiegiganten gemeinsam: die höchste Wachstumsrate. Es wird viel von Demokratie geredet, während aktive Betriebsjugendvertreter entlassen werden. Von jeder Mark Steuern, die wir zahlen, wandern 30 Pfennig in die Kriegskasse der Bundeswehr, aber für unsere Schulen und Berufsschulen, für Jugendheime und niedrige Fahrpreise fehlt das Geld. Die Verträge von Moskau und Warschau könnten den Frieden sicher machen, aber man verzögert ihr Inkraftsetzen, und die Preise und Steuern steigen, auf daß der Rüstungsetat wachse.

Wir sehen: Da sind Widersprüche, die auf unserem Rücken gelöst werden sollen. Viele machen da nicht mehr mit. Wir zum Beispiel, die Mitglieder der SDAJ, sagen: Jetzt ist die arbeitende Jugend mal an der Reihe – sie will ein Leben in Frieden und Demokratie, mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Urlaub, Erholung und gesunde Le-

bensbedingungen, bessere Bildung und Berufsausbildung, sichere Arbeitsplätze und Mitbestimmung, niedrige Preise und saubere Luft zum Atmen!

Wer verweigert uns die Erfüllung dieser Forderungen?

Die Wurzel des Übels ist die nationale und internationale Macht der Monopole und Banken – die am Krieg gegen die Völker Indochinas ebenso Profite machen, wie durch die Ausbeutung der Lehrlinge und jungen Arbeiter bei uns. Daher: **Das Übel an der Wurzel packen – alle Großkonzerne knacken.**

Der Kampf muß geführt werden um die Grundfragen für unsere Zukunft in unserem Sinne zu lösen: die Frage, ob der Frieden sicher wird oder durch reaktionäre Kräfte, durch Militaristen und Rüstungshaie gefährdet wird.

Wir fordern die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau. Wir fordern völkerrechtliche Beziehungen der BRD zur DDR. Wir fordern Beiträge der Bundesregierung zum Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz. Insbesondere fordern wir die Herabsetzung der Rüstungskosten zugunsten der Aufwendung für Bildung und Jugendförderung. Wir müssen uns zusammenschließen. Viele junge Leute in unserem Land haben das schon erkannt. Denn geschenkt wird uns nichts. Der Kampf muß weitergehen.

Zum Beispiel für diese Forderungen:

Wir brauchen mehr Zeit zur Erholung von der Arbeit, mehr Urlaub, kürzere Arbeitszeit. Der Jugendarbeitsschutz muß verbessert werden. Die Großkonzerne müssen den Dreck wegmachen, den sie verursachen; sie müssen den Umweltschutz bezahlen. Wir brauchen Naherholungszentren und Sportstätten. Wir brauchen menschenwürdige Wohnungen zu niedrigen Mieten.

Wir brauchen Zeit und Raum zum Lernen. Bezahlter Bildungsurlaub muß her. Die Bildung muß frei sein von Kriegshetze und Antikommunismus. Jeder muß die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden.

Wir wollen selbst über unsere Freizeit bestimmen. Die Großkapitalisten verbreiten Zeitungen und Filme, damit wir denken, was sie sich ausdenken. Sie haben ihre Kaufhäuser und wollen, daß wir ihnen, ohne uns zu besinnen, unser sauer verdientes Geld in den Rachen werfen für jede neue Mode, die sie sich aushecken. Wir sollten über ihre Tricks nachdenken. Wir fordern, daß die Kosten der Konzerne für Werbung beschränkt werden durch steuerliche Maßnahmen zugunsten einer wahrheitsgetreuen Verbraucherinformation unter demokratischer Kontrolle. Bei Rundfunk, Fernsehen und Presse müssen die Arbeiterjugend und Gewerkschaften mitbestimmen.

Wenn die Arbeiterjugend für ihre Freizeit in eigener Bestimmung, für Bildung und Erholung eintritt, stellt sich ihr derselbe Gegner wie in den Betrieben in den Weg: das Großkapital.

Daher ist der Kampf in und um den Raum Freizeit nicht zu trennen vom Kampf in den Betrieben. Die Lehrlinge und jungen Arbeiter, die Schüler und Studenten müssen in allen Bereichen ihres Lebens den Kampf aufnehmen, wenn sie etwas für sich herausholen wollen. Mit starken Gewerkschaften und mit einer konsequenten sozialistischen Kraft der Jugend, mit der SDAJ, kann dieser Kampf erfolgreich geführt werden.

Die jungen Sozialisten aus der SDAJ werden auch künftig überall konsequent gegen die Jugendfeinde und Fortschrittsbremser, gegen Kriegshetzer und Schmarotzer, gegen Demokratiekiller und Rüstungshaie kämpfen! Sie meinen, dabei müssen sich alle zusammmentun, auch wenn sie nicht in allen Fragen einer Meinung sind. Aber **gemeinsam sind wir stark.**

Wir von der SDAJ meinen: Macht alle mit, wenn es um unsere gemeinsame Zukunft geht. Erkundigt Euch nach der SDAJ. Sie ist (fast) überall. Und sie ist das Richtige für Euch, aber ein Kreuz für die Ausbeuter!

forum der
jugend-
verbände

Splitter

Nordrhein-Westfalens SDAJler reisten mit der Kölner Polit-Songgruppe „Floh de Cologne“ durch das Land zwischen Rhein und Weser. In 20 Veranstaltungen sahen 25 000 Jugendliche die populären „Flöhe“ mit ihrer Rockoper „Profitgeier“.

In Koblenz demonstrierten SDAJler gemeinsam mit vietnamesischen Gästen für den sofortigen und bedingungslosen Abzug der US-Truppen aus Indochina und überbrachten als Ausdruck der Solidarität 50 Fahrräder.

In Hamburg hatten SDAJler eine attraktive Veranstaltungskombination organisiert: ein Freizeitfestival, in dessen Mittelpunkt die Bosse der Großwerft Blohm + Voss von einem Arbeiterjugendtribunal angeklagt wurden. 4 500 Jugendliche unterstützten die Anklage.

In Kiel waren 2 500 dabei, als im Rahmen eines Arbeiterjugendfestivals der SDAJ von Schleswig-Holstein Scharfschüsse gegen die Unternehmer der Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW) gefeuert wurden.

In München rief die bayerische SDAJ Lehrlinge und junge Arbeiter zu einem Tribunal gegen „Strauß und seine Bazis“. 1 000 Jugendliche nahmen daran teil.

Bedeutung der Gewerkschaften;

c) Unterschiede zur Bundesrepublik, z. B. Selbstverwaltung — Mitbestimmung;

d) Einflußmöglichkeiten der Jugendorganisationen auf das gesellschaftliche und politische Leben des jeweiligen Landes;

e) Im westlichen Ausland: Kapitalverflechtung, Internationales Kapital usw.;

f) Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit, z. B. Information über Arbeitskämpfe — Solidaritätsaktionen — Arbeitsbedingungen in den nationalen Betrieben multinationaler Konzerne.

3. Internationale Jugendarbeit muß künftig stärker den wechselseitigen Austausch von Jugendgruppen beinhalten.

Das bedeutet, daß solche Seminare, unter 1 angeführt, auch in der BRD mit gleichem Inhalt durchgeführt werden.

b) Unter diesem Aspekt sollten die bisherigen internationalen Seminare gesehen und umgewandelt werden.

c) Dieser Austausch sollte mit allen Ländern vereinbart werden, die wir besuchen.

4. Darüber hinaus sollten regionale bzw. örtliche Gewerkschaftsgremien in Grenzbereichen der Bundesrepublik mit den angrenzenden ausländischen Bruderorganisationen einen intensiven Kontakt anstreben. Die jeweilige Form bleibt den Veranstaltern vorbehalten.

5. Zukünftig sollten im Zuge der allgemeinen Entspannungspolitik der Bundesregierung vor allem offizielle Kontakte mit der DDR, der Sowjetunion, Polen und der CSSR aufgenommen bzw. bereits bestehende Kontakte vertieft werden. Diese Kontaktaufnahme sollte nach Möglichkeit nicht nur auf zentraler, sondern auch auf regionaler und örtlicher Ebene erfolgen.

6. Die Gewerkschaftsjugend beteiligt sich an den 10. Weltjugendfestspielen im Sommer 1973 in Ostberlin und nimmt an den Vorbereitungen teil.

Anerkennung der DDR

Die Delegierten der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz fordern von der Bundesregierung völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten.

1. Mai als Kampftag

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, sich dafür einzusetzen, daß in allen Organisationsbereichen wieder zum 1. Mai traditionelle Demonstrations- und Agitationsformen neu belebt werden.

Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr

6 Hauptschüler (13- und 14jährige) haben ihr Betriebspraktikum nicht — wie zu erwarten war in einem Betrieb — sondern bei einer Einheit der Bundeswehr „erfolgreich“ durchstanden. Sie nahmen dabei an Ausbildungs- und Gefechtsübungen teil. Diesen Tatbestand „würdigt“ die Presse folgendermaßen:

„Sechs Schüler spielten Soldat und fanden das Spiel „Klasse“. So die Praktiken der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr im Raum Unna.

Die 8. Bundesjugendkonferenz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen solcherlei Initiativen der Bundeswehr. Wir finden es bereits unzumutbar, daß Vertreter der Bundeswehr in Berufs-

schulen Eingang haben. Jede noch weiterführende derartige Tätigkeit — insbesondere mit Kindern — durch die Bundeswehr sehen wir als ungeheuerlichen Vorgang an und lehnen ihn daher mit aller Entschiedenheit ab.

Wir fordern den DGB auf, unverzüglich bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um sicherzustellen, daß solche Praktiken in Zukunft unterbunden werden.

Kriegsdienstverweigerer

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften und Industriegewerkschaften werden aufgefordert, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4, Absatz 3, des Grundgesetzes zu verteidigen. Weiter fordern wir, daß die Gewerkschaftsorgane mehr als bisher auf dieses Grundrecht hinweisen. In Anlehnung an den angenommenen Antrag 51 des 8. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses soll unterstrichen werden, daß Kriegsdienstverweigerern, soweit sie Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft sind, Rechtsschutz zu gewähren ist.

Betriebsverfassungsgesetz

Am 10. November 1971 hat der Deutsche Bundestag das neue Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet. Damit ist formal einer jahrelangen gewerkschaftlichen Forderung Rechnung getragen worden. Das novellierte Gesetz enthält eine Reihe von Neuerungen, die geeignet sind, die Tätigkeit von Betriebsrat und Jugendvertretung zu effektieren.

Es läßt jedoch wichtige gewerkschaftliche Forderungen unberücksichtigt und verändert nicht die bestehenden Machtstrukturen im Betrieb. Auch das novellierte Gesetz verschleiert durch die Gebote der Friedenspflicht, Schweigepflicht und vertrauensvollen Zusammenarbeit den Interessengegensatz von Lohnabhängigen und Produktionsmittelbesitzern, den gesellschaftlichen Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital. Es beläßt den Betriebsrat in der Rolle des Schlichters von betrieblichen Konflikten, die er in letzter Konsequenz nicht als ausschließlicher Vertreter der Interessen von Lohnabhängigen und mit deren solidarischer Hilfe austragen darf.

Die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB erkennen an, daß das neue Gesetz im Vergleich zum alten erheblich erweiterte Rechtsgrundlagen für die Jugendvertretertätigkeit enthält. Dazu gehören

- die Vergrößerung der Jugendvertretung
- die konkrete Aufgabenstellung der Jugendvertretung
- stärkere Informations-, Mitwirkungs- und Stimmrechte der Jugendvertretung im Betriebsrat
- Kündigungsschutz für Jugendvertreter, der dem der Betriebsratsmitglieder entspricht
- Freistellungsmöglichkeit für Jugendvertreter für ihre Tätigkeit im Betrieb und für die Teilnahme an außerbetrieblichen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen
- die Durchführung von Betriebsjugendversammlungen
- die Errichtung von Gesamtjugendvertretungen in Unternehmen, in denen mehrere Jugendvertretungen bestehen. Auch in diesem Abschnitt des Gesetzes sind jedoch wichtige Forderungen der

Jugendvertreter und ihrer Gewerkschaften nicht erfüllt worden. So fehlt im Gesetz insbesondere

- eine Rechtsgrundlage für die Wahl und Tätigkeit von Jugendvertretern in Betrieben ohne Betriebsrat — ein außerordentlicher Mangel angesichts der rasch wachsenden Zahl überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Das Gesetz beläßt es ferner bei den schon am Entwurf vom Bundesjugendausschuß kritisierten Regelungen,

- daß die personelle Kontinuität der Jugendvertretung während einer Wahlperiode ungesichert bleibt, weil weder eine Regelung bezüglich der Zurückstellung von Jugendvertretern vom Wehr- bzw. Ersatzdienst getroffen wurde, noch Sicherungen geschaffen wurden, die Jugendvertretern nach Ablauf der Ausbildungszeit die Weiterbeschäftigung in einem Arbeitsverhältnis wenigstens bis zum Ablauf ihrer Amtszeit garantieren;
- daß die Gesamtjugendvertretung keine Rechtsgrundlage für die Information aller Jugendvertreter im Unternehmen in einer jährlich einmal durchzuführenden Gesamtjugendvertreterversammlung hat.

Alle aktiven Gewerkschafter sind nun aufgerufen, im Betrieb mit der Durchsetzung, Praktizierung und schrittweisen Erweiterung aller Bestimmungen zu beginnen, die es Jugendvertretung und Betriebsrat ermöglichen, mit ihrer Hilfe die Interessen der Lohnabhängigen einschließlich der Auszubildenden konsequent zu vertreten und ihre Lage zu verbessern.

Die Delegierten der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz verpflichten sich insbesondere in ihrem Tätigkeitsbereich darauf hinzuwirken daß

- in allen Betrieben, in denen die Voraussetzungen dafür bestehen, Jugendvertretungen gewählt werden;
- diese Jugendvertretungen mindestens monatlich regelmäßige Sitzungen und vierteljährlich Jugendversammlungen durchführen;
- mindestens ein Jugendvertreter an allen Betriebsratsitzungen teilnimmt;
- in allen Unternehmen, in denen mehrere Jugendvertretungen bestehen, Gesamtjugendvertretungen errichtet werden;
- bei den Betriebsratswahlen 1972 möglichst viele junge Kolleginnen und Kollegen, die jetzt mit 18 Jahren wählbar sind, sich zur Wahl stellen;
- die Jugendvertreterwahlen 1972 rechtzeitig und intensiv vorbereitet werden. Der DGB und die angeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften werden aufgefordert, die personellen, finanziellen und sachlichen Voraussetzungen für eine umfassende Ausbildung der Jugendvertreter auf der Grundlage des § 37 Betr.V.G. zu schaffen, damit auch die Möglichkeiten, die diese Bestimmung beinhaltet, voll ausgeschöpft werden.

Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz erwartet vom DGB und den Gewerkschaften, daß sie den Kampf um die Mitbestimmung im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft konsequent führen.

Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz erwartet vom DGB und den Gewerkschaften, daß sie den Kampf um die Mitbestimmung im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft konsequent führen.

Betriebsverfassungsgesetz

Die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz stellen fest, daß das jetzt verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz berechnete Forderungen der Lohnabhängigen nicht berücksichtigt hat.

Den Forderungen der DGB-Jugend an das neue Betriebsverfassungsgesetz ist in den wesentlichen Punkten nicht stattgegeben worden. Sie sind davon ausgegangen, daß die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes von folgenden Grundbedingungen und Voraussetzungen auszugehen hat:

In der von Gewinn und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit gefährdet. Daher muß es die Aufgabe jeder politischen Arbeit sein, das Interesse der Gesamtheit dem Interesse Weniger überzuordnen. Jede Macht muß sich öffentlicher Kontrolle unterwerfen. Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland ist in eine Phase getreten, in der die Kapitalverwertungsmöglichkeiten der Monopole nur durch massive Eingriffe des Staates — ein gutes Beispiel ist die Rezession 1966/67 — gesichert werden können.

Aufrechterhaltung der Macht der Monopole heißt aber: Freiheit und Selbstverwirklichung sind für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung nicht zu verwirklichen, sämtliche gesellschaftlichen Bereiche werden nicht demokratisiert. Die Befriedigung der entstehenden Bedürfnisse — Sicherung der Arbeitsplätze, Wohnen, Bildung, Gesundheit — kann von diesem System nicht mehr ausreichend geleistet werden. Die Forderung nach dem Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus kann daher heute nur heißen: Kampf gegen das private Eigentum an Produktionsmitteln an Grund und Boden, die Grundlagen der Macht des Monopolkapitals.

Das verabschiedete Gesetz widerspricht diesen Grundsätzen in den folgenden Punkten:

1. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates sind auf dem unternehmerisch-wirtschaftlichen Bereich unzureichend geregelt worden.

Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates wurde nicht auf den unternehmerisch-wirtschaftlichen Bereich ausgedehnt. Als verschleiender Ersatz wurde eine minimale Ausweitung der Zuständigkeit des Wirtschaftsausschusses und Verbesserung im persönlichen und sozialen Bereich beschlossen.

Die Unternehmen können also weiterhin ihre Investitionsentscheidung, ihre Preis- und Absatzpolitik für ihren eigenen Profit treffen. Die DGB-Jugend forderte Investitionskontrolle und allgemein eine demokratische Unternehmensverfassung. In der Begründung zum jetzt verabschiedeten Gesetzentwurf gab Minister Ahrendt offen zu, nicht in die „eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen“ eingreifen zu wollen. Fragen der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensführung seien in einer Neuregelung des Unternehmensverfassungsrecht zu lösen.

2. Die Friedenspflicht, die an dem unternehmerischen Profitinteresse orientiert ist, ist weiterhin Bestandteil des verabschiedeten Gesetzes. Hinzu kommt, daß die Betriebsparteien jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen haben.

Die Friedenspflicht des Betriebsrates, die im alten Betriebsverfassungsgesetz im § 49 geregelt war, wird aufrecht erhalten und ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen in den einleitenden allgemeinen Vorschriften im § 2 Abs. 1 aufgeführt. Auch die politische und parteipolitische Tätigkeit bleibt praktisch verboten. Die Friedenspflicht wird als „im Interesse des geordneten Arbeitsablaufes und des Betriebsfriedens“ notwendig bezeichnet.

Mit diesen Begriffen wird verschleiert, daß die Interessen der Lohnabhängigen (Kampf gegen Ausbeutung, Sicherung der Arbeitsplätze) und des Unternehmers (Profitmaximierung) im antagonistischen Klassengegensatz stehen. Dem Betriebsrat wird es durch die Friedenspflicht unmöglich gemacht, die wirklichen Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten. Vielmehr unterstützt er durch seine Arbeit im sozialen und personellen Bereich — so wichtig sie an sich ist — objektiv das Interesse des Kapitals, Entscheidungsprozesse nur

von seinem Profitinteresse abhängig zu machen: Der Betriebsrat wirkt als Puffer zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und des Kapitals und erschwert so die Einsicht der Lohnabhängigen in ihre objektiveren Interessen.

3. Weiterhin ist die Geheimhaltungspflicht Gegenstand des Gesetzes. Praktisch ist der Unternehmer in der Lage, festzusetzen, was geheimhaltungsbedürftig ist. Den Beschäftigten wird aber durch die Geheimhaltungspflicht die demokratische Willensbildung — erste Voraussetzung zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen — verwehrt.

4. Die unelingschränkte Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter in den Betrieben zur Wahrung der Interessen der Mitglieder ist auch nach dem neuen Gesetz nicht gewährleistet. Die Gewerkschaften können Beauftragte in den Betrieb nur entsenden, soweit dem „nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufes“ entgegenstehen, d. h. der Unternehmer behält praktisch die Möglichkeit, die Gewerkschaften auszuschließen. Aber nur die Gewerkschaften, nicht der einzelne Betriebsrat, sind in der Lage, auf überbetrieblicher Ebene die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen zu organisieren und gegen das Kapital durchzusetzen.

5. Die Ausdehnung des Personenkreises der leitenden Angestellten, die nicht unter die Interessenvertretung des Betriebsrates fallen.

Den Forderungen der Gewerkschaften, daß alle im Betrieb Beschäftigten durch den Betriebsrat vertreten werden sollen, wurde im Gesetz nicht entsprochen.

Für die Erweiterung des Personenkreises der sogenannten leitenden Angestellten ist den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, eigenständige Sprecherkreise zu installieren, die dann in ein Konkurrenzverhältnis zum Betriebsrat treten.

Das Betriebsverfassungs-Gesetz entspricht somit in entscheidenden Punkten nicht den Notwendigkeiten und Zielsetzungen, die die Gewerkschaftsjugend fordern.

Charta der Rechte der Jugend

Wir stellen fest, daß im Bildungsbericht der Bundesregierung einige unserer Forderungen, für die wir seit Jahren kämpfen, aufgenommen sind. In der Grundtendenz richtet sich aber auch die Regierung der kleinen Koalition an den Plänen der Industrie nach einer profitorientierten Ausbildung aus, die eine nur einseitige Berufsqualifizierung bedeutet.

Nach den Plänen des Deutschen Bildungsrates erscheint es zweifelhaft, ob die Trennung der Sekundarstufe I in ein Berufs- und Studienkolleg möglichst vielen Schülern den Eintritt in die Gesamthochschule gestattet.

Der Entwurf der Bundesregierung zum Hochschulrahmengesetz splittert die Studiengänge in solche der Lehre und Forschung auf. Damit wird von vornherein nur einer relativ kleinen Gruppe eines Jahrgangs die Möglichkeit zur

Beteiligung an der Forschung eröffnet. Gegen solche Konzeptionen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Gegen die restriktiven Vorschläge der Industrie und gegen die oben kritisierten Tendenzen im Bildungsbericht und den Entwürfen der Bund/Länder-Kommission treten wir ein für die Erstellung einer Konzeption für qualifizierte Ausbildung und Selbstbestimmung. Um eine solche Konzeption zu erstellen, organisiert der DGB mit anderen betroffenen Organisationen im Frühjahr nächsten Jahres eine Versammlung für Jugendliche aller Ausbildungsbereiche zur Formulierung und Verteidigung ihrer Rechte.

Antikommunismus

Wir verurteilen die verstärkte antikommunistische, gegen Demokratisierung und Entspannung gerichtete Hetze der Springer-Presse. Wir verurteilen auch, daß mit den Münchener Parteiratsbeschlüssen der SPD erneut eine antikommunistische Welle in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Der Antikommunismus hat sich stets als Mittel zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zum Völkerhaß und als Barriere gegen progressive gesellschaftliche Veränderungen erwiesen. Daraus haben die Gewerkschaften nach 1945 die Lehre gezogen, die Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Zur Durchsetzung des DGB-Grundsatzprogramms mit seinen gesellschaftsverändernden Zielen, zur Abwehr der neonazistischen Kräfte, zur Unterstützung der mit den Verträgen

von Moskau und Warschau eingeleiteten Friedenspolitik und zur Verwirklichung der sozialen und politischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft und der arbeitenden Jugend ist die Einheit der Gewerkschaften wichtigste Voraussetzung.

Lehrlingszentren

Der Bundesjugendausschuß des DGB wird aufgefordert, die für das Frühjahr 1972 vorgesehene 2. bundesweite Arbeitstagung aller LZ und Jour fixes in Frankfurt zu organisieren und zusammen mit dem „Zentralen Informationsbüro für Lehrlingszentren (ZIB)“ durchzuführen.

Diese zweite Arbeitstagung der LZ muß zur Aufgabe haben:

1. intensiven Erfahrungsaustausch über die Entwicklung und Arbeit der LZ im „Jahr des jungen Arbeitnehmers“;
2. Diskussion über Selbstverständnis und Aufgabe der LZ — mit dem Ziel einer einheitlichen Strategie;
3. das Verhältnis und die Koordination zwischen LZ's und Jugendausschüssen aufzuarbeiten und neu zu diskutieren;
4. ein gemeinsames Arbeitsprogramm für 1972 zu diskutieren;
5. die begonnene Kommunikation zwischen den LZ zu verstärken, auszuweiten und die Arbeit des ZIB materiell abzusichern.

Termine

3. bis 5. Dezember 1971
Jugendkonferenz zur europäischen Sicherheit in Florenz
4. bis 5. Dezember 1971
III. Landeskonferenz der SDAJ Saarland in Saarbrücken
10. Dezember 1971
Tag der Menschenrechte

11. bis 12. Dezember 1971
III. Landeskonferenz der SDAJ Niedersachsen in Wolfsburg
- III. Landeskonferenz der SDAJ Bremen in Bremen
11. bis 12. Dezember 1971
Strategie der Jungsozialisten in Hannover
19. bis 20. Dezember 1971
Stadtdelegiertenkonferenz der Freien Deutschen Jugend von Westberlin
20. Dezember 1971
11. Jahrestag der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams (FNL)

Bücher für die Jugendarbeit

Marx/Engels/Lenin: „Über die Frau die Familie“

In diesem Buch (208 Seiten) sind Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus über die gesellschaftliche Stellung der Frau im Kapitalismus und im Sozialismus enthalten. Die Kritik der bürgerlichen Moral in bezug auf Liebe, Ehe und Familie ist immer noch wegweisend in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie. Verlag Für die Frau, Leipzig 1971, DM 9,80 / Auf Bestellung in allen Buchhandlungen und beim Brücken-Verlag, 4 Düsseldorf, Ackerstraße 3.

„Mit Spartakus im Spartakus — Protokoll des 1. Bundeskongresses des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS“
Taschenbuch (304 Seiten) über den Gründungskongreß des ersten sozialistischen Studentenverbandes in der Bundesrepublik am 20./21. Mai 1971
Facit-Verlag e.V., 53 Bonn, Colmantstraße 32, Preis DM 6,-.

„Kleines Lenin-Wörterbuch“
Herausgegeben von Josef Schleichstein in der Reihe „Marxistische Taschenbücher“. Was hat Lenin zum Beispiel über den Krieg geschrieben? Oder über den Streik? Das 80seitige Bändchen bringt von A-Z aus Lenins Werken die wichtigsten Zitate.
Verlag Marxistische Blätter, DM 3,-.

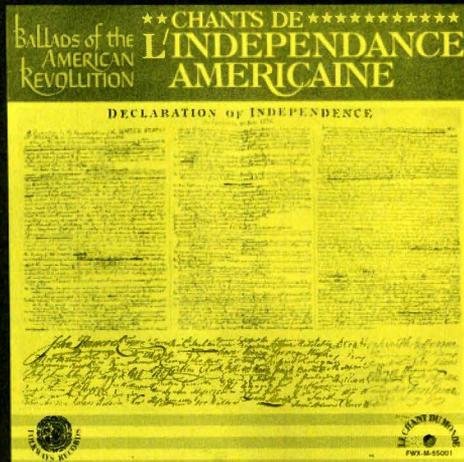
Das Sonderangebot des Monats

Lieder der amerikanischen Unabhängigkeit

Balladen aus der amerikanischen Revolution

(Sollten Sie diese Platte bis zum 15. 12. 1971 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 17,-)

Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel.: 57 20 10



Strauß - Hauptfeind der Jugend

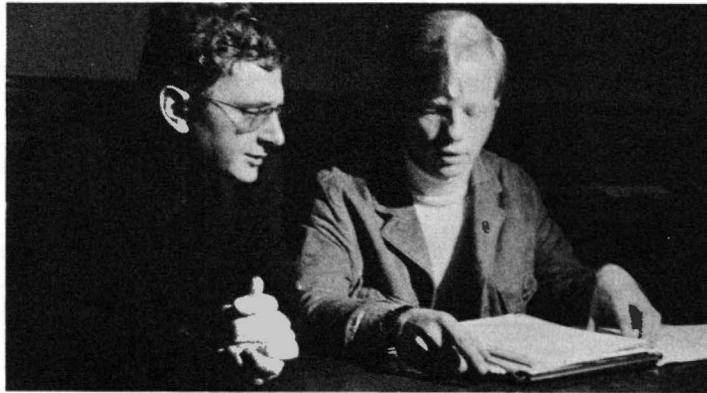
CSU-Führer zerrt
Demokraten vor
Gericht

Von Georg Rohde

„Strauß ist der Hauptfeind der Jugend!“

Diese Losung bestimmte den Ablauf des Strauß-Tribunals in München.

Über tausend Münchner waren am Aufruf der SDAJ und des MSB Spartakus gefolgt. Das Schwabinger-Bräu war überfüllt. Vorher hatte die CSU noch versucht, gemeinsam mit der bayrischen Vereinsbank – der Hausbank der bayrischen Rüstungsindustrie – und der Spaten-



Hans-Walter von Oppenkowski und sein Rechtsanwalt Herbert Lederer vor Gericht.

brauerei, den Pächter des Schwabinger-Bräus unter Druck zu setzen.

Der Pächter gab nicht nach. Das Tribunal fand wie vorgesehen statt: der Aufstieg des Franz Josef Strauß, Strauß und der Militarismus, Strauß und die Rüstungsindustrie – eine ausführliche Analyse der Politik des Rechtskartell-Führers. Zwischendurch Auftritte der Münchner Song-Gruppe und des Theaters K.

Die Ergebnisse des Tribunals wurden in einem abschließenden Aufruf zusammengefasst: „Die Durchsetzung der Forderungen der Jugend nach Frieden, Demokratie und sozialer Sicherheit erfordert den gemeinsamen Kampf

+ gegen die zunehmende Rechtentwicklung unter Führung von F. J. Strauß und der CSU,

+ gegen eine Politik, die Bayern unter Führung der CSU in eine riesige Waffenschmiede verwandelte und ständig steigende Rüstungskosten mit sich bringt,

+ gegen die bayerische Rüstungsmafia der Siemens, Messerschmitt-Bölkow-Blohm, MAN, Krauss-Maffei etc.

+ gegen den Feind der Jugend: Franz Josef Strauß!“

Zum gleichen Ergebnis waren am 30. 1. 71 die Teilnehmer des Strauß-Guttenberg-Tribunals in Bonn gekommen. (elan berichtete ausführlich darüber.) Die Aufgabe für alle demokratischen und sozialistischen Kräfte heißt: „Verhindert eine neue Machtergreifung!“ Die Tribunale trafen die richtigen: Strauß und seine Ba(r)zis fühlten sich getroffen. Fragestunde im Bun-

destag und eine Klage der CSU-Bosse Strauß und Guttenberg gegen den Mitinitiator des Strauß-Guttenberg-Tribunals, Hans-Walter von Oppenkowski, waren die Folge.

Strauß fühlte sich durch zwei Plakate verunglimpft, die den Pistolenhelden Strauß in Zusammenhang mit Hitler und dem Faschismus darstellten (elan Nr. 10/71).

Das Ermittlungsverfahren wird vom leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund Dr. Werner Leffer geführt.

Leffer (NSDAP-Mitglieds-Nr. 4601322) war seit dem 1. 11. 33 im SA-Sturm 4/160 Bonn als Rottenführer tätig.

Die Anklageschrift macht die Verbundenheit des Ex-Rottenführers zum Nazi-Führungsoffizier Strauß deutlich: „Sowohl der Bundestagsabgeordnete Dr. Strauß als auch der Bundestagsabgeordnete Freiherr von und zu Guttenberg gehören beide einer demokratischen Partei an und können mit nationalistischen Bestrebungen nicht in Zusammenhang gebracht werden.“

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Am 12. November beginnt der Prozeß vor der 1. Strafkammer des Dortmunder Landgerichts. Vor dem Landgericht warten hunderte Demonstranten, die sich mit Hans-Walter von Oppenkowski solidarisieren.

Der vom Gericht vorgesehene Saal kann die Zuhörer nicht fassen. Der Prozeß wird in einen größeren Raum verlegt. Landgerichtsdirektor Kittel eröffnet den Prozeß. „Die Sache hat an Brisanz gewonnen“, gesteht er. Hunderte von Solidaritätserklärungen für Hans-Walter von Oppenkowski sind eingegangen. Und vor der Tür drängen sich noch immer Zuhörer, die nicht eingelassen werden. Der Prozeß wird unterbrochen, als Polizei die Wartenden gewaltsam abdrängt.



Solidarität mit Hans-Walter von Oppenkowski. Protest gegen Strauß vor dem Dortmunder Landgericht.



Die Verhandlung geht weiter. Rechtsanwalt Lederer stellt den Antrag, Prof. Reinhard Kühnl, Leiter des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg, als Sachverständigen zu hören. Das Gericht lehnt den Beweis-antrag ab.

Rechtsanwalt Lederer protestiert gegen diesen rechtswidrigen Eingriff in die Verteidigerrechte. Im Interesse des Angeklagten legt er sein Mandat nicht nieder. Ein abgeänderter Antrag wird ebenfalls abgelehnt.

Erst dem dritten Antrag muß das Gericht schließlich stattgeben.

Der Prozeß wird vertagt. Eine Woche später soll Professor Kühnl sein Gutachten verlesen dürfen.

Alt-Nazis In der Dortmunder Justiz

Außer Dr. Werner Leffer sind folgende Alt-Nazis in der Dortmunder Justiz tätig:

+ Landgerichtsrat Kampmann, Baldur, NSDAP-Mitgl. Nr. 3282498, Adjutant der SA-Standarte 69 in Höxter,
+ Landgerichtsrat Tillmann, Karl, NSDAP-Mitgl. Nr. 3686111,

+ Landgerichtsrat Knust, Hans Joachim, NSDAP-Mitgl. Nr. 455054, seit 1. 5. 31 Mitglied der SA,

+ Landgerichtsrat Vietinghoff, Wilhelm, NSDAP-Mitgl. Nr. 309781, seit Oktober 1938 HJ-Rechtsreferent,

+ Oberstaatsanwalt Molgedei, Theodor, NSDAP-Mitgl. Nr. 1240383, Vertreter der Gauleitung Westfalen Süd, Scharführer und Rechtsreferent der HJ,

+ Staatsanwalt Webermeier, Herbert, NSDAP-Mitgl. Nr. 1947449, SS-Untersturmführer im Stabe II/20,

+ Staatsanwalt Kluge, Johannes, NSDAP-Mitgl. Nr. 2995182, SS-Unterscharführer, SS-Standarte 1/48,

Nach Redaktionsschluß

Am 19.11. weist der Politikwissenschaftler Kühnl eine „partielle Identität“ von Strauß mit Hitler und dem Nationalsozialismus nach. Trotzdem, Hans-Walter von Oppenkowski wird verurteilt: 500 DM Geldstrafe!

„Helft Ihnen!“

Weltweite Solidarität mit Vietnam

von Fritz Flawes

Nguyen Van Troi tat, was Millionen seiner Landsleute tun. Er kämpfte gegen die amerikanischen Aggressoren, die seine Heimat in Schutt und Asche gelegt haben. In Saigon wurde Nguyen Van Troi gefangen und hingerichtet. Ein Bild, das um die Welt ging: der Patriot – an einen Pfahl gefesselt – wird erschossen.

Nguyen Van Troi ging es wie

vielen seiner Landsleute, die für die Befreiung vom US-Imperialismus ihr Leben gaben. Nguyen Van Troi ist Symbol für Tausende, die für die Freiheit ihres Volkes kämpfen. In Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnams soll ein Kinderkrankenhaus bei Hanoi den Namen des ermordeten vietnamesischen Freiheitskämpfers erhalten.

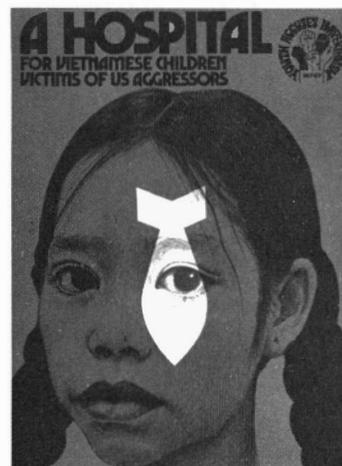
Das Kinderkrankenhaus muß noch gebaut werden. Darum haben der Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) und der Internationale Studentenbund (ISB) eine Aktion beschlossen. In der ganzen Welt sammelt die Jugend für den Bau des Krankenhauses.

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend ist Mitglied im WBDJ. Selbstverständlich beteiligten sich SDAJ und MSB Spartakus an der Kampagne. Auch elan macht mit und fordert alle Leser auf, sich ebenfalls zu beteiligen.

Schickt die Spenden an den Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Postscheckkonto Essen 1865 84 (Stichwort: Vietnam-Spende).

Übrigens: Die Vietnam-Solidarität zieht immer weitere Kreise. Auch in der Bundesrepublik beteiligen sich immer mehr Menschen an der Hilfe für das vietnamesische Volk. So hat zum Beispiel die Theologie-Professorin Uta Ranke-Heinemann im Namen der Hilfsaktion Vietnam e.V. einen Spendenaufruf an die Öffentlichkeit gerichtet.

Auch das ist ein Erfolg der demokratischen und sozialistischen Kräfte, die von Anfang an fest an der Seite des vietnamesischen Volkes standen und



„Youth accuses imperialism“ – Jugend klagt den Imperialismus an. Ein Krankenhaus für vietnamesischen Kinder, die Opfer der US-Aggressoren.

immer größere Teile der Bevölkerung für die Vietnam-Solidarität gewonnen haben.

Geschäft mit dem Krieg

Mobilmachung im „Military-Look“

Von Fred Freitag

Noch knalliger, noch bunter, noch popiger. Die Modezaren überbieten sich, immer neue Perversionen auf den Markt zu kippen.

Rüschen und Spitzen im Dandy-Look für den eitlen Spätromantiker.

Die modische Hasch-Kluft im High-Style.

Blutbeflecktes Kruzifix am Silberkettchen nach Charly-Manson-Art.

Seriengefertigte Rosenkränze, ohne die die Jesus-Revolution nur eine halbe Sache wäre.

Wer hätte da gedacht, daß die strapazierten Mode-Manager noch eine weitere Marktlücke entdecken?

Aber sie ist gefunden! „Bravo“ weiß zu melden: „Eine fröhliche Armee marschiert durch die Straßen.“ Die Betonung liegt auf Armee. Die Mode-Strategen blasen zum Angriff. Mobilmachung gegen die Generation, deren Kampf gegen Aus-

beutung, Unterdrückung und Krieg immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Die junge Generation soll „eingekleidet“ werden: Tarnjacken, olivgrüne Kampfanzüge, in denen sich traditionsgemäß immer besser sterben als leben ließ. Auf den Hemdchen sind Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge abgebildet: „US Navy“ und „US Airforce“ steht darüber. An den Ärmeln kleben Rangabzeichen. Zu kaufen: In der kleinen Boutique um Ecke ebenso wie im großen Kaufhaus.

Der Krieg ist schön geworden, aber ja: Krieg, das sind Schlägermützchen, Turnschuhe und farbige Lumberjack-Anzüge. In den USA wurde die Kollektion



bereits um eine besondere Variante erweitert: Vietnam-Kampfhosen mit Original-Durchschüssen, blutbefleckt. „Besonders lustig wirken die Hosen, wenn man sie nach Fallschirmspringerart in halbhohen Stiefeln steckt.“ Meint „Bravo“.

Und das alles nennt sich vollkommen richtig und ungetarnt „Military-Look“. Daß der Kapitalismus am Krieg verdient, daß der Krieg sein großes Geschäft war bekannt. Daß sich die Profitgier zu solch makabrer

Kriegspropaganda versteigt, ist kaum noch faßbar. Ein frommer Wunsch zum Schluß: Mögen die „Entdecker“ des „Military-Looks“ eines seligen Tages den GIs in die Hände fallen, die in Vietnam im „lustigen Anti-Bügelalten-Look“ („Bravo“) für die Sache der amerikanischen Rüstungshaie ihre Knochen hingehalten haben. In die Hände eben der GIs, die an ihrer Uniform das Zeichen der Kriegsgegner tragen, weil der Krieg ein Verbrechen ist.



Nur selten gelangen Bilder wie diese an die Öffentlichkeit: griechische Widerstandskämpfer vor Militärgerichten. Sie brauchen unsere Hilfe. Spendenkonto: Deutsche Bank Hannover Nr. 82/07623 p.g. K. Blanas.

Kampf gegen Tod und Folter

Griechische Demokraten brauchen unsere Solidarität

Von Werner Winter

„Trotz der Verwandlung des Landes in ein riesiges Konzentrationslager, eine Stätte der Folter und brutaler Menschenjagd, unterwirft sich das griechische Volk nicht.“

Diesen Beschluß faßte der 1. Kongreß des griechischen Antidiktatorischen Komitees im Ausland am 15. Juli 1969 in Helsinki.

Zwei Jahre sind vergangen. Vier Jahre seit der Machtergreifung der griechischen Obristen. Die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse sind verschwunden. Das KZ Griechenland ist Alltag geworden: ohne Bedeutung für die bürgerliche Journaille. Im Schutz dieser Friedhofsruhe reist der bayerische Mörderführer Franz Josef Strauß ins faschistische Griechenland: zum Erfahrungsaustausch mit seinen Gesinnungsfreunden von der Militär-Junta. Unterdessen betreiben die griechischen Obristen Image-Pflege. Einige politische Gefangene

werden mit großem Trara freigelassen. Auf Druck der Weltöffentlichkeit. Aber das verschweigt die Junta. Und die Freigelassenen sind nur noch Schatten ihrer Selbst: gesundheitlich auf dem Nullpunkt, durch jahrelange Haft und Folter seelisch zerrüttet!

Nach wie vor verfolgt die Militärdiktatur ein Ziel: Die Vernichtung ihrer politischen Gegner.

Nach wie vor scheut sie vor keiner Brutalität zurück: So sind die meisten politischen Gefangenen schwer krank. Der Demokrat Florakis erlitt in der Gefangenschaft einen Herzinfarkt. Nina Jannou erblindete. Loula Logara leidet an Halspolyp. Ärztliche Betreuung?

Im Gegenteil. Krankheit in griechischen Gefängnissen ist Tod auf Raten. Todesurteil ohne den verwaltungstechnischen Aufwand eines Gerichtsurteils. Nikolas Kaloudi, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Griechenlands, ist schwer erkrankt, bettlägerig. Statt in ein Krankenhaus wurde er in das berühmte Gefängnis von Korfu verschleppt. Die Folgen sind Siechtum und Tod. Aber der Widerstand gegen den Faschismus lebt: Im September machten 25 000 Griechen die Beerdigung des Schriftstellers Giorgos Seferis zu einer machtvollen Demonstration gegen das Regime. Das griechische Volk braucht Solidarität. Unsere Solidarität.

„Wir sind keine Veteranen...“

35 Jahre Kampf der Interbrigaden

Von Ruth Sauerwein

Auch 5 000 deutsche Antifaschisten gingen nach Spanien. Dort setzten sie ihren Kampf gegen den Gegner fort, der sie aus der Heimat vertrieben hatte.

35 Jahre Interbrigaden – das heißt 35 Jahre Kampf gegen den spanischen Faschismus. Erst die letzten Wochen brachten dafür großartige Beispiele: Streik der Seat-Arbeiter in Barcelona, der Bergleute in Asturien, der Bauarbeiter in Madrid. „Wer sagt, daß Spanien gestorben ist?“ fragten Juan und Jose. Nein, der Widerstand in Spanien ist nicht tot. Im Gegenteil. Immer neue Kreise stoßen zur demokratischen Bewegung.

Einhellige Meinung auf der kämpferischen Kundgebung: Unsere ganze Solidarität gehört den spanischen Demokraten!

„Wir, im fernen Vaterland geboren, nahmen nichts als Haß im Herzen mit. Doch wir haben die Heimat nicht verloren, unsre Heimat liegt heute vor Madrid...“

Dieses Lied der Spanienkämpfer sang die Gevelsberger Songgruppe in Wuppertal.

Am 6. November jährte sich zum 35. Mal der Tag, an dem die Internationalen Brigaden gegründet wurden. Aus diesem Anlaß hatte die Gemeinschaft der ehemaligen republikanischen Spanienfreiwilligen in der BRD zu einer Solidaritätsveranstaltung unter der Losung „Freiheit für Spanien“ aufgerufen. Viele waren diesem Aufruf gefolgt. Der „Gelbe Saal“ in der Elberfelder Stadthalle war bis zum letzten Platz besetzt. Besonders herzlich wurden die spanischen Gäste begrüßt.

So war es zu der Gründung der Internationalen Brigaden gekommen: Im Juli 1936 putschte der faschistische General Franco mit vier weiteren Generalen gegen die spanische Volksfrontregierung, die im Februar mit überwältigender Mehrheit gewählt worden war. Das spanische Volk war zur Verteidigung der Republik bereit. Francos Putsch wäre schnell zusammengebrochen. Aber Hitler und Mussolini griffen ihm kräftig unter die Arme.



Die Spanienkämpfer waren nicht unter sich geblieben. Viele Jugendliche waren gekommen, um die Wahrheit über die Interbrigaden zu erfahren, die in bundesdeutschen Schulbüchern verschwiegen oder verfälscht wird. Sie sind bereit, die große Sache der Solidarität mit dem spanischen Volk weiterzuführen. Für sie alle gilt die Losung der Spanienkämpfer: „Vorwärts, internationale Brigaden: Hoch die Fahne der Solidarität!“

Blieb nun die spanische Republik in ihrem Kampf allein? Nein! Aus aller Welt eilten Freiwillige nach Spanien. Sie bildeten die berühmten Internationalen Brigaden. Unter ihnen waren Männer wie Ernest Hemingway, John Steinbeck, Pablo Neruda, Erich Weinert. In vielen Ländern entstanden Solidaritätskomitees.



Fasia: „... Den Faschisten werden wir nicht weichen!“

Kirche „säubert“ Jugendhaus

Presbyterium will 200 Jugendliche auf die Straße setzen.

Von Wlenand Bertram

„Das ist ganz großer Quatsch. Seit Jahren sucht die Stadt Mülheim ein Jugendheim. Aber hier wird von der Kirche eins geschlossen.“

Ja, richtig gelesen, Das Jugendhaus Kreuzstraße der Evangelischen Johanniskirchengemeinde in Mülheim an der Ruhr soll geschlossen werden. Da gibt es endlich mal ein Freizeitheim, in dem sich Jugendliche tatsächlich wohl fühlen, und dann machen ein paar Kirchenväter den Laden dicht, bloß weil die Jugend kein „Altersheim“ daraus gemacht hat.

Selbstherrlich hat das Presbyterium der Johanniskirchengemeinde beschlossen, das Jugendheim vom 1. Januar 72 an für ein viertel oder sogar ein halbes Jahr vollkommen leerstehen zu lassen. Und auch danach soll das jetzige Haus der offenen Tür für Jugendliche geschlossen bleiben.

Der Mitarbeiterkreis im Jugendhaus Kreuzstraße schrieb an elan: „Es ist uns unfasslich, daß das Presbyterium unsere Arbeit mit einem Federstrich zerstört.“

Und das bedeutet: 200 Jugendliche werden auf die Straße gesetzt.

Und es hat viel Arbeit gekostet, eine funktionierende Jugendarbeit aufzuziehen.

Kurt Kirmes, Leiter des Jugendhauses Kreuzstraße, zu elan: „Viereinhalb Jahre haben wir gebraucht, um das aufzubauen. Unser Schwerpunkt liegt in der Einzelberatung. Hilfe bei Arbeitsplatzverlust, bei anderen persönlichen Problemen.“

Möglichkeiten der Freizeitgestaltung: Tischtennis, Kickern, Tanzen, Gespräche. Alles umsonst? Nein. In vielen Städten der Bundesrepublik kämpft die Jugend um Räume und Freizeithäuser, über die sie selbst verfügen kann. Vor allem Arbeiterjugendorganisationen stehen mitten in diesem Kampf. Gegen

jugendfeindliche Politik von Regierungen, Parteien und Verbänden.

elan wird auch in Zukunft am

Ball bleiben. Schreibt uns, wie es in anderen Städten aussieht. Wie die Jugend ihre berechtigten Forderungen durchsetzt.

Sie sollen rausfliegen: Jugendliche im Jugendhaus Kreuzstraße. elan fordert seine Leser auf: Schickt Solidaritätserklärungen an Kurt Kirmes, 433 Mülheim/Ruhr, Klötttschen 54.



Tagebuch der Redaktion

„Liebe Leser des elan, ich verabschiede mich als Chefredakteur von Euch und dem Redaktionskollektiv. Künftig werde ich als Korrespondent ausländischer Zeitungen tätig sein. Außerdem hat mich der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei zu seinem jugendpolitischen Referenten berufen. Leser und Redaktion des elan haben die Aufgabe zusammenzuarbeiten, um diese linke Jugendzeitschrift immer besser zu gestalten und immer zahlreicher unter der Jugend zu verbreiten. Auch ich werde weiterhin mit von der Partie sein: als Herausgeber und Mitarbeiter.
Herzlichst Ulrich Sander“

Wer das Impressum dieser elan-Ausgabe liest, stellt große Veränderungen fest. Besucher staunten in den letzten Wochen über hektische Aktivität in den Redaktionsräumen. Da wurden Schreibtische ausgeräumt und umgestellt, längst als verschollen gemeldete Manuskripte wiedergefunden und währenddessen eine Unmenge von (angeblich) nervenstärkendem Kaffee und Tee vertilgt. elan-Mitarbeiter, gefragt nach ihren Ressorts, mußten erst entsprechende Pläne nachlesen, denn an alles neue muß man sich gewöhnen. Und neu ist eine ganze Menge im Dortmunder Brüderweg, dem Sitz der Redaktion. Ulrich Sander, seit nahezu drei Jahren elan-Chefredakteur, wird zukünftig andere journalistische Aufgaben wahrnehmen. Doch er geht uns nicht verloren: Ulrich ist in den Herausgeberkreis eingetreten und wird auch weiterhin für elan schreiben. Wir freuen uns auf weitere gute Zusammenarbeit mit ihm. Für seine bisher geleistete Arbeit beim elan möchten wir Ulrich ganz herzlich Dank sagen. Sein Nachfolger als Chefredakteur ist Hans-Jörg Hennecke (29) – den elan-Lesern seit vielen Jahren als Redakteur und stellvertretender Chefredakteur bekannt. Die Aufgabe des stellvertretenden Chefredakteurs nimmt von nun an Peter Bubenberger (31) wahr. Auch Peter ist für unsere Leser kein Unbekannter. Seit 1968 unterstützt er die Redaktion als freier Mitarbeiter. Peter ist Diplom-Philologe (Germanistik und Geschichte) und seit Jahren aktiver Mitstreiter in der Arbeiterjugendbewegung. Nach kritischem Blick in das Impressum auf Seite 2 hat der Leser inzwischen festgestellt, daß da noch ein völlig neues Gebilde

entstanden ist, für welches das Kennwort „Redaktionsbeirat“ eingeführt wurde. Ja, der elan-Herausgeberkreis hat einen Redaktionsbeirat berufen, der durch Kritik, Vorschläge und Mitarbeit helfen soll, unser Jugendmagazin noch besser zu machen. Dabei denken wir ganz besonders an die Einbeziehung von Funktionären der Arbeiterjugendbewegung in die Planung und redaktionelle Herstellung des elan.

Und das sind sie, die Mitglieder des Redaktionsbeirates:

+ Wolfgang Bartels, als elan-Mitarbeiter längst bekannt durch Reportagen Interviews und Artikel.

+ Peter Berg, Schülerzeitungsredakteur, Innenreferent der Landesjugendpresse NRW, stellv. Landesvorsitzender.

+ Rainer Birenheide, Lehrer, DKP-Partei-gruppenvorsitzender.

+ Günter Boncelet, stellvertretender Vorsitzender der Gesamtjugendvertretung des Krupp-Konzerns in Essen.

+ Elke Dahl, Lehrlingszeitungsredakteurin und SDAJ-Vorsitzende in Wuppertal.

+ Jerken Diederich, Grafiker – in seinen Händen liegt seit Jahren die Gestaltung des elan.

+ Detlef Holste, Mitglied des Bezirksvorstandes Ost-Westfalen der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“.

+ Gisela Holzmüller, Landesjugendleiterin der Naturfreunde Rheinland.

+ Reinhard Junge, elan-Mitarbeiter, Autor des „Barras-Report/Tagebuch einer Bundeswehr-Dienstzeit“.

+ Roland Lang, Mitglied des Bundesvorstandes des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS.

+ Werner Maletz, Verlagsgeschäftsführer des Weltkreis-Verlages, in dem elan erscheint.

+ Ingolf Riesberg, Leiter der Dortmunder Lehrlings-Songgruppe „Aufsichtsratten“, z. Zt. (unfreiwillig) Bundeswehrsoldat.

+ Georg Rohde, elan-Mitarbeiter.

+ Ruth Sauerwein, elan-Mitarbeiterin.

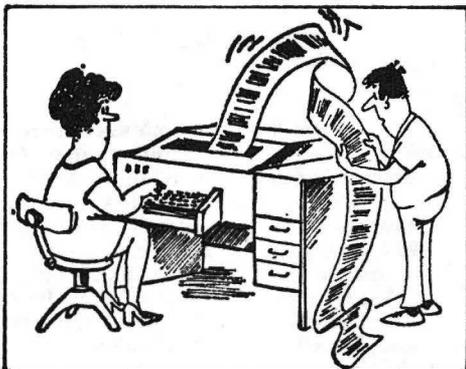
+ Helga Scheerer, Gewerkschaftsjugendfunktionärin.

+ Werner Stürmann, stellvertretender Landesvorsitzender der SDAJ in Hamburg.

+ Peter Schröder, Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses Wuppertal.

Im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend zu schreiben, aktiv mitzukämpfen in der Arbeiterjugendbewegung – das bleibt auch weiterhin die Selbstverpflichtung der elan-Redaktion. Dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser: durch Anregungen und Kritik, durch den Kampf um weitere Verbreitung des elan. Sagen wir den Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten, sagen wir allen, die es noch nicht wissen: elan verschleiert nicht und kennt keine Hemmungen vor den Herrschenden. elan engagiert sich: gegen Ausbeuterordnung und Militarismus, für demokratischen Fortschritt, für Sozialismus.

Denn elan ist das Magazin der Arbeiterjugend.



„Gar nicht so einfach, die Meldung auf 6 Zeilen zusammenzustreichen!“



„Tut mir leid, aber er könnte noch kürzer sein!“



„Den Artikel habe ich schon lange fertig, aber mir fällt keine Überschrift ein!“

SDAJler Uwe Carstens spielt den Pawel. Er entwickelt sich im Stück vom schüchternen Bengel zum kämpfenden Revolutionär. Er sammelt Erfahrungen und wird durch Schaden klug. Sogar seine Stimme gewinnt im Laufe des Spiels an Kraft und Schwung. „Ich finde“, schreibt Uwe Carsten im Programmheft, „daß Pawel im Laufe der Entwicklung durch seine ruhige und besonnene Art und sein Klassenbewußtsein zu einem disziplinierten Parteimitglied wird. Das zeigt sich, als der Kommissar Haus-suchung hält. Pawel läßt sich nicht provozieren. Damit verhindert er, daß die Wohnung ganz zerschlagen und die Druckmaschine doch noch entdeckt wird.“

Um die Mutter und ihren Sohn Pawel gruppiert sich ein eindrucksvolles Kollektiv, das offenkundig nicht nur auf der Bühne zusammenspielt. Sprechchöre und Lieder bringen die Mitwirkenden so wie bei einer Demonstration; sie wissen, wie revolutionäre Arbeiter ihre Argumente zur Geltung bringen. Im Programmheft, das die SDAJler und ihre Mitspieler von A bis Z selber gestaltet haben, heißt es zur Aktualität des Stückes: „Auch in der Bundesrepublik machen die Kapitalisten ihre Profite durch die Arbeit der Lohnabhängigen. Im Unterschied zu dem Rußland von 1905 sind die Klassengegensätze bei uns nur verschleierter. Sie zeigen sich zum Beispiel in der besonders starken Ausbeutung der Lehrlinge und ihrer miserablen Ausbildung.“

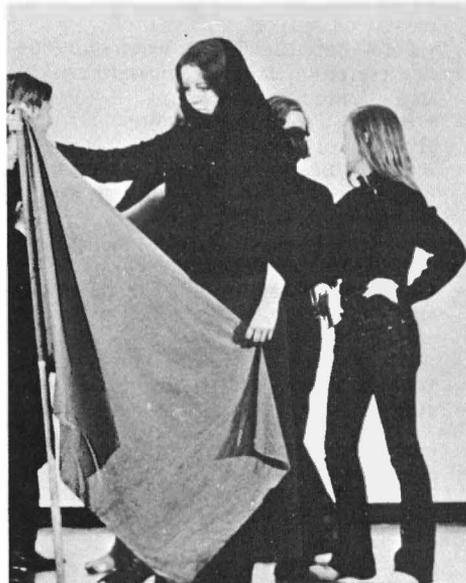
Willi Bredel gehört uns!

Neben Bertolt Brecht gehört Willi Bredel zu den Klassikern der sozialistischen Literatur. Obwohl er bis zu seiner Flucht aus dem KZ Fuhlsbüttel 1934 in Hamburg gelebt, gearbeitet und gekämpft hat, obwohl seine Arbeiterromane „Maschinenfabrik N & K“ und „Rosenhofstraße“ das Hamburger Proletariat zum Helden haben und seine Geschichtensammlung „Unter Türmen und Masten“ das schönste Hamburg-Buch seit Hagedorn ist, wird Willi Bredel von den Behörden der Hansestadt totgeschwiegen. Der Kultursenator erklärte kürzlich vor dem Schriftstellerverband, ihm sei der Name unbekannt, und bis heute gibt es keine Gedenktafel, kein Denkmal und keinen Straßennamen in der Bundesrepublik, der auf Bredel hinweist. In der DDR dagegen, wo Willi Bredel bis zu seinem Tode 1964 Präsident der Akademie der Künste war, ist sein Vermächtnis jedem Schulkind lebendig. Das erfuhren auch die Hamburger SDAJler, die sich im Freundschaftslager Wilhelmstal in einer Arbeitsgruppe mit der sozialistischen Literatur der DDR befaßten. Sie brachten aus dem Lager den Beschluß mit, in Hamburg etwas für Willi Bredel zu tun.

Im Oktober veranstalteten mehrere Hamburger SDAJ-Gruppen im Haus der Jugend Lattenkamp einen Willi-Bredel-Abend, der von der „Songgruppe“ und der „Werkstatt schreibender Arbeiter“ gestaltet wurde.

Freie Zeit- meine Zeit

Der Hamburger Arbeiterschriftsteller Carl Wüsthoff erzählte von seinen persönlichen Begegnungen mit Bredel und von gemeinsamen Erfahrungen in der Parteiarbeit und der Arbeiterkorrespondententätigkeit vor 1933. Zum Abschluß der Veranstaltung einigten sich die Teilnehmer auf eine Aktion: Sie wollen aus Anlaß des siebzigsten Geburtstages von Willi Bredel mehre-



SDAJ-Laienspielgruppe

ren Hamburger Bücherhallen demonstrativ die Werkausgabe überreichen und fordern, daß die sozialistische Literatur in den öffentlichen Büchereien endlich einen angemessenen Platz erhält.

Die Kultur- und Freizeitdiskussion im „elan“, in der SDAJ und in anderen fortschrittlichen Jugendverbänden ist im Gan-

Unsere Forderung: Jugend- zentrum jetzt!

Jugendliche in Wülfrath wollen wissen: Was sind wir der Stadt wert?

Am Beispiel ihrer Stadt haben unorganisierte Jugendliche in Wülfrath untersucht, was sie ihren Stadtvätern in klingender Münze wert sind. Beim Blättern im Haushaltsplan 1971 fanden sie die Antwort, die als Flugblatt verbreitet wurde:

ge. Entsprechende Aktivitäten haben begonnen. SDAJ-Gruppen treffen sich sonntagsmorgens zum Fußballspiel auf dem Rasen oder zur gemeinsamen Turnstunde in der Halle, Genossen Motorradfahrer aus Hamburg donnern übers Wochenende hinaus aufs Land, ein Schachklub hat sich gefunden, und anderswo kommen einmal in der Woche Karikaturzeichner zusam-

Haut bei den Bossen auf den Putz, für ein Freizeit- heim zu aller Nutz!

Aktion Freizeitheim
in Hannover
gegen Profitgeier

Für ein Jugendzentrum müssen sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ohne Ausflüchte! Ohne „Wenn“ und „Aber“. Unter dieser Losung führten die SDAJ-Gruppen Hannovers und die DKP im Juli 1971 den Tag des Stöckener Freizeitheimes durch. Da nach mehrmaligen Eingaben an den Oberbürgermeister Holweg der Bau-plan schon fünf Jahre brach lag, hielten es diese fortschrittlichen Organisationen für unbedingt notwendig, durch eine Aktion

Um allem leeren Gerede vorzubeugen, haben wir uns bereits mit einigen Zahlen vertraut gemacht. Wir haben im Haushaltsplan der Stadt Wülfrath für 1971 geblättert. Und wir haben nachgewiesen, was die Stadt Wülfrath für die Jugend tut.

Hier einige Beispiele:
 Für die Schülermitverwaltungen aller Wülfrather Schulen (Volks-, Sonder- und Realschulen, Gymnasium) **900,00 DM**
 Für die Ergänzung und Unterhaltung der Schüler-Büchereien in allen Wülfrather Schulen **Nichts!**
 Für Jugendschutz (dazu gehen unter anderem auch die Aufklärung über Drogen) **1 000,00 DM**
 Beihilfen für sämtliche im Stadtjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen **7 500,00 DM**

Auf der anderen Seite sind wir auf folgende Summen gestoßen:
 Beihilfe für das Tiegenhöfer-Flüchtlingstreffen **2 500,00 DM**
 Verkehrs- und Wirtschaftswerbung **12 000,00 DM**
 Ausbau und Unterhaltung von Luftschuttsirenen **6 400,00 DM**
 Betreuung der Besucher aus der „SBZ und Vertreibungs-Gebieten“ **95 000,00 DM**
 Aufwandsentschädigung für den stellvertretenden Bürgermeister **1 800,00 DM**
 Und wir fragen auch: Was sind das für 50 000 Mark, die unter der Position 650 960 als „Anteil am Ausbau von Industriestraßen“ ausgewiesen sind? Sicherlich sind dies notwendige Positionen. Wir glauben jedoch, daß die Relationen zwischen diesen Beträgen und den Ausgaben für die Jugend nicht mehr ganz stimmen. Die Jugend Wülfraths ist — das sagen wir ganz offen — das Stiefkind der Stadt. Das muß anders werden!

Industrie erzieht Trinker

Wenn es Profit bringt, gehen die Bosse über Leichen

Die Jugend der Bundesrepublik wird ohne Rücksicht auf Verluste zu Rauchern und Trinkern erzogen, weil sie von bestimmten Branchen der Industrie als wichtige Verbrauchergruppe betrachtet wird. Es gibt Firmengruppen mit Milliardenumsätzen, die aus Profitgründen sogar an einem feststehenden Bestand an Krankheiten interessiert sind. Das geht aus Untersuchungen des staatlichen Gewerbeamtes für Westfalen, Dr. Bukkup (Bochum) hervor.

men, um ihr Talent zu schulen und Politcomics für Flugblätter und Lehrlingszeitungen herzustellen. Solche Formen kultureller Selbsttätigkeit und antimonopolistischer Freizeitgestaltung gehen, soweit abzusehen, nirgends auf Kosten der politischen Aktivität. Sie stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl, festigen die Gruppen moralisch und ideolo-

gisch und helfen, Langeweile und Unlust aus der politischen Arbeit zu vertreiben.

Kein Interesse am Theater?

Den Verdacht bürgerlicher Soziologen, daß die Arbeiterjugend völlig manipuliert, ins System der imperialistischen Bewußtseinsindustrie integriert und an eigener kultureller Betätigung nicht interessiert ist, hat die SDAJ-Gruppe in Hamburg-Billstedt mit einigem Nachdruck widerlegt. Zusammen mit dem progressiven Lehrer Jörn Tiedemann und der Abschlußklasse der Billstedter Volksschule haben sie Brechts Theaterstück „Die Mutter“ einstudiert und sind damit inzwischen in mehreren Häusern der Jugend, vor Berufsschülern und im Freien aufgetreten; auch das NDR-Fernsehen hat Teile ihrer Aufführung aufgezeichnet.

Man merkt es den jugendlichen Laiendarstellern an: Sie haben das Stück vom Anfang bis zum Ende selbst erarbeitet. Sie kennen nicht nur den Spieltext, sie kennen die Probleme des Stückes aus eigenem Erleben. Sie stellen eigene Erfahrungen dar: Zu wenig Haushaltsgeld, zu hohe Mieten, Streiks, Demonstrationen und Flugblätterverteilen, all diese Vorgänge sind ihnen aus ihrem Alltag vertraut, und so werden sie im Stück von den jungen Leuten vorgeführt.

Deutlich machen, wer die Schuld trägt

In Brechts Stück geht es wesentlich um die Mühe und die Lust des Lernens. Die fünfzehnjährige Hauptdarstellerin, Monika Oelke, berichtet über ihre Arbeit: „Der Text war für mich sehr leicht zu lernen. Es hat mir viel Spaß gemacht. Ich spielte die Rolle einer lernenden Frau, die das ganze

Stück lernen muß. Am Anfang kennt sie noch nicht die Ursache ihrer schlechten Situation und sucht die Schuld bei sich selber. Im Laufe der Ereignisse erkennt sie die, die an ihrem Elend die Schuld tragen.“ Den Prozeß des ständigen Dazulernens und des Voranschreitens stellt Monika überzeugend dar. Man sieht sie förmlich die Dinge begreifen. Sie lernt mit einem fröhlich verschmitzten Lächeln und freut sich heimlich über jede Weisheit, die sie der Unwissenheit abgetrotzt hat.

Wie lebt ein Arbeiter wirklich?

Die SDAJ-Gruppe Hamburg-Eimsbüttel führte im November eine öffentliche Diskussion über sozialistischen Realismus durch. Ausgangspunkt war kein theoretisches Referat, sondern die gemeinsame Lektüre von Hermann Kants Roman „Die Aula“. Ein Kreis hatte im Freundschaftslager Wilhelmstal mit dem Lesen begonnen und seine Lektüreindrücke mit dem konkreten DDR-Erlebnis verglichen. Besonders gefiel den Jugendlichen der optimistische und humoristische Grundzug des Romans, in dem die Zukunftsperspektive des Sozialismus in der DDR zum Ausdruck kommt. Im Vergleich zu Günter Wallraffs „Industriereportagen“ stellten sie fest, daß das Leben der Arbeiter in der westdeutschen Literatur meistens zu eintönig und zu pessimistisch dargestellt wird. Die Gruppe beschloß, in Zukunft öfter fortschrittliche Autoren und schreibende Arbeiter zu Diskussionen einzuladen, und die gemeinsame Lektüre von Werken der sozialistischen Literatur regelmäßig fortzusetzen. Dabei soll auch ein Erfahrungsaustausch mit befreundeten FDJ-Gruppen und -Zirkeln in der DDR angestrebt werden. Peter Schütt

auf diesen Tatbestand hinzuweisen. Nach der Eröffnung durch einen inoffiziellen „Vertreter“ des Oberbürgermeisters rollte ein vielseitiges Freizeitprogramm für die Bevölkerung dieses hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Stadtteil Hannovers ab. Während die kleinen Kinder viel malten und spielten, diskutierten die Jugendlichen und hörten nebenbei Musik von „Radio SDAJ“. Am Nachmittag bildeten einige rote Punkte aus dem neuen Programm von Dietrich Kittners Staats-Theater den kulturellen Höhepunkt des ereignisreichen Tages. Um die Bedeutung der Vordringlichkeit des Baus eines Freizeitheimes zu betonen, wurde diese Forderung auf zwei überdimensionalen Postkarten von über zweihundert Personen unterzeichnet. Zur Zeit sind die Aussichten für den umgehenden Bau dieses Gebäudes aber noch schlechter als je zuvor, da sich Hannovers Finanzmisere nach dem Vertragsrücktritt des amerikanischen Großkonzerns IBM und der bevorstehenden Schließung zweier Großbetriebe noch erheblich verschärft hat. So zeigt sich auch hier wieder, wie sehr die Jugend in ihrer Freizeitgestaltung von den nahezu allmächtigen Profitgeiern abhängig ist. Daraus ergibt sich besonders für die SDAJ die Verpflichtung, auch in diesem Bereich unseres täglichen Lebens verstärkt tätig zu werden. Jörg Breitenbach

Ein Dollar und siebenundachtzig Cents. Das war alles. Dreimal zählte Della das Geld nach. Ein Dollar und siebenundachtzig Cents. Und morgen war Weihnachten. Es blieb wirklich nichts anderes mehr übrig, als sich auf die schäbige, kleine Couch zu werfen und zu heulen. Und das machte Della.

Während die Hausfrau allmählich aus dem Weinen in das Schluchzen hinübergleitet, wollen wir uns das Heim betrachten. Eine möblierte Wohnung für acht Dollar die Woche. Man kann nicht gerade sagen, daß sie jeder Beschreibung spottet, aber fast könnte man den Verdacht bekommen, daß es sich um eine Bettlerbehausung handelt. Della beendete ihr Schluchzen und entfernte die Tränenspuren auf den Wangen mit der Puderquaste. Morgen war Heiliger Abend, und sie hatte nur ein Dollar sieben-

*Ein Dollar und
siebenundachtzig
Cents.*

*Und morgen war
Weihnachten.*

undachtzig, um für Jim ein Geschenk zu kaufen. Seit Monaten hatte sie jeden Penny gespart, wenn immer es irgendwie gegangen war, und das war das Resultat. Mit zwanzig Dollar in der Woche kommt man nicht sehr weit. Und nur ein Dollar siebenundachtzig, um ein Geschenk für Jim zu kaufen. Für ihren Jim. Viele glückliche Stunden hatte sie damit verbracht, sich ein nettes Geschenk für ihn auszudenken. Etwas Feines, Seltenes, Wertvolles – etwas, das fast der Ehre würdig gewesen wäre, Jim als Besitzer zu haben.

Plötzlich drehte Della sich vom Fenster weg und stand vor dem Spiegel. Ihre Augen leuchteten glitzernd, aber ihr Gesicht hatte innerhalb zwanzig Minuten jede Farbe verloren. Schnell löste sie ihr Haar und ließ es in seiner ganzen Länge herabfallen.

Nun gab es zwei Sachen im Besitz der Familie James Dillingham jun., auf die beide sehr stolz waren. Einmal war es Jims goldene Uhr, die seinem Vater und davor schon seinem Großvater gehört hatte. Zum anderen war es Dellas Haar.

Jetzt war Della in ihr sich ringelndes und glänzendes Haar wie in einen braunen Wasserfall eingehüllt. Dann steckte sie das Haar wieder nervös und hastig auf.

Dann zog sie ihre alte braune Jacke an, setzte ihren alten braunen Hut auf. Mit wehendem Rock und dem noch immer glitzernden Funkeln in ihren Augen lief sie aus der Türe über die Treppe auf die Straße hinaus.

Sie blieb unter einem Schild stehen, auf dem „Madame Sofronie. Haare aller Sorten“ stand. Della lief die Treppe hoch und sammelte sich schwer atmend.

„Wollen Sie mein Haar kaufen?“ fragte Della.

DAS GESCHENK DER WEISEN



„Ich kaufe Haare“, sagte die Madame. „Nehmen Sie Ihren Hut ab, wir wollen sehen, wie Ihr Haar aussieht.“

Della löste den braunen Wasserfall.

„Zwanzig Dollar“, sagte die Madame und hob die Haarflut mit geübten Händen an. „Schnell, geben Sie mir das Geld“, sagte Della.

Oh, und die nächsten zwei Stunden waren wie ein Spaziergang auf rosigen Wolken. Sie durchstöberte die Geschäfte nach einem Geschenk für Jim.

Endlich hatte sie es gefunden. Es war eine Uhrkette aus Platin, schlicht und einfach in der Ausführung, deren Wert nur durch das Material und nicht durch irgendwelche Ornamente augenscheinlich wurde – wie bei allen wertvollen Sachen. Sobald sie sie erblickt hatte, wußte Della, daß Jim diese Kette haben mußte. Mit dieser Kette an der Uhr konnte Jim in jeder Gesellschaft eifrig nach der Zeit sehen. So schön die Uhr auch war, er hatte bislang immer nur insgeheim nach der Zeit geschaut, da die Uhr, anstatt an einer Kette, an einem alten Lederriemen befestigt war.

Als Della wieder zu Hause war, wich der Freudenrausch ein wenig der Überlegung und der Vernunft. Sie holte ihre Brennschere hervor, zündete das Gas an und begann die Verwüstung in Ordnung zu bringen, die Großzügigkeit und Liebe verur-sacht hatten.

*Es blieb nichts
anderes übrig, als
sich auf die schäbige
kleine Couch zu
werfen und zu heulen*

„Falls Jim mich nicht sofort erschlägt, bevor er mich noch eines zweiten Blickes würdigt“, sagte sie zu sich selber, „wird er bestimmt sagen, ich sähe wie ein Chorgirl von Coney Island aus. Aber was, um alles in der Welt – was hätte ich mit einem Dollar und siebenundachtzig Cents angefangen?“

Um sieben Uhr abends war der Kaffee fertig, und die Bratpfanne stand für die Zubereitung des Abendessens auf dem heißen Ofen bereit.

Della nahm die zusammengerollte Uhrkette in ihre Hand und setzte sich an die Tisch-ecke in die Nähe der Türe, durch die er immer die Wohnung betrat. Dann hörte sie seine Schritte noch weit unten auf den ersten Stufen und wurde nur für einen Augenblick ganz blaß.

Die Türe öffnete sich, Jim trat ein und machte sie wieder zu.

Jim blieb an der Türe stehen. Seine Augen hatte er auf Della geheftet, mit einem Ausdruck, mit dem sie nichts anfangen konnte und der sie erschreckte. Es war kein Ärger, keine Überraschung, weder Mißbilligung noch Erschrecken noch irgendeine Gefühls-äußerung, auf die sie vorbereitet war. Er

starrte sie einfach mit diesem unerklärlichen Ausdruck auf seinem Gesicht an.

Della kroch hinter dem Tisch hervor und ging auf ihn zu.

*Dann hörte sie seine
Schritte und wurde
für einen Moment
ganz blaß.*

„Jim, Liebbling“, rief sie, „schau mich nicht so an! Ich mußte mein Haar abschneiden lassen und verkaufen, weil ich Weihnachten einfach nicht ertragen hätte, ohne dir ein Geschenk zu machen. Ich mußte es einfach tun. Meine Haare wachsen schrecklich schnell. Sag doch ‚fröhliche Weihnachten‘, Jim, und laß uns glücklich sein. Du kannst es ja nicht ahnen, was für ein schönes, für ein wunderschönes, herrliches Geschenk ich für dich habe.“

„Du hast dir dein Haar abschneiden lassen?“ fragte Jim mühsam, als hätte er sich trotz härtester geistiger Anstrengung noch nicht bis zu dieser vollendeten Tatsache durchgerungen.

„Abgeschnitten und verkauft“, sagte Della. „Magst du mich nicht trotzdem genauso gern? Bin ich nicht auch ohne Haare noch immer ich selbst?“

Jim sah sich neugierig im Zimmer um.

„Du brauchst nicht danach zu suchen“, sagte Della. „Ich habe es verkauft, das sagte ich dir doch schon – verkauft, und weg ist es. Es ist Weihnachten, mein Junge. Sie lieb zu mir, denn ich habe es für dich getan.“

Jim schien schnell aus seinem Trancezustand aufzuwachen. Er umarmte seine Della.

Jim zog ein Paket aus der Manteltasche und warf es auf den Tisch.

*Er starrte sie einfach
mit diesem unerklär-
lichen Ausdruck auf
seinem Gesicht an.*

„Ziehe keine falschen Schlüsse über mich, Della“, sagte er.

„Ich glaube nicht, daß mich irgendeine Frisur, Rasur oder eine Haarfarbe dazu bewegen könnte, meine Frau weniger zu lieben. Aber wenn du dieses Paket auspackst, wirst du verstehen, warum ich zuerst etwas aus der Fassung geraten bin.“

Weiße Finger rissen hurtig an dem Bindfaden und dem Papier. Dann ein entzückter Freudenschrei; und dann, schau, schau! Der schnelle weibliche Umschwung zu hysterischen Tränen und Wehgeschrei stellte den Herrn des Hauses vor die augenblickliche Notwendigkeit, seine ganzen

Kräfte zum Trösten und Beruhigen einzusetzen.

Da lagen die Kämmе, der Satz von Kämmen von A bis Z, den Della schon lange in einem Schaufenster am Broadway bewundert hatte. Wunderschöne Kämmе, aus echtem Schildpatt, mit juwelenbesetztem Rücken, genau die Farbe, die zu dem verschwundenen Haar gepaßt hätte. Nun gehörten die Kämmе ihr, aber die Locken, die diese langbegehrten Schmuckstücke zieren sollten, waren verschwunden.

Sie hielt das Geschenk an die Brust gepreßt, aber mit der Zeit konnte sie wieder unter Tränen lächeln und sagte: „Meine Haare wachsen so schnell, Jim.“

*Dann sprang Della
wie eine kleine
verbrühte Katze in
die Höhe.*

Aber dann sprang Della wie eine kleine verbrühte Katze in die Höhe und schrie: „Oh, oh!“

Jim hatte sein wunderschönes Geschenk noch nicht gesehen.

Sie hielt es ihm eifrig auf ihrer offenen Handfläche entgegen.

„Ist es nicht schön, Jim? Ich habe die ganze Stadt abgejagt, um das zu finden. Du mußt jetzt hundertmal am Tag nach der Uhr sehen.“

*Jetzt schlage ich vor,
setz das Essen auf.*

Statt dessen warf sich Jim auf die Couch, verschränkte die Arme hinter seinem Kopf und lächelte.

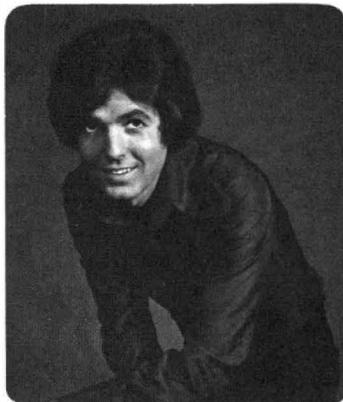
„Dell“, sagte er, „laß uns unsere Weihnachtsgeschenke wegpacken und eine Weile aufheben. Sie sind viel zu schön, um sie gleich in Gebrauch zu nehmen. Ich habe die Uhr verkauft, um das Geld für deine Kämmе zu bekommen. Und jetzt, schlage ich vor, setz das Essen auf.“

Und so habe ich ihnen mehr schlecht als recht die ereignislose Geschichte zweier verrückter Kinder in einer Wohnung erzählt, die beide gar nicht sehr weise ihre heiligsten Schätze füreinander geopfert hatten. Aber von allen, die schenken und beschenkt werden, sind diejenigen, die wie unsere beiden handeln, am weisesten. Das gilt für alle und überall.

O. HENRY

★ ★ ★ ★ SONG-

Unterm Hammer: Hab ich dir heute schon gesagt, daß ich dich liebe?



Wir hatten das große Glück, dem Interpreten unseres neuesten Hammers, Chris Roberts, im Tiergarten zu Dahrendorf einige Fragen stellen zu dürfen. Zunächst hatten wir leichte Schwierigkeiten, ihn unter all den komischen Vögeln zu finden. Aber unvermutet trat er aus dem Kaninchenstall auf uns zu, wo er gerade in einer Live-Show seine vorletzte Single „Mein Name ist Hase“ gesungen hatte.

elan: „Unsere erste Frage Mr. Roberts: Wie gestaltet sich Ihr Tagesablauf?“

Chris: „Ja, äh, so wie das auf meiner Platte beschrieben ist: Erst mal sitze ich hinter der Schreibmaschine, mit Telefon und allem Pi Pa Po, dann stehe ich ein paar Stunden hinter dem Ladentisch und begucke mir die finsternen Mienen, abends Fernsehkasten und Fußballspiel, und schon ist es Zeit ins Bett zu gehen.“

elan: „Sagen Sie, Chris, ist das Ihr Foto auf dem Cover der Platte?“

Chris: „No comment!“ (Kein Kommentar!)

elan: „Na ja, war nicht böse gemeint. Sie haben ein sehr seltenes Instrument eingesetzt, die Waldzither? Was soll das?“

Chris (lebhaft): „Ich freue mich, daß Sie das gemerkt haben. Das aussagekräftige Plim

Plim Plim dieses Instruments ist besonders dazu angetan, meine Texte zu unterstreichen.“

elan: „Chris, was wollen Sie mit Ihren Liedern erreichen? Die Welt verbessern, die Leute beglücken, auf Probleme hinweisen oder wie oder was?“

Chris: „Sie sollten doch wissen, daß das Fragen an den Texter wären. Mein Manager sagt immer, Chris sagt er, Hauptsache die Kasse stimmt.“

elan: „Zum Schluß noch eine letzte Frage: Was machen Sie, wenn Ihr Auto nicht anspringt?“

Statt einer Antwort nahm Chris elan-Mitarbeiter Manfred Riesberg beiseite und lispelte ihm ins Ohr: „Hab ich dir heute schon gesagt, daß ich dich liebe...“

Uns war es jetzt egal, ob das Auto lief, wir jedenfalls sind Laufen gegangen.



„NEUE“ CON-RADS

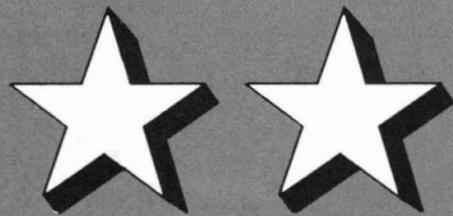
Wer die Gruppe „Die Conrads“ kennt (und wer kennt sie wohl nicht?), wird überrascht sein von ihrer neuesten LP „Brecht die Macht der Monopole“, die kürzlich als Nr. 4 der pläne-Serie „Sieg“ erschien. Mit elektrischen Gitarren, E-Baß, Schlagzeug und diversen anderen Geräuscherzeugern schaffen die Conrads sich einen neuen Sound, der wohl unnachahmlich ist: ihren elektrischen „Holzhammer“, wie sie ihre künstlerische Waffe im Klassenkampf im ersten, programmatischen Lied der Platte nennen. Geblieben ist die Einfachheit der Texte, die manchmal nüchtern sind, sich aber eben deshalb so hervorragend zur Agitation und zur Propaganda eignen. Da werden anhand konkreter Fälle Klassenauseinandersetzungen gezeigt, da wird auf den Weg zur Lösung der Widersprüche im Kapitalismus hingewiesen: „Die Frage bei uns ist nicht der Herr Brandt, der Herr Scheel oder Pontius Pilatus“,



sondern: „die Welt wird mal sozialistisch...“ (Familienballade). Das Hervorragende bei den Conrads ist die Ehrlichkeit ihrer

Aussage, ist ihr gesundes Klassenbewußtsein, von dem auch ihre Lieder auf dieser Platte geprägt sind.





*Leise schnieselt der Reaktionär seinen Tee,
sitzt bei der Lampe noch spät,
blättert im Aktienpaket.*

*Ordnen Scheinchen auf Schein fällt Erinnerung ihm ein:
„Kriegsweihnacht vierzig war still,
trotzdem sehr stark im Gefühl!“*

*„Heut' geht alles zu glatt;
alle Welt frißt sich satt
und zu der Innerlichkeit
ist keine Sau mehr bereit!“*

*„Leider lief der Krieg schief.
Trotzdem tröstet es tief:
Hatte man schlau investiert,
hat sich der Hitler rentiert.“*

*So ein Krieg, wenn er klappt,
wirft er unerhört ab.
Nicht allein Bomben aufs Feld,
nein, auch ‚bezahlt und Geld!‘“*

*Aus dem Aktienpaket steigt ein heißes Gebet:
„Mache, du gütiger Gott,
unser Geschäft nicht kapott!“*

*„Sieh', wir wurden verkeilt,
unser Land ist geteilt.
Zwar sind wir heut' über'n Berg,
dennoch: politisch ein Zwerg.“*

*„Herr, es ist Dir doch klar:
diese rote Gefahr
tritt nicht nur uns in den Bauch,
sondern der Frömmigkeit auch.“*

*„Denk mal dran, wie der Krieg
Dir die Menschen zutrieb!
Haste da nich 'ne Idee?
Mach doch nicht immer nur Schnee!“*

*Leise schnieselt der Reaktionär seinen Tee.
Horcht nur, wie lieblich es knallt!
Fürchtet euch, Kriegskind kommt bald!*

*Text: Dieter Süverkrüp
Erschienen als Single bei „pläne“
Best. Nr. peng 5*

Howlin' Wolf und sein Rudel

Howlin' Wolf hatte zu einer Session geladen, und es kamen die ganz Großen: Eric Clapton, Stevie Winwood, Bill Wyman und Charly Watts. Die Stilrichtung dieser Supergroup ist der Blues. Wer jedoch jetzt minutenlange Soli erwartet, wird enttäuscht.

Howlin' Wolf ist ein Sänger alter Schule, und sein Bestreben ist es, eine Synthese zwischen schwarzem und weißem Blues

zu finden. Die Solisten wie Eric Clapton treten etwas in den Hintergrund. Der Hauptakteur ist Wolf; seine rauchige Bluesstimme wirkt beherrschend. Hierdurch wird die Musik wieder auf ihre Ursprünge, die europäisch-afrikanische Stilelemente der Volksmusik, zurückgeführt, ohne daß die modernen Einflüsse verlorengehen. Die gespielten Stücke sind durchweg alter Herkunft, komponiert von so bekannten Größen wie Chester Burnett oder Willie Dixon. Da in der Aufnahme der Versuch gelingt, dem Blues eine neue Richtung zu geben, stellt die Platte für Freunde dieser Musikgattung einen besonderen Leckerbissen dar.

Rettet Angela Davis



Daß es auf dem Schallplattenmarkt der Bundesrepublik nicht nur belanglose Bla-Bla-Singles gibt, beweist der pläne-Verlag wieder mit seiner neuesten Platte aus der „Peng“-Serie. Er bringt den Mut auf, künstlerische Stellungnahmen zu konkreten tagespolitischen Ereignissen auf Platten zu publizieren.

Auf der letzten Single setzen sich die Hamburger Liedermacher und der Vorschlaghammer für die amerikanische Bürgerrechtskämpferin Angela Davis ein. Es sind zwei Versuche, das Publikum einerseits mit der Problematik dieses Falles vertraut zu machen und es andererseits für eine engagierte Stellungnahme und Solidarität zu gewinnen. Die Liedermacher legen ihrem Text eine einfache Melodie unter, die dem Lied den Charakter eines Folksongs gibt. Der Vorschlaghammer dagegen verwendet die Stilmittel des Beats und unterstreicht damit die Eindringlichkeit der Aussage.

Bücher mit Schallplatte

Über die irdische Liebe
und andere gewisse Welträtsel
in Liedern und Balladen von Bertolt Brecht
About worldly love and certain other enigmas of the world
in songs and ballads of Bertolt Brecht

Illustriert von Klaus Ensikat

Mit einer Schallplatte, besungen von Helene Weigel und Bertolt Brecht
Performed on a record by Helene Weigel and Bertolt Brecht

96 Seiten/pages · 16,90 M

Wenn die Neugier nicht wär
If curiosity would not be

Illustriert von Ingo Kirchner

Mit einem Notenheft und einer Schallplatte mit heiteren Liedern
aus den Singeklubs der Deutschen Demokratischen Republik

Amusing songs performed on a record by various singing groups of the
German Democratic Republic

With numerous examples of notation

96 Seiten/pages · 16,80 M

Protestsongs

Illustriert mit 16 Fotos international bekannter Sänger und Dichter

Mit einer Schallplatte mit Protestliedern aus den USA, aus Chile, Frankreich
und der DDR, besungen von Manfred Krug

Illustrated with 16 photos of well-known singers and poets of international
protest movement.

Performed on a record by Manfred Krug

with Protest songs from USA, Chile, France and GDR

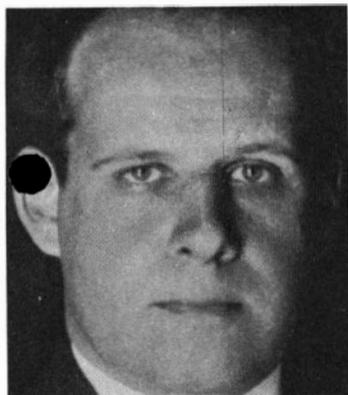
108 Seiten/pages · 16,80 M

Eulenspiegel Verlag

DDR-108 Berlin

Kronenstraße 73/74

Er drehte den besten Film der Welt



Sergej Eisenstein (1925)

Brüssel, 1957. Die Aufmerksamkeit von Millionen Menschen vieler Länder richtete sich auf die in der belgischen Hauptstadt stattfindende Weltausstellung. Zur gleichen Zeit aber trafen sich im Brüsseler Filmmuseum 117 Filmkritiker von allen fünf Kontinenten. Als sie gefragt wurden, welchen Film sie für den besten aller Zeiten hielten, da wählten genau 100 von ihnen einen Streifen, der damals bereits 32 Jahre alt war: Sergej Eisensteins Revolutionsfilm „Panzerkreuzer Potemkin“.

Als Eisenstein mit „Streik“, dem „Potemkin“ und „Oktober“ seinen Weltruhm begründete, da hatte man es noch nicht gelernt, das sich bewegende Bild mit dem Ton zu koppeln, da wagte man gerade, vom Farbfilm zu träumen, und da gab es noch keine Gummilinsen, die das gefilmte Objekt stufenlos aus weiter Ferne heranholen konnte.

Besonders rückständig war der vorrevolutionäre russische Film gewesen. Doch nach 1917 wuchs eine Generation von Filmschaffenden heran, die dem Film der ganzen Welt neue Maßstäbe setzte: Laiendarsteller spielten Hauptrollen, Massenszenen wurden choreographisch vorbereitet, es entstanden Aufnahme- und Schnitt-Techniken, die bis heute nichts von ihrer Beispielkraft verloren haben.

Diese neuen künstlerischen Methoden waren entwickelt worden, um jene Themen bewältigen zu können, die der junge Sowjetfilm erstmals in der Geschichte des Films auf die Leinwand gebracht hatte: den



Szene aus „Panzerkreuzer Potemkin“

Kampf der arbeitenden Klasse um ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Einer der Schrittmacher der sozialistischen Filmkunst war Sergej Eisenstein. 1917, im Jahr der Oktober-Revolution, studierte er am Petrograder (heute: Leningrader) Ingenieur-Institut. Als Mitglied einer studentischen Abteilung der Volksmiliz half er, das revolutionäre Petrograd gegen die Angriffe der Konterrevolution zu verteidigen.

Nach dem Sieg der Revolution ging Eisenstein nach Moskau. Das Ingenieurstudium hatte er aufgegeben, er arbeitete jetzt, mit 22 Jahren, als Bühnenbildner und Regisseur am Proletkult-Theater. Und vier Jahre später schuf er seinen ersten Film: „Streik“. Insbesondere die meisterhafte Gestaltung der Massenszenen – künstlerische Widerspiegelung der revolutionären Kraft der werktätigen Klassen – verschaffte dem jungen Regisseur im ganzen Land Anerkennung.

1925 entstand dann der „Panzerkreuzer Potemkin“, der „beste Film der Welt“ (Charles Chaplin). Er behandelt den Aufstand der Matrosen des zaristischen Panzerkreuzers im Revolutionsjahr 1905, die sich auflehnen gegen die Unterdrückung der wehrpflichtigen Soldaten, gegen die ihnen auf-

gezwungene Würdelosigkeit und gegen ihren geplanten Einsatz gegen die revolutionären Arbeiter von Odessa.

Der „Potemkin“ ging um die Welt, er wurde auf allen fünf Kontinenten gezeigt. Wo ihn

trosen in einem Hafen eine Auf- führung des „Potemkin“ erlebt haben – Kunst als Waffe im Klassenkampf, bewußtseinsbildend und mobilisierend.

Das Revolutionsjahr 1917 wird zum Thema des dritten Eisenstein-Films: „Oktober“. Er verfolgt den Sturz des Zarismus, dargestellt durch die Beseitigung eines Denkmals, den volksfeindlichen Kurs der Provisorischen bürgerlichen Regierung bis hin zu jenem 7. November, da die revolutionären Arbeiter Petrograds unter der Führung der Partei Lenins dem Ausbeuterstaat den Todesstoß versetzen.

Der Kampf um den Fortschritt – dieses Thema durchzieht Eisensteins ganzes Schaffen. Unter diesem Aspekt schuf er seinen „Alexander Newski“, der den Kampf um die Einigung des russischen Reiches im 13. Jahrhundert behandelt, und auch „Que Viva Mexico“, einen unvollendeten Film über die mexikanische Bauernrevolution.

Die Meisterschaft Eisensteins zeigt sich vor allem daran, daß es in jedem Film zahlreiche Bilder, oft ganze Sequenzen gibt, die sich dem Zuschauer unauslöschlich einprägen: die berühmte „Odessaer Treppe“, auf der die zaristische Soldateska Männer, Frauen und Kinder niederwalzt („Potemkin“), oder die Verbrüderungsszene zwischen den Petrograder Arbeitern und den Angehörigen der „Wilden Division“ von Kaukasien, die der weiße General Kornilow gegen die Hauptstadt der Revolution führen wollte. Grundbedingung für Eisensteins Schaffen war die Begeisterung für die sozialistische Revolution. Doch der Klassenstandpunkt allein genügte ihm nicht. „Drehe jeden Film und jede Aufnahme mit so viel Ernst und Hingabe, als ob es dein letzter Film, deine letzte Aufnahme wäre!“ forderte Eisenstein von sich und seinen Schülern. Das war der Schlüssel zum Erfolg: die Gedankenarbeit, das Bemühen, „sich hineinzuwühlen in jede Ritze eines Problems“. Nur so konnten Filme wie „Panzerkreuzer Potemkin“ und „Oktober“ entstehen, die mehr als 40 Jahre nach ihrem Entstehen den Zuschauer noch immer begeistern.

Hans-Gerd Schubert/ Werner Winter



1927 entstand „Oktober“

die Reaktion verbietet, wird er heimlich gezeigt. Und wo er gezeigt wird, erntet er den Beifall aller fortschrittlichen Menschen. In Paris erhält er anlässlich einer Kunstausstellung den „Super Grand Prix“, und auf dem holländischen Dampfer „Sieben Provinzen“ bricht ein Aufstand aus, nachdem die Ma-

POST

An Redaktion ◦
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Mit „elan“ an die Arbeit

Die Redaktion erhofft für die nächste Zeit noch eine Menge Briefe von den folgenden aus Elmshorn:

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unserer Ortsgruppe möchten wir gerne den Freiverkauf von elan beginnen. Könnt ihr uns dafür erst mal wöchentlich zehn elan-Exemplare schicken sowie eine Liste der Verrechnungsart und eventuell Werbematerial?

Vielen Dank im voraus.
SDAJ-Elmshorn, i.A. WERNER PEYLO

Alternative zu Klatsch und Tratsch

Und gleich noch ein Beispiel, wie man mit elan arbeiten kann:

Ich bin in der Bildungsarbeit mit Schülern und Lehrlingen tätig. Bei allen möglichen politischen und ökonomischen Problemen kommt dann auch immer die Frage nach einer Alternative zu den bürgerlichen Tratsch- und Konsumblättchen „Bravo“ und „Twen“. Ich empfehle dann immer elan. Um diese Empfehlung aber noch greiflicher zu machen, wäre es gut, wenn ich immer einige (auch ältere) Exemplare der elan zur Verfügung hätte und die dann gleich verteilen könnte.

Also: könnt ihr mir einige ältere elan als Probeexemplare zuschicken?
WOLFGANG BAETCKE, Ahrensburg

Auch das können wir. Die Redaktion.

Artikel oft diskutiert

Hier der Brief einer Leserin, die nicht nur gerne liest, sondern offensichtlich ebenso gerne schreibt:

Ich bin eine eifrige Leserin eurer Zeitung. Ich finde auch eure Artikel sehr gut. Wir haben sie in unserer Gruppe auch schon oft diskutiert. Ich bin

eine eifrige Briefschreiberin und möchte gerne jungen Leuten aus der DDR und UdSSR schreiben. Bitte schickt mir doch einige Adressen...
MONIKA SCHÄFER, Watten-scheid

Liebe Monika, so bald wir was Passendes finden, schreiben wir Dir. Die Redaktion.

Briefpartner gesucht

Immer wieder schreiben uns Leser, die Briefkontakte wünschen. Wir möchten an dieser Stelle um Verständnis dafür bitten, daß wir den Wünschen nicht immer sofort nachkommen können. Es kann also etwas dauern, bis wir einen passenden Briefpartner herausgefunden haben.

Vor zwei Jahren habe ich Finnland besucht. In diesem Land habe ich viele Sympathien entdeckt. Als Kommunist hatte ich einige Gespräche mit finnischen Kommunisten. Die Adressen von den Kommunisten habe ich verloren – ich würde das Parteibüro der „Volksdemokratischen Partei“ aber jederzeit in Helsinki wiederfinden – wo ich sehr freundlich aufgenommen wurde. Trotzdem meine Bitte an Euch: Könnt Ihr mir und auch meinen zwei Kumpels mit Adressen von finnischen Mädchen, die Sozialisten oder Kommunisten sind, helfen?
BERT WIPPEL, Mainz



Aufklärung verstärken

elan sieht eine seiner Aufgaben darin, antikommunistischer Hetze mit überzeugenden Beispielen und Tatsachen entgegenzutreten. Der folgende Leserbrief bestärkt uns in unserer Auffassung:

„Wir geben den Massen keinerlei lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird... Man muß den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.“ Diese Mahnung gab Lenin der sowjetischen Delegation zur internationalen Friedenskonfe-

renz, die im Dezember 1922 in Haag stattfand, mit auf den Weg.

Die Wand der Lügenpropaganda durchstoßen, hinter der die Kriegsabenteuer vorbereitet werden, das gehört heute zu den dringendsten Aufgaben aller Streiter für den Frieden.

Ein Stück Geschichte und Methoden reaktionärer Kräfte aus der Vergangenheit gab Genosse Kurt Bachmann auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Ruhr-Westfalen den Delegierten und Gästen zum Besten. Darum muß unsere Aufklärungsarbeit verstärkt werden, denn die Arbeiterklasse trägt eine hohe Verantwortung für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

KARL JURGSCHAT, Essen

Schmidt auf Noskes Spuren

Aus dem Arrest erreichte uns folgender Brief eines Bundeswehrosoldaten und Kompanievertrauensmannes, der wegen seines Kampfes für den Frieden im Arrest-Lokal „mobilmacht“ werden soll:

Aus dem Arrest sende ich Euch herzliche Kampfesgrüße. Seit dem 3. 11. 71, 14 Uhr sitze ich für 12 Tage im Arrest.

Mein strafwürdiges Verhalten besteht darin, daß ich am Antikriegstag auf der Veranstaltung „Jugend gegen Militarismus“ in Bochum demokratische und werkschaftliche Rechte auch für Soldaten gefordert habe. Ich trat weiterhin für konkrete Abrüstungsmaßnahmen und die rasche Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ein.

Außerdem forderte ich Bundesverteidigungsminister Schmidt auf, endlich die alten und neuen Nazis aus der Bundeswehr zu entlassen. Doch das Wort von Bundeskanzler Willy Brandt vom „mehr Demokratie wagen“ gilt offensichtlich nicht für die Bundeswehr. Denn der im Versammlungssaal befindliche „Militärische Abschirmdienst“ (MAD) stenografierte fleißig mit. Wenige Tage danach begannen für mich entsprechende Vernehmungen „eines Beschuldigten“.

Mein Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Jacob, und das Truppendienstgericht Münster befanden eine zwölf-tägige Arreststrafe als angemessen. Außerdem wurde mir für sieben Wochen der Nacht- und Wochenendausgang entzogen. Mein

Batteriechef stellte Antrag auf „Entlassung als Vertrauensmann“ beim Truppendienstgericht.

Vor 53 Jahren ließ ein Amtskollege von Helmut Schmidt, ebenfalls Sozialdemokrat, die damalige Reichswehr auf streikende Arbeiter marschieren. Heute schickt ein wiederum sozialdemokratischer Minister Soldaten, die „mehr Demokratie wagen“ und sich zum Beispiel mit der Wehrpflichtigen-Studie „Soldat 70“ an die Öffentlichkeit wenden, in Arrest. Damit befindet sich Helmut Schmidt auf Noskes Spuren. Hoffentlich bleiben uns weitere Schritte dieses „sozialdemokratischen Ministers“ erspart.
GÜNTER GLEISING, Handorf

Fünf Abos geworben

elan-Leser lesen nicht nur, sondern beziehen elan in ihre politische Arbeit mit ein:

... teile ich Euch drei Adressen mit, die hiermit elan bestellen. Insgesamt habe ich damit für elan schon fünf Abonnenten geworben! Ich möchte Euch deshalb einmal fragen, welche Werbepremien es dafür gibt. Falls Ihr keine besonderen Werbepremien habt, möchte ich Euch bitten, mir dafür doch folgende Poster aus Eurem Programm zu senden: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Friedrich Engels, Bert Brecht. Herzlichen Dank!
MANFRED WEISS, Sulzbach-Rosenberg

Dem Genossen konnte geholfen werden. Die Redaktion.

Freiheit für Angela

Über Angela Davis und unseren Kampf für Frieden und Sozialismus könne gar nicht genug geschrieben werden, meint ein Leser:

Angela Davis sitzt im Gefängnis. Vor ihr hat dieses Schicksal schon viele andere Kommunisten getroffen. Ich denke an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und die vielen unbekanntenen Kämpfer, die ihr Leben im Kampf gegen Krieg und Unterdrückung einsetzen und dafür starben. Auch

Angela Davis droht der Tod, die Gaskammer. Angela Davis darf dieses Schicksal nicht erleiden. In Amerika gibt es eine revolutionäre Bewegung. Ihr Kampf ist ein Kampf von Schwarz und Weiß gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen das kapitalistische System.

Die Reaktion wünscht sich nichts so sehr, als das Schweigen der revolutionären Führer des Volkes, weil sie glaubt, daß dann auch die Bewegung tot ist, die dahintersteht.

Aber unsere Vorbilder sind standhaft. Der Gerichtssaal wird für sie zur Tribüne ihrer Ideen. Unsere Bewegung ist nicht mundtot zu machen. Die Bewegung zur Rettung von Angela Davis ist schon jetzt vor Beginn des Prozesses weltweit. Aber dieses System bleibt weiterhin gefährlich, auch wenn wir einen Sieg erringen sollten. George Jackson ist das beste Beispiel. Vielleicht hegt man schon die Absicht, Angela Davis noch vor Prozeßbeginn „auf der Flucht“ zu erschießen. Aber unser weltweiter Protest wird den Herrschenden Angst machen, so daß sie sich genau überlegen, was sie tun. Und sie haben schon Angst. Angst, weil sie wissen, daß in immer mehr Menschen die Erkenntnis wächst, deretwegen sie Angela Davis in die Gaskammer schicken wollen.

Denn eines Tages wird diese Bewegung so stark sein, daß sie alle Gefängnistüren sprengt und den Krieg und die Ausbeutung beseitigen wird. Diese Gewißheit und Notwendigkeit gibt uns Kraft, immer wieder zu rufen: „Freiheit für Angela!“ Denn Angela Davis, das heißt Wille und Tat, das heißt Seele und Herz, das ist unsere internationale Solidarität.

LOTHAR FALKENBERG,
Totdmoos

Gutes Beispiel

Welches Verhältnis hat ein elan-Leser zu seiner Zeitung?
Hier eine Antwort:

Ich möchte hiermit doch wieder die Zeitschrift elan abonnieren. Ich hatte die Zeitschrift damals abbestellt, da ich sie hier sowieso lesen kann. Außerdem traf mein Exemplar oft hier ein, als ich elan bereits gelesen hatte. Ich hatte aber in der Zwischenzeit die Erfahrung gemacht, daß ich ein schlechtes Beispiel für unsere Genossen darstelle, wenn ich elan nicht selbst beziehe.
PETER RÖSLER, Essen

Bestellt sofort:

elan-Jugendkalender 1972
mit 13 Vierfarb-Posters und
Verzeichnis von wichtigen Daten
aus der Arbeiterjugendbewegung.

Preis: DM 4,80



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 T
Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
NÖTHEL
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!



Agentur Fliegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

(Unterschrift) _____
(Anschrift) _____

... und dann
einsetzen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Pablo Neruda: „Jedes Buch — eine Kugel“

„Nerudas poetische Welt ist ein Labyrinth von wundervollen Höhlen, blitzend von den Kristallen der Melancholie, durchdröhnt von einer anspruchsvoll düsteren Musik, Mombert-haft in ihrer Urbeziehung zur Schöpfung, Saint-John-Persehaft in ihrer tiefen Weltgeräumigkeit, Lautreament-haft in ihrer rätselhaften Mitternächtlichkeit...“

Nanu, werdet ihr denken, was soll denn das? So etwas in elan? Diese Zeilen hat Springers „Welt“ Pablo Neruda gewidmet, dem Dichter, der in diesem Jahr den Nobelpreis für Literatur bekam.

Nun gut, werdet ihr sagen, da hat irgend so ein Dichter... Aber hier fängt es schon an. Neruda ist nicht irgend so ein Dichter, der fleißig im stillen Kämmerlein Verse geschmiedet hat und nun dafür mit einem Preis bedacht wurde. Wenn er das gemacht hätte, wäre er schon lange Nobelpreisträger. Denn daß Neruda diese Auszeichnung verdient, steht seit langem fest.

Dichter des Volkes

Warum hat man Neruda den Nobelpreis jahrelang vorenthalten? Darum, weil er seine Dichtkunst dem chilenischen Volk und seiner Befreiung gewidmet hat, darum, weil er aktiv gegen Unterdrückung, Faschismus und Krieg gekämpft hat.

Bereits die Wahl des Namens Neruda zeigt diese Haltung: Jan Neruda war ein tschechischer Dichter, der das Leben der kleinen Leute schilderte. Aus Verehrung für ihn wählte er das Pseudonym Neruda.

In Wirklichkeit heißt er Neftali Ricardo Reyes Basualto. Er hat ein sehr abwechslungsreiches Leben hinter sich. Es war stets verbunden mit den Stationen des Kampfes des chilenischen Volkes und mit dem internationalen Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg.

Geboren wurde er am 12. Juli 1904 in Parral, im Süden Chiles, als Sohn eines Eisenbahners. Mit 20 Jahren begann er als Pädagogikstudent sein Dichtleben. Damals war er noch nicht der Dichter des chilenischen Proletariats, sondern ein bekannter Liebeslyriker.

Entscheidung in Spanien

1927 wird er Konsul seines Landes. In dieser Funktion kommt er 1935 nach Spanien. Dort wird er ein enger Freund des spanischen Dichters Federico Garcia Lorca. Im Kampf des spanischen Volkes findet Neruda seinen endgültigen Platz an der Seite der Arbeiterklasse. Dabei gibt der Meuchelmord der Faschisten an seinem Freund Garcia Lorca 1936 einen entscheidenden Anstoß. Pablo Neruda zieht die Konsequenzen aus seiner Entscheidung: Als er 1943 nach Chile zurückkehrt, wird er Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles und Senator der Republik.

Botschafter der Volksfront

Doch als 1947 die antikommunistische Welle auch Chile erreicht und die KP Chiles verboten wird, wird Neruda in die Illegalität getrieben. Die Regierung bürgert ihn aus. Aber das Volk schützt seinen großen Dichter. 1949 reitet er auf einem Maultier mit etwas Proviant, geleitet von Indios, über die Anden ins Exil.

Nach dreijähriger Emigration kann er nach Chile zurückkehren und dort seinen politischen Kampf fortsetzen.

Der Sieg der Volksfront vor einem Jahr war das Ergebnis des langwierigen Kampfes der KP Chiles und aller demokratischen Kräfte Chiles. Heute vertritt Pablo Neruda sein Land im Auftrag einer Regierung, die die Interessen des Volkes vertritt.

Karl Marx hat gesagt: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Dem Dichter Pablo Neruda hat es nicht genügt, die Welt in seinen Gedichten zu beschreiben, zu interpretieren. Er hat sich fest an die Seite der Arbeiterklasse gestellt, er hat sich in der Partei der Arbeiterklasse organisiert, um diese Welt zu verändern.

Das ist es, was ihm die bürgerlichen Literaten nicht verzeihen können. Sie müssen zwar seine Dichtkunst rühmen, aber für sein politisches Engagement haben sie nur Hohn und Spott. Einmal jammern sie darüber, daß die Politik den „reinen“, „tendenzfreien“ Gesang des Poeten zerstört, zum andern bezeichnen sie ihn als armen Irren, der sich vor den Karren der Kommunisten spannen läßt. Sie gesehen dem Dichter wohl zu, über das Elend in der Welt zu weinen. Aber wenn er gegen das Elend kämpft, fallen sie über ihn her.

Eben dieser Kampf, die Welt zu verändern, ist es, was uns mit dem Dichter Pablo Neruda verbindet. Sollen die bürgerlichen Literaturkritiker ruhig über ihn herfallen! Für sie hat er seine Verse nicht geschrieben. Er hat sie für uns, „für die einfachen Menschen“ geschrieben, wie er selbst einmal sagte. Er ist unser Mitkämpfer, unser Genosse. Die Literaturkritiker versuchen ihn zu zerpfücken, zu zerteilen in einen „reinen Dichter“ und einen „missionierenden Parteigänger“. Uns gehört der ganze Neruda, der Dichter und der Kämpfer.

Wir bringen auf dieser Seite einen Auszug aus einem Gedicht von Neruda. Wie gefällt es euch? Was haltet ihr von einem Gruppenabend mit Pablo Nerudas Gedichten? Politik — einmal anders.

Ruth Sauerwein



... Oktober, o Frühling,
gib mich zurück meinem Volk!
Was tun, ohne tausend Männer
zu sehn, tausend Mädchen?
Was tun, wenn
ich nicht trage
auf meinen Schultern
einen Teil der Hoffnung?
Was tun, wenn ich nicht
marschiere mit der Fahne,
die von Hand zu Hand in der
Reihe
unseres langen Kampfes
in meine Hände kam?
... Wann
find ich deinen harten
Frühling
und unter deinen Kindern
allen

geh ich durch deine Felder,
deine Straßen
mit meinen alten Schuhen?
Wann
geh ich mit Elias Laterne
über die ganze goldene
Pampa?
Wann drück ich auf deinen
chilenischen Mund, der auf
mich wartet,
meine irrenden Lippen?
Wann tret ich wieder ins
Haus der Partei,
zu sitzen mit
Peter Kesselheizer,
den ich nicht kenne und der
doch
mehr mein Bruder ist als
mein Bruder?
... Wann, Vaterland, geh ich
wieder
bei Wahlen von Haus zu Haus,
einsammelnd
die furchtsame Freiheit,
daß sie schreit mitten auf
der Straße?
Wann, Vaterland,
bist du meine Braut,
mit meergrünen Augen, Kleid
von Schnee,
und wir haben Millionen
neuer Kinder,
die Land den Hungrigen
geben?

böhm electronic

weltmeister

NEUE TRANSISTOR-ORGELN DER SONDERKLASSE

T O 200/5 und T O 206
halten für Sie immer die richtige Klang-
farbe bereit

Vielseitige Variationsmöglichkeiten ge-
statten außergewöhnliche Klang-
kombinationen

Durch praktischen Auswahlschalter und
Mixturen – blitzschnelle Wahl zwischen
4 Klangfarben-Gruppen

Tonumfang: 8 Oktaven c – h –. Alle
Oktaven polyphon spielbar

Manualteilung zwischen h und c'
Vibrato, Frequenz und Amplitude –
einstellbar

Percussion, Abklingzeit einstellbar

Repeat-Percussion einstellbar
eingebauter Federhall, Nachhallzeit ein-
stellbar

4 Mixturen einblendbar

Lieferbar als Koffer- oder Heiminstrument



Expporteur:

Demusa GmbH,

DDR 9652 Klingenthal

Generalvertretung und Service für die
Bundesrepublik:

Helmut Schaller

8501 Feuch t / b. Nürnberg

AUF NO SICHER GEHEN

Wenigstens
beim Fotografieren.
Jede Jahreszeit
ist fotogen – auch jedes
Wetter ist fotogen.
Und gerade ungewöhnliche
Motive werden oft
die wirksamsten Fotos.
Allerdings gehört
eine universelle, eine
„sichere“ Kamera dazu:
die echte einäugige
Spiegelreflex.
Eine Kamera mit
allen Raffinessen,
jedoch unkompliziert
und nicht zu teuer:
die PRAKTICAnova I



PRAKTICA nova I

Echte einäugige Kleinbild-
Spiegelreflexkamera
24 x 36 mm • Wechsel-
objektive 20 mm bis 1000 mm
• Brennweite • Filmeinlegeautomat
• PENTACON-Loading (PL) • Prismen-
sucher mit hellem, seitenrich-
tigem und parallaxenfreiem
Sucherbild • Fresnellinse mit
Mikroprismenraster und
Mattscheibenringfeld • Rück-
kehrspiegel • Schlitzverschluß
(1/2s bis 1/500s) • Universelles
Zubehör • Modell
PRAKTICAnova IB mit ein-
gebautem fotoelektrischem
Belichtungsmesser

VEB PENTACON DRESDEN